20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Wortprotokoll
der 35. Sitzung

Ausschuss für Inneres und Heimat
Berlin, den 17. April 2023, 14:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
3.101 (Anhörungssaal)

Vorsitz: Uli Grötsch, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt **Seite 6**

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz

BT-Drucksache 20/3693

Federführend:
Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:
Rechtsausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
Ausschuss für Klimaschutz und Energie
Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:
Abg. Ingo Schäfer [SPD]
Abg. Detlef Seif [CDU/CSU]
Abg. Leon Eckert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Sandra Bubendorfer-Licht [FDP]
Abg. Steffen Janich [AfD]
Abg. Dr. André Hahn [DIE LINKE.]

b) Antrag der Abgeordneten Ralph Lenkert, Dr. André Hahn, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung

BT-Drucksache 20/4418

Federführend:
Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Berichterstatter/in:
Abg. Ingo Schäfer [SPD]
Abg. Detlef Seif [CDU/CSU]
Abg. Leon Eckert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Sandra Bubendorfer-Licht [FDP]
Abg. Steffen Janich [AfD]
Abg. Dr. André Hahn [DIE LINKE.]

Inhaltsverzeichnis

		Seite
I. Teilnehmerliste		4
II. Sachverständigenliste		5
III. Wortprotokoll der Öffentlichen Anhörung		6
IV. Anlagen		ab Seite 36
Stellungnahmen der Sachverständigen		
Dr. Ulrich Cimolino, Deutscher Feuerwehrverband (DVF)	20(4)201 A	36
Siegfried Maier, Deutsche Feuerwehr Gewerkschaft (DFeuG)	20(4)201 B	61
Prof. Hermann Schröder, Ministerium des Innern Ba.-Wü., A. D.	20(4)201 C	65
Alexander Held, European Forest Institute (EFI)	20(4)201 D	73
Tobias Hallas, @fire – Internationaler Katastrophenschutz	20(4)201 E	77
Dr. Kirsten Thonicke, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)	20(4)201 F neu	83
Prof. Dr. Andreas W. Bitter, Präsident ADGW – Die Waldeigentümer	20(4)201 G	90
Dipl.-Ing. Susanne Klatt, Feuerwehr Essen	20(4)201 H	95
Prof. Dr. J. G. Goldammer, Global Fire Monitoring Center (GFMC)	20(4)201 I	102

Anwesende Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	**Stellvertretende Mitglieder**
SPD	Grötsch, Uli Koß, Simona Schäfer, Ingo	
CDU/CSU	Oster, Josef Seif, Detlef	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Eckert, Leon Pahlke, Julian	
FDP	Bubendorfer-Licht, Sandra Hoffmann, Dr. Christoph	
AfD	Janich, Steffen	
DIE LINKE.		Hahn, Dr. André
fraktionslos		

Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung am Montag, 17. April 2023, 14.00 Uhr
„Waldbrandschutz“

Prof. Dr. Andreas W. Bitter[2)]
Präsident (AGDW) - Die Waldeigentümer

Dr. Ulrich Cimolino[2)]
Leiter AK Waldbrand - Deutscher Feuerwehrverband (DFV)

Prof. Dr. Johann Georg Goldammer[5)]
Leiter Global Fire Monitoring Center (GMFC) u. a.

Tobias Hallas[3)]
@fire – Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.

Alexander Held[4)]
Senior Expert Fire, Silviculture, Wildlife
European Forest Institute (EFI), Bonn

Dipl.-Ing. Susanne Klatt[1)]
Abteilungsleiterin Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie,
Feuerwehr Essen

Daniel Kurth[1)]
Landrat Kreis Barnim

Siegfried Maier[1)]
Bundesvorsitzender der Deutschen Feuerwehr Gewerkschaft (DFeuG)

Prof. Hermann Schröder[2)]
Leiter der Abteilung „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg a. D.

Dr. Kirsten Thonicke[4)]
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

[1)] Vorschlag SPD
[2)] Vorschlag CDU/CSU
[3)] Vorschlag DIE LINKE.
[4)] Vorschlag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[5)] Vorschlag FDP

Tagesordnungspunkt

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz

BT-Drucksache 20/3693

b) Antrag der Abgeordneten Ralph Lenkert, Dr. André Hahn, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung

BT-Drucksache 20/4418

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 35. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat. Ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen. Wie Sie sehen, sitzt hier nicht der etatmäßige Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Heimat sondern ich und ich darf den amtierenden Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres und Heimat heute vertreten und diese öffentliche Anhörung leiten.

Ich danke Ihnen sehr, sehr geehrte Sachverständige, dass Sie unserer Einladung nachgekommen sind und uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung stehen, um die Fragen der Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Inneres und Heimat und auch der mitberatenden Ausschüsse zu beantworten. Ich begrüße daher zunächst die von den Fraktionen benannten und hier anwesenden Sachverständigen: Herrn Professor Dr. Andreas Bitter, Herrn Professor Dr. Johann Georg Goldammer, Herrn Tobias Hallas, Herrn Alexander Held, Herrn Daniel Kurth, Herrn Professor Hermann Schröder und Frau Dr. Kirsten Thonicke. Weiterhin begrüße ich die noch per Videokonferenz zugeschalteten Sachverständigen, nämlich Herrn Dr. Ulrich Cimolino, Frau Diplom-Ingenieurin Susanne Klatt und Herrn Siegfried Maier. Ich darf für die Bundesregierung begrüßen: Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Johann Saathoff aus dem Bundesministerium des Innern und für Heimat. Und an dieser Stelle der Hinweis: Die Sitzung wird live im Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages sowie per Stream auf der Homepage des Deutschen Bundestages übertragen und über die Mediathek des Deutschen Bundestages für die Öffentlichkeit zum Abruf bereitgestellt.

Schriftliche Stellungnahmen hatten wir trotz der Kürze der Vorbereitungszeit erbeten. Für die eingegangenen Stellungnahmen bedanke ich mich bei den Sachverständigen deshalb umso mehr. Sie sind an die Ausschussmitglieder verteilt worden und werden dem Protokoll über diese Sitzung beigefügt. Ich gehe davon aus, dass Ihr Einverständnis zur Durchführung der öffentlichen Anhörung auch die Aufnahme der Stellungnahmen in eine Gesamtdrucksache umfasst. Ich sehe, es regt sich dagegen kein Widerspruch. Von der heutigen Anhörung wird in gewohnter Weise ein Wortprotokoll erstellt und Ihnen zur Korrektur übersandt. Im Anschreiben werden Ihnen Details zur Behandlung mitgeteilt. Die Gesamtdrucksache, bestehend dann eben aus Protokoll und schriftlichen Stellungnahmen, wird im Übrigen auch ins Internet eingestellt. Für die Anhörung ist die Zeit von 14:00 bis 16:00 Uhr vorgesehen.

Ich möchte einleitend jedem Sachverständigen die Gelegenheit geben, in einer kurzen Einleitung, die drei Minuten nicht überschreiten sollte, zum Beratungsgegenstand Stellung zu beziehen. Ich bitte Sie ausdrücklich, sich angesichts der Vielzahl der Sachverständigen an dieses Zeitfenster zu halten, damit ausreichend Zeit für Fragen durch die Abgeordneten besteht. Ihre umfassenden, schriftlichen Stellungnahmen sind den Ausschussmitgliedern zugegangen und, davon gehe ich aus, auch bekannt. Wie immer, die Mitglieder des Bundestages kennen das, nach den Eingangsstatements werden wir, orientiert an Fraktionsrunden, mit der Befragung der Sachverständigen beginnen. Ich bitte, dass die Fragesteller diejenigen Sachverständigen ausdrücklich benennen, an die sie die Frage richten wollen. Zu den Frageregeln gilt, darauf sei hingewiesen, in der

ersten Fraktionsrunde kann jeder Fragesteller und jede Fragestellerin entweder zwei Fragen an einen Sachverständigen oder je eine Frage an zwei Sachverständige richten. Für die Fragen gilt eine Zwei-Minuten-Zeitbegrenzung, die Ihnen hier oben angezeigt wird. Die Auskunftsperson antwortet dann unmittelbar auf die Frage. Für die Antwort auf jede Frage stehen dann ebenfalls zwei Minuten für die angesprochenen Sachverständigen zur Verfügung. Dann, in der zweiten Fraktionsrunde, werde ich angesichts der fortgeschrittenen, so nehme ich einmal an, Zeit situativ entscheiden, ob das Zeitfenster weiterhin zwei oder nur noch eine Frage pro Fraktion zulässt – es liegt also sozusagen in Ihren Händen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann würden wir auch heute so verfahren? Ja? Vielen Dank.

Die Eingangsstatements der Sachverständigen würden wir in alphabetischer Reihenfolge erbeten und deshalb beginnen wir, Sie ahnen es schon, mit Ihnen, Herr Professor Dr. Bitter. Bitte schön.

SV **Prof. Dr. Andreas W. Bitter** (AGDW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz, ganz herzlichen Dank für die Einladung zur heutigen Versammlung. Ich darf sprechen als Präsident der AGDW – Die Waldeigentümer, und damit für eine Interessenvertretung von 1,8 Millionen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern in Deutschland, denen natürlich der Wald insgesamt und vor allen Dingen eben auch der eigene Wald sehr am Herzen liegt. Wir haben infolge des Klimawandels, der Standortsdrift und entsprechender Extremwetterereignisse eine starke Bedrohung des Waldes und entsprechende Großkalamitäten des letzten Jahres waren ja wohl auch Anlass für die heutige Sitzung.

Ich möchte mich im Kreise von Waldbrandexpertinnen und Waldbrandexperten im Wesentlichen auf den Wald als solchen konzentrieren. In dem Zusammenhang ist dann vor allen Dingen die Waldbrandprävention etwas, dass Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer zur Gefahrenabwehr und zur Sicherung der für die Gesellschaft wichtigen Ökosystemleistungen des Waldes beitragen können. Und da wäre zum Ersten ein klimaangepasster Waldumbau, der zu mehr Baumartenvielfalt und zu mehr Struktur in unseren Wäldern führt und damit die Gefahr von Waldbränden und deren Ausbreitung mindert. Genauso wichtig und insbesondere für die kurze Frist von entscheidender Bedeutung ist für uns aber die Entwicklung von Infrastruktur und speziellen Schutzmaßnahmen. Ich darf erwähnen: Die Entwicklung einer räumlichen Ordnung, bei der die Struktur der Wälder nach der jeweiligen Funktion und Gefährdungslage reguliert wird. Ich darf erwähnen: Wege, die eine allgemeine Zugänglichkeit sichern – und da geht es nicht nur um den Neubau, sondern insbesondere auch um Unterhaltung und Instandsetzung. Und ich darf auch erwähnen: Ganz spezielle Einrichtungen, wie beispielsweise Waldbrandriegel oder Wundstreifen, die der ständigen Pflege und Unterhaltung bedürfen, die aber bisweilen hilfreich sein können, um die Ausbreitung von Bränden zu minimieren. Und natürlich das Thema Wasser: Das sind Löschwasserentnahmestellen, das sind Löschwasserteiche, die angelegt werden müssen, und anderes. Und alles das gelingt nur bei entsprechender Betreuung des Waldes, insbesondere des Privatwaldes und auch nur vor dem Hintergrund einer entsprechenden Förderung für die teilweise sehr hochpreisigen investiven Maßnahmen und ich glaube, über all das werden wir heute reden können. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Das war eine Punktlandung, vielen Dank. Es geht weiter mit Herrn Dr. Cimolino per Videokonferenz. Bitte schön.

SV **Dr. Ulrich Cimolino** (DFV): Ja, herzliche Grüße aus Niederbayern. Ich fange direkt an: Ich bin im Arbeitskreis Waldbrand, dessen Vorsitzender ich bin, auch der Leiter der Expertenkommission Starkregen. Ich fasse mich ein bisschen globaler, weil die Details kommen in unseren Stellungnahmen ausführlich zur Sprache.

Wir brauchen insgesamt eine Verbesserung in der

Abwehr dynamischer Großschadenslagen, wir müssen das professionalisieren. Wir brauchen einen Lessons-learned-Prozess, der funktioniert, der muss in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess ausfließen und dauerhaft umgesetzt werden. Wir brauchen die Verbesserung der Grundsätze der Führung und der Basis des Handwerks in diesen speziellen Tätigkeiten nach der Vegetationsbrandbekämpfung und da müssten wir einfach mehr dazulernen – dafür braucht man Ausbildungsgänge, wir müssten Spezialisierungen verankern, es muss Ausbildungsmöglichkeiten dafür geben, die man erst schaffen muss und wir müssten das eben auch mittel- und langfristig bedenken, weil wir bisher immer sehr kleinteilig und oft nur sehr kurzfristig unterwegs sind. Wir brauchen insbesondere die Beschaffung und Unterhaltung von Ausbildungsplätzen für die speziellen Fähigkeiten, wie zum Beispiel auch für die Luftfahrzeugeinsätze. Dazu ist das Zusammenwirken der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben – und nicht nur dieser – beschleunigen, zu vereinfachen und zu verbessern. Und das muss insbesondere so passieren, dass nicht die kleinen Kommunen hinterher auf den Kosten sitzenbleiben. Das ist im Augenblick in einigen Bundesländern leider der Fall. Wir sollten hier keine Bedenken haben, wir sollten mehr machen und auch mehr wollen, weil wir sind in der Gefahrenabwehr in Deutschland von diesen Großlagen längst nicht mehr führend in der Welt, sondern eher im unteren Drittel der entwickelten Länder – das muss man leider so sehen, wenn man sich ein bisschen mit dem Ausland beschäftigt. Daher ist es wichtig, Kontakte zum Ausland auf allen Ebenen auch zu stärken und zu fördern, um von denen lernen zu können. Weil zeigen können wir denen im Augenblick eher weniger, außer toller Technik, die wir in bestimmten Bereichen sicherlich haben – in der Struktur sind wir eher hintenan. Das war es schon, ich freue mich sehr auf diese Sitzung!

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Cimolino. Es geht weiter mit Professor Dr. Goldammer, bitte schön.

SV **Prof. Dr. Johann Georg Goldammer** (GFMC): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine Stellungnahme finden Sie ausführlich in der schriftlichen Stellungnahme zu dieser Anhörung. Ich möchte in aller Kürze darauf eingehen, dass ich in dieser schriftlichen Stellungnahme das zusammengefasst habe, was eine Facheinrichtung, das Zentrum für Globale Feuerüberwachung (The Global Fire Monitoring Center – GFMC) und die Arbeitsgruppe Feuerökologie seit ihrer Etablierung in den 70er Jahren zur Verfügung stellen kann. Das sind nicht nur die ökologischen Grundlagen, sondern die sich daraus abgeleiteten Verfahren des Feuermanagements, wie wir das nennen.

Ich habe heute früh an der Dialogveranstaltung zur nationalen Resilienz-Strategie teilgenommen und dort wurde das auch schon thematisiert, dass gerade diese Frage der Landschaftsbrände – wir sprechen ja eigentlich nicht nur über Waldbrände, sondern Brände, die unsere gesamte Kulturlandschaft, auch die Industrielandschaft und die darin eingebettete Naturlandschaft betreffen –, dass das eine komplexe Aufgabe ist und die Herstellung der Resilienz unserer Natur- und Kulturlandschaften gegenüber Wildfeuern im Angesicht des Klimawandels beziehungsweise der Klimakrise, ist eine sehr große Herausforderung. Was wir aus der Resilienz-Strategie ersehen und anwenden können bei zukünftigen Strategien im Hinblick auf Landschaftsbrände, ist, dass einmal wir gefahrenübergreifende und gefahrenspezifische Maßnahmen adressieren müssen, aber auch ebenenübergreifend. Und wenn ich hier über „ebenenübergreifend“ spreche, meine ich nicht nur Bund und Länder, sondern auch in den internationalen Raum zu schauen. Außerdem ist das ganze Thema eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, da sind wir grundsätzlich in Deutschland mit dem Ehrenamt sehr gut aufgestellt, hier gibt es aber Defizite, wo wir die ehrenamtlichen Einsatzkräfte nicht alleinlassen können. Und darum gilt es hier, neue Zielsetzungen insbesondere bei der Ausbildung und der Qualifizierung anzustreben. Danke schön.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank. Es geht weiter mit Herrn Hallas.

SV **Tobias Hallas** (@fire): Besten Dank. Verehrter Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Tobias Hallas, ich bin stellvertretender Leiter von @fire, der Waldbrandeinheit, seit zwölf Jahren mit dabei im In- und Ausland – somit ein Mann der Praxis.

@fire ist eine NGO mit 500 Einsatzkräften, die sich ehrenamtlich bundesweit engagieren. Letztes Jahr waren wir in 14 Waldbrandeinsätzen beteiligt. Wir hatten bisher solch ein Waldbrandjahr gar nicht erlebt in dieser Dimension. Ich möchte da zwei Einsätze hervorheben: Das ist einmal der Einsatz im Elbsandsteingebirge, als auch den im Harz. Im Rahmen dessen mussten wir erleben, dass viele Strukturen nur rudimentär vorhanden gewesen sind, wie zum Beispiel der Einsatz von Luftfahrzeugen. Wir als NGO kamen hier dazu und konnten die Einsatzabschnittsleitung von diversen Luftfahrzeugen koordinieren sowie taktische Abwurfkoordinatoren stellen, welche aufgrund der fehlenden Ressourcen gar nicht vor Ort gewesen sind. Da möchte ich appellieren, dass diese zukünftig, vielleicht auch mit unserer Unterstützung, ausgebildet werden und vorgehalten werden können. Des Weiteren sind wir als NGO in der Lage, bisher pro Jahr um die 4 000 bis 5 000 Feuerwehrleute in den Grundlagen der Vegetationsbrandbekämpfung auszubilden, teilweise mit Unterstützung des Staates an der BABZ, teilweise eben auch selbstständig. Ferner stellen wir als NGO eine GFFF-Einheit, eine luftverlastbare mobile Einheit mit 40 Einsatzkräften, die weltweit in den Einsatz gehen könnte. Per sofort sogar, wohlgemerkt! Diesbezüglich sind wir allerdings nicht über ein Land in Brüssel, beim BMI oder GMRZ gemeldet. Daher wäre es wünschenswert für uns, dass eventuell diese Einheit gemeldet werden könnte, sodass auf wir zukünftig offiziell als GFFF, als luftverlastbare mobile Einheit in Einsatz gehen kann.

Bezüglich der Löschflugzeuge/-hubschrauber bitten wir um eine dezidierte Prüfung der Vorhaltung von solchen Fahrzeugen, da wir mit Munitionsbelastung in Deutschland zu kämpfen haben. Nebst dieser Tatsache wäre es notwendig zu prüfen, ob eine flächendeckende Vorhaltung gegebenenfalls notwendig wäre, da einzelne Vorhaltungen von Flugzeugen keinerlei Sinn ergeben würden in unseren Augen. Besten Dank.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank, Herr Hallas. Es geht zu meiner Linken weiter mit Herrn Held.

SV **Alexander Held** (European Forest Institute - EFI): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, Held ist mein Name, ich arbeite seit vielen Jahren für das Europäische Forstinstitut und sein 22 Jahren im Thema Feuer in Deutschland, in Europa und weltweit. Ich freue mich sehr über diese Einladung und ich freue mich über die Tatsache, dass wir uns treffen und über Feuer reden im April, manchmal mittlerweile sogar im Januar – üblicherweise findet das ja nur statt, wenn es irgendwo brennt und dann bildet man schnell einen runden Tisch und unterschreibt Schecks. Das ist also sehr positiv zu bewerten. Zweitens freut mich, dass eben in der breiten Bevölkerung und auch in der Politik die Erkenntnis angekommen ist, welchen Wert unser Wald hat und zwar nicht nur, dass wir über Bevölkerung und Siedlungen reden, die im und am Wald liegen bei Thema Feuer, sondern eben auch die Ökosystem-Dienstleistungen des Waldes – gerade jetzt im Klimawandel!

Waldbrand, das sagt ja schon der Name, auch wenn wir eigentlich über Vegetations- oder Landschaftsbrände reden, Waldbrand hat „Wald“ und „Brand“, das heißt, schon der Name deutet auf eine sektorenübergreifende Aufgabe hin. Dass diese Aufgabe sehr komplex ist, haben meine Vorredner bereits erwähnt. Und da müssen wir vielleicht noch einmal deutlich sagen: Die Verantwortung für diese neue Herausforderung abzuwälzen – ich sage das absichtlich etwas provokant – auf die Schultern der Feuerwehr allein, wäre sehr unfair und auch nicht zielführend, weil wir wissen, dass im integrativen

Waldbrandmanagement eben viele Akteure ihre Hausaufgaben erledigen müssen und die Feuerwehr allein das nicht stemmen kann. Es ist auch klar, wenn wir in die Klimaprognosen schauen und in die Erfahrungen der letzten Jahre, dass wir auf eine Zukunft zusteuern, die geprägt sein wird von deutlich mehr Störungen im Wald, unter anderem mehr Feuer, aber eben auch Käfer, Sturm, Trockenheit, invasive Arten, Krankheiten et cetera. Wir wissen aus der Forschung und auch aus dem internationalen Vergleich, dass der Ansatz, Feuer zu kontrollieren oder alle Zündquellen zu eliminieren, nicht funktioniert. Die einzige Alternative aus unserer Sicht ist zu lernen, wie wir in Zukunft mit Feuer leben können, im Sinne von „etwas gelassener damit umgehen“ und „nicht jeder Waldbrand muss zur Katastrophe werden“. Und wie funktioniert dieses *Living With Fire* – das ist ein Schlagwort, das gibt es seit vielen Jahren, vielleicht Jahrzehnten im Ausland – wie kann das funktionieren? Durch Integrated Fire Management, Herr Goldammer hat das auch schon erwähnt. Und dazu gehört, das Spielfeld vorzubereiten, und um das Spielfeld vorzubereiten, müssen wir uns natürlich auch klar sein, der Gegner Feuer hält sich nicht an irgendwelche Spielregeln. Und dieses Spiel wird auch nicht nach 90 Minuten vorbei sein, das wird eine Daueraufgabe werden. Wir müssen also Wert darauf legen, dass wir ein gutes Spiel abliefern und nicht glauben, dass wir das Spiel irgendwann gewinnen können und dann das Problem gelöst haben.

Fokus für diese resilienten Landschaften ist ganz deutlich: Art, Menge und Struktur des verfügbaren Brennmaterials – das können wir beeinflussen als Landwirte, als Förster, während wir Wetter und Topografie, die anderen Einflussfaktoren eben nicht beeinflussen können. Insofern ist die Rolle der Forstwirtschaft/Landwirtschaft deutlich zu machen und auch deutlich zu unterstützen, denn ohne die vorbereitenden Maßnahmen des präventiven Brandschutzes steht die Feuerwehr oftmals auf verlorenem Posten. Wenn dann reagiert wird, um noch mehr Technik anzuschaffen, wiederholen wir nur die Fehler, die viele unserer Nachbarländer über 40/50 Jahre gemacht haben.

Was brauchen wir? Wir brauchen, glaube ich, zu allererst eine Vision, eine Strategie. Ist unsere Strategie, alle Feuer auszumachen, dann müssten wir die gleichen Fehler machen, wie unsere Nachbarn. Oder lernen wir mit Feuer zu leben, mit kompetenten, gut ausgestatteten, gut ausgebildeten Menschen, sowohl in Forst als auch in Feuerwehr? Danke schön.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Danke schön Herr Held. Als Nächstes Frau Klatt per Videokonferenz. Bitte schön.

SV **Dipl.-Ing. Susanne Klatt** (Feuerwehr Essen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank, dass ich dabei sein kann. Mein Name ist Susanne Klatt von der Feuerwehr Essen. Mein Statement wäre in erste Linie, dass natürlich die allgemeine Stärkung des Waldbrandschutzes vorangetrieben werden muss. Dies kann durch unterschiedliche Aspekte passieren: Zum einen haben wir viele gut ausgebildete Feuerwehren, deren Spezialität aber bislang natürlich nicht unbedingt die Waldbrandbekämpfung ist. Das wäre ein Punkt, wo man ansetzen kann, die Ausbildung der vorhandenen Kräfte zu verstärken. Des Weiteren muss sicherlich weiter in eine Spezialisierung gegangen werden. Diese Spezialisierung kann nicht in der breiten Masse stattfinden, aber es jetzt schon Einheiten, wie zum Beispiel @fire oder Waldbrandteam e. V., die sehr gut aufgestellt sind, die weiter unterstützt werden können und sollten, um die entsprechenden kommunalen Feuerwehren weiter auszubilden und auszustatten. Des Weiteren müsste auch die Ausstattung der Feuerwehren dahingehend verbessert werden, um auf Waldbrände besser reagieren zu können. Wir kriegen die allerallermeisten Waldbrände ziemlich gut bewältigt als kommunale Feuerwehren, ich rede von weit über 90 Prozent. Und die Fälle, die wir jetzt erlebt haben, das sind zum Glück bisher Einzelfälle. Und daher liegen wir wahrscheinlich nicht völlig falsch in dem, was wir bislang gemacht haben, aber es ist

definitiv Luft nach oben.

Zum Thema Flugzeuge, Brandbekämpfung aus der Luft: Auch das haben wir in Deutschland schon seit vielen, vielen Jahren gemacht, bisher mit Hubschraubern. Meine persönliche Erfahrung ist auch, dass die Hubschrauber sehr flexibel einzusetzen sind – diese Kapazitäten müssten aber weiter ausgebaut werden und Hubschrauber müssten entsprechend in größerer Anzahl und mit höherer Traglast zur Verfügung stehen, um eine effektive Brandbekämpfung zu realisieren. Was nicht bedeutet, dass Löschflugzeuge völlig ausgeschlossen sind, nur zu diesem Zeitpunkt wären Löschflugzeuge für die allermeisten Einsätze überhaupt gar nicht geeignet, würden eine enorme Investition bedeuten und würden halt eben auch viele Dinge nach sich ziehen, was Taktik, Schulung, Ausbildung der einzelnen Kräfte, die daran beteiligt sind, nachher angeht. Herr Hallas hat es eben schon kurz beschrieben, die Kollegen von @fire, die sehr versiert sind in diesem Bereich, haben die Einsatzführung des Löschangriffs aus der Luft übernommen, weil diese Kapazitäten üblicherweise bei deutschen Feuerwehren überhaupt gar nicht vorhanden sind. Es gibt in dem Bereich auch sehr viele gute Beispiele aus dem Ausland und in diesem Zuge möchte ich auch noch einmal um das EU-Katastrophenschutzverfahren werben, denn da hat Deutschland natürlich auch die Möglichkeit, Hilfe anzufordern, zumal es sich bislang bei uns um Einzelfälle handelt. Und solange wir nicht jeden Tag den Bedarf haben, eigene Löschflugzeuge einzusetzen, wäre sicherlich ein erster Schritt, erst einmal das zu nutzen, was die EU uns zur Verfügung stellen kann. Das wäre es erst einmal.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank. Es geht weiter, Herr Landrat, mit Ihnen, Herr Kurt. Bitte schön.

SV **Daniel Kurth** (Landrat Landkreis Barnim): Herzlichen Dank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Anzuhörende. Ich bin Landrat im Landkreis Barnim, selbst Einsatzkraft im Technischen Hilfswerk, seit über 20 Jahren Zugführer, also auch ein Mann der Praxis.

Waldbrände sind eine komplexe Angelegenheit und es gibt viele Stellschrauben – das gibt uns auch verschiedenste Möglichkeiten, Dinge zu tun: Über klimaangepasste Wälder wurde hier schon gesprochen, da bin ich sehr dankbar, kann ich mir sparen. Wir haben da kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Da geht es auch um viel Geld, was nötig ist, um den Waldumbau zu fördern. Es geht aber auch um anständige Jagd, aber das nur nebenbei.

Es geht um Waldbrandfrüherkennung. Auch da haben wir gute Erfahrungen in Brandenburg, wir sind kameragestützt unterwegs, es gibt gute neue Ideen über Sensorik, Rauchgasdetektion zu machen, da gibt es auch deutsche Firmen, die da inzwischen selbst die Amerikaner beliefern. Es gibt gute Vernetzung mit den Regionalleitstellen. Wir wissen, dass, je früher wir den Waldbrand entdecken und bekämpfen, umso geringer sind die Schäden.

Wie sieht unsere Reaktion üblicherweise aus? Wir reden über Zuwegungen – das hört sich einfach an, aber wir müssen da erst einmal hinkommen über Schneisen im Wald, Lichtraumprofile – wurde schon gesprochen –, es geht um Tragfähigkeitsklassen für den Wegebau, es geht auch da um Fördermittel – die sind vorhanden, die sind aber insbesondere in bodenreformgeprägten Strukturen, wie im Osten der Republik mit den Kleinstwaldbesitzern schwierig umsetzbar. Wir reden über Munition – auch das ein spezielles Problem im ehemaligen Osten: Die Westgruppe der Streitkräfte, also der russischen Föderation, hatte „besonderen Umgang“ mit Munition, um das einmal so zu sagen. Entsprechend sind auch die Fragen der Freimachung von Schneisen, die wir mindestens haben müssen, sehr kostenträchtig. Und solange wir noch die sinnwidrige Unterscheidung zwischen reichseigener und alliierter Munition – über Beutemunition wollen wir mal gar nicht reden – bei der Kostentragungspflicht haben, haben wir da ein ernstes Problem.

Bei den Kräften: Wir reden bei über 99 Prozent hier

über Ehrenamtler. Der Schwerpunkt bei der Brandbekämpfung liegt wie üblich bei den Freiwilligen Feuerwehren, die aber in derselben Zeit den Grundschutz in ihren Gemeinden sicherstellen müssen. Und ich hoffe, das wird aus dem Wortprotokoll gestrichen: Ich hoffe, dass niemals ein Brandstifter darauf kommt, zwei Szenarien parallel anzustecken!

Wir müssen uns um die allgemeine Forderung des Ehrenamtes kümmern, um Brandschutzerziehung in den Schulen. Wir werden uns in Brandenburg mit dem Waldbrandkompetenzzentrum auf den Weg begeben, der von der Kollegin aus Essen schon besprochen worden ist, nämlich auszubilden: Taktik in der Brandbekämpfung, aber eben auch Luftraumkoordinatoren. Das Thema der offenen Wasserentnahmestellen müssen wir unter dem Blickwinkel des Klimawandels betrachten, die Seen, die wir früher noch eingeplant haben für die Wasserentnahme, haben den Wasserstand um über einen Meter bei uns abgesenkt, sodass sie nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir reden deshalb über die Sanierung oder Neuanlegung von Tiefbrunnen. Wir müssen uns auf Wasserbeförderung über lange Wegstrecken konzentrieren – da hat das Land Brandenburg erhebliche Beschaffungen in HFS-Systeme für über fünf Millionen Euro in die Hände genommen. Und wir unterhalten uns natürlich auch über die Frage von Drehflüglern versus Starrflügler – auch da ganz eindeutig: Wir brauchen Drehflügler. Die sind in Umlaufzeiten unter drei Minuten viel besser einsetzbar, im Zusammenwirken mit HFS-Systemen und Flextank-Systemen, als wir es mit Starrflüglern jemals hinkriegen würden. Alles andere dann in der Nachfragerunde.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Herr Kurth. Wir kommen wieder zur Videokonferenz, Herr Maier.

SV **Siegfried Maier** (Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft - DFeuG): Herzliches grüß Gott aus Bayern, Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär, liebe Abgeordnete, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich darf für die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft sprechen und ich habe eine gute Nachricht für Sie: Jedes Feuer geht irgendwann von allein aus! Und zwar wenn kein Brennstoff mehr da ist, kein Sauerstoff oder die Temperatur zu gering ist. Die schlechte Nachricht ist: Das Feuer brennt solange, wie man es brennen lässt. Und für uns, die wir in der Praxis die Feuer löschen, ist jedes Feuer, das nicht stattfindet, das beste Feuer. Die Feuerwehr versucht, Menschenleben zu retten, Schaden zu verhindern und zwar so schnell wie möglich. Feuerwehr bringt man meistens in Verbindung mit Löschen, also mit dem abwehrenden Brandschutz, aber es beginnt früher. Und das ist alles jetzt schon angesprochen worden und ist vollkommen richtig: Wir brauchen auch im Bereich Vegetations- und Waldbrände diesen vorbeugenden Brandschutz! Wir brauchen Vorgaben, Vorschriften, wir brauchen eine Vorbereitung, eine Vorhaltung. Wir brauchen eine Vorbereitung und zwar in der Ausbildung, Herr Dr. Cimolino hat es angesprochen, wir brauchen eine Vorbereitung genügend Personal und auch Ausrüstung für das Personal. Wir brauchen eine Vorbereitung Schulung von Taktik der Einsatzkräfte und wir brauchen für unsere Einsatzkräfte, und das wäre aus unserer Sicht besonders wichtig, die Sicherheit für die Einsatzkräfte. Man kann keine hundertprozentige Sicherheit gewähren, aber man muss die Sicherheit der Einsatzkräfte im Auge behalten. Und ich denke, alles Weitere kann tatsächlich der Stellungnahme der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft entnommen werden. Vielen Dank.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Herr Maier, auch für die komprimierte Form Ihres Vortrages. Es geht weiter mit Herrn Professor Schröder.

SV **Prof. Hermann Schröder** (Innenministerium BaWü, a. D.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Gelegenheit, als ehemaliger Landesbeamter hier in dieser Runde sprechen zu dürfen. Ich betone dies deshalb, weil mir sehr wohl die Kompetenz-Zuständigkeiten bewusst sind und deshalb darf ich

auch als ehemaliger AK V-Vorsitzender sagen, mit dem BMI hatten wir, so glaube ich, immer sehr konstruktiv zusammengearbeitet.

Es gibt einen bunten Strauß an Maßnahmen – das haben wir heute schon in der Sitzung gehört; ich habe in meiner schriftlichen Stellungnahme auch auf ein Papier des AK V verwiesen, das die Länderzuständigkeiten, auch die Schnittstellen mit dem Bund, schon bearbeitet und diesen bunten Strauß auch dargestellt hat. Das heißt, die Feuerwehren und die Verantwortlichen in der Gefahrenabwehr – es gehören auch die Landkreise dazu, es gehören die Gemeinden dazu, denn dort entsteht das Feuer und dort wird es auch gelöscht, das darf man auch nicht vergessen – diese bemühen sich darum und man hat dieses Thema des Waldbrandes so ungefähr seit fünf Jahren wieder erkannt und sehr intensiv bearbeitet. Wir hatten markante Ereignisse letztes Jahr. Und ich möchte mich auf drei Dinge zunächst beziehen und möchte auch versuchen, etwas vorzubringen, was vielleicht kein großes Geld kosten wird und darf den Kreis zu Professor Dr. Bitter schließen: Es gibt den Spruch eines ehemaligen Branddirektors, der Vorbeugenden Brandschutz gemacht hat: Klingsohr aus München. Er hat gesagt: „Die meisten Brände werden mit Tinte gelöscht“ und nicht mit Wasser. Und ich will den Blickwinkel darauf richten, dass wir uns künftig vielleicht darüber mehr Gedanken machen müssen. Und der Vertreter der Feuerwehr-Gewerkschaft hat es auch angedeutet: Wir brauchen einen Vorbeugenden Waldbrandschutz! Wir konzentrieren uns zurzeit zu Recht auf die Überlegungen, wie wir Brände löschen können. Wir müssen aber auch Systeme erfinden. So wie der Wald künftig eine Waldentwicklung mit sich bringt, müssen wir in der Gefahrenabwehr diese Entwicklung mit begleiten. Und dann können wir Lösungen finden, wie wir die Menschen schützen, die in Waldnähe wohnen und dass wir den Einsatzkräften, die einen Waldbrand löschen müssen – wie gesagt, wir können nicht immer warten, bis er ausgeht, wir müssen auch an bestimmter Stelle löschen – helfen, dass sie einen vernünftigen „Arbeitsplatz“ vorfinden. Denn Vorbeugender Brandschutz heißt auch, für die Einsatzkräfte den Arbeitsplatz so zu gestalten, dass sie vorgehen können. Das ist eine der Botschaften und darüber dürfen wir nicht nur sprechen, sondern ich würde es sehr begrüßen, wenn diese Forderungen auch in rechtlichen Grundlagen ihren Niederschlag finden würden. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Ich habe einen ganz banalen Vorschlag gemacht, in das Bundeswaldgesetz – Sie sind ja für die Bundesgesetzgebung zuständig – hineinzuschreiben, dass bei der Waldentwicklung auch die Belange des Brandschutzes von vorn herein verfolgt werden müssen. Ein ganz entscheidender Punkt.

Jetzt kommen zwei Punkte, es sei mir verziehen, es geht wie immer um Geld. Ich zitiere Faust II, da hat der Schatzmeister gesagt: „… Welch’ Unheil muss auch ich erfahren, wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr. …“. Es gibt zwei Themen, die uns finanziell belasten. Das Eine ist das Thema „Brandbekämpfung aus der Luft“. Dort haben die Länder mit den Polizei-Hubschrauberstaffeln Einheiten, wir haben die Unterstützung der Bundespolizei, wir haben die Unterstützung der Bundeswehr. Ich glaube, wir brauchen hier etwas mehr. Wir haben im Jahr 2022 gelernt, bei Gleichzeitigkeit von Ereignissen sind wir sehr schnell mit unserer Luftkapazität am Ende. Und wir können hier nicht extra Maschinen beschaffen, sondern wir müssen dafür sorgen, dass die Maschinen, die in anderen Bereichen eingesetzt werden, uns auch im Einsatz unterstützen können.

Eine große Frage ist auch die Kostenübernahme. Diese Frage behindert sehr oft die Entscheider, die Anforderungen zu machen, weil damit immense Kosten verbunden sind. Für den Bürgermeister übersteigt das manchmal seinen Haushalt. Hier wäre es gut, wenn man eine generelle Kostenübernahme-Erklärung bekommen würde.

Und zum Schluss auch das Thema Munitionsbelastung. Auch das wurde bereits angesprochen. Da kann ich mich ganz kurzfassen: Gerade in einigen

neuen Bundesländern gibt es enorme Belastungen. Mir als Baden-Württemberger war das fremd, ich musste das in Sachsen jetzt erfahren. Da wäre es sicherlich sinnvoll, wenn man von Seiten des Bundes - vor allem in Ortsnähe - Möglichkeiten schaffen würde, die Kommunen und die Länder zu unterstützen. Vielen Dank.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank auch Ihnen, Herr Professor Schröder. Und wir kommen noch zu Frau Dr. Thonicke, bitte schön.

SV **Dr. Kirsten Thonicke** (PIK): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses, werte Damen und Herren, vielen Dank für die Möglichkeit, hier zu Ihnen zu sprechen. Ich spreche zu Ihnen als Wissenschaftlerin des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). Ich beschäftige mich seit 25 Jahren mit der Modellierung von Waldbränden und Vegetationsbränden, global und regional, insbesondere unter Klimawandel und habe also schon eine Reihe von Ereignissen auch mitbeobachten können.

Waldbrände sind ein Indikator für Hitze, Dürre und die Fahrlässigkeit des Menschen. Wenn wir uns die Waldbrandstatistik Deutschlands anschauen, dann fallen uns die Extremjahre 1992, 2003, 2018/2019 und 2022 auf. Wir machen oft den Fehler, uns nur die Feueranzahl anzuschauen und die Schadensfläche außer Acht zu lassen. Wir reden also im Jahr 2022 von 4 300 Hektar Schadensfläche, 1992 waren es 4 900 Hektar, aber lange nicht so viel in den Extremjahren der Bundesrepublik und auch der DDR 1975/1976, wo schätzungsweise 15 000 Hektar verbrannt sind. Seitdem ist eine ganze Menge passiert und es hat sich viel verändert. Die letzten drei Extremjahre, die uns hier insbesondere zusammengeführt haben, zeigen eigentlich, dass die Feuer begleitet waren von langanhaltender Dürre. Sie kennen den Dürremonitor des Umweltforschungszentrums, die Böden sind immer wieder tiefgründig ausgetrocknet. Dadurch sind die Wälder großflächig gestresst, sie haben also wenig Feuchtigkeit gespeichert und sind dementsprechend anfällig, sodass die Feuer länger brennen, intensiver brennen und damit größere Schäden hervorrufen, mehr als dass wir sie kennen. 21 Prozent der Bäume, sagt der letzte Waldschadensbericht, sind nur noch vital, das heißt, wir haben es mit einer gestressten, geschädigten, degradierten Vegetation zu tun, die anfällig ist und damit eben auch anfällig für Waldbrände.

Was muss getan werden? Die Öffentlichkeit muss umfassender informiert werden über die Ursachen von Waldbränden und auch wie der Wald zu schützen ist. Wir brauchen ein Grundverständnis dafür, dass die Datenerhebung, die Ermittlung der Waldbrandursachen, genauer dokumentiert werden muss. Dann können wir sie wissenschaftlich auch besser begleiten und ihnen vor allem auch bessere Prognosen erstellen, das ist das, was mein Institut anbieten kann, weiter zu verbessern und ihnen genauere Informationen zu liefern. Das Waldbrandrisiko nimmt in Zukunft weiterhin zu. Die Extreme werden sich verändern zu noch extremeren Eigenschaften führen. Die Waldbrände werden größer werden in der Fläche und die Waldbrandsaison wird sich insbesondere in den Herbst hinein verlängern. Das sagen unsere aktuellen Berechnungen.

Was brauchen wir an Maßnahmen? Wir brauchen Maßnahmen, die das Waldbrandrisiko konkreter, auch auf Vulnerabilität und Exponierung, auszusehen. Wir brauchen aber auch Präventivmaßnahmen und wir müssen aber auch beachten, dass beim Waldumbau auch Belange des Wasserschutzes mit berücksichtigt werden müssen, denn wenn die Bäume kein Grundwasser erreichen können, nützt Ihnen der Setzling auch nichts! Ebenso nützt es Ihnen nichts, wenn Sie das ganze Totholz beräumen und damit die Nischen für Biodiversität und Feuchteschutz fehlen. In diesem Sinne brauchen die Feuerwehren auch mehr Fortbildung, auch in diesen Belangen, präventiven Waldumbau vorzubereiten und da auch die Maßnahmen zur Minderung des Waldbrandrisikos mit einzubauen. Aufgrund dessen freue ich mich, dass wir hier zusammenkommen können, um diese Maßnahmen zu diskutieren und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Frau Dr. Thonicke. Wir kommen nun, wie angekündigt und üblich, zur Fragerunde der Fraktionen und ich darf eingangs noch einmal darauf hinweisen, dass nun in der folgenden ersten Fragerunde die Fragestellenden entweder zwei Fragen an einen Sachverständigen stellen können oder je eine Frage an zwei Sachverständige. Für Frage und Antwort gibt es je zwei Minuten. Ich schaue als erstes in Richtung SPD. Herr Kollege Schäfer, bitte schön.

Abg. **Ingo Schäfer** (SPD): Vielen Dank, ich halte es dann auch kurz: Wir haben eben noch gehört, die technische Ausstattung muss auf jeden Fall ausgebessert werden, die Kommunikationstechnik ist hier noch gar nicht angesprochen worden, da sollten wir auch drüber sprechen, wir sollten über die persönliche Schutzausrüstung sprechen, über das Personal und über die Schulungen. Und wenn ich mir den Antrag angucke, „Nationale Kraftanstrengungen für einen besseren Waldbrandschutz“, muss ich sagen: Jawohl, dem kann ich nur zustimmen, nur der hätte schon viel früher in Gang gebracht werden müssen. Wenn man sich überlegt, dass im letzten Jahrzehnt so gut wie gar nichts geschehen ist, sondern nur festgestellt worden ist, dass wir Fahrzeuge für die Katastrophenabwehr benötigen, die der Bund bereitstellen sollte und bis heute 1 400 Fahrzeuge faktisch nicht ausgeliefert worden sind. Wenn man sich überlegt, dass 2018 das EU-Katastrophenschutzverfahren in Gang und rescEU uns ein Angebot gemacht hat, Löschflugzeuge bereitzustellen, die wir nur als Unterhalt hätten zahlen müssen – die sind nicht angenommen worden, dann ist da schon ein „gewisses Geschmäckle“ dabei, wenn gerade von der CDU/CSU dieser Antrag gestellt wird. Nichtsdestotrotz müssen wir tätig werden und ich glaube auch, dass, nein, ich weiß, dass Innenministerin Nancy Faeser zum Beispiel bei der Löschabwehr über die Luft die Hubschrauber, die beschafft werden, mindestens 50 Prozent der neuen Bundeswehr-Hubschrauber mit einer verwendbaren Außenlastfähigkeit von mindestens 3 000 Kilogramm angeschafft werden, inklusive Seilwinden für die gegebenenfalls notwendige Menschenrettung. Wir sind dran, dass die Fahrzeugbestandliste endlich aufgearbeitet wird, vielleicht noch einmal überschrieben wird, und hoffe, dass wir das auch in Kürze hinbekommen.

Meine Frage geht an Landrat Daniel Kurth: Was lief denn gut und lief schlecht in der Zusammenarbeit von Bund, Kommunen und Land bei den Großeinsätzen, die wir im vergangenen Jahr hatten? Und die zweite Frage würde ich an den Vertreter der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft, Herrn Maier, richten: Zahlreiche Feuerwehrleute wurden bei den letzten Waldbränden im vergangenen Jahr verletzt, zum Teil sogar schwer verletzt. Und nach dem Großbrand in der Sächsischen Schweiz haben Sie im vergangenen Jahr vom Kampf Davids gegen Goliath gesprochen. Was genau meinen Sie damit und was genau kritisieren Sie?

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank. Herr Kurth, bitte schön. Und dann Herr Maier.

SV **Daniel Kurth** (Landrat Landkreis Barnim): Also, was lief gut? Zweifelsohne das unglaubliche ehrenamtliche Engagement der Feuerwehrleute und das Zusammenwirken natürlich auch mit den Hilfsorganisationen, auch mit @fire natürlich, mit der Bundeswehr, mit der Bundespolizei. Insofern lief gut, dass wir die Bundeswehr noch hatten zu einem Zeitpunkt, wo Bundesverteidigung und Landesverteidigung noch nicht der so überragende Schwerpunkt waren, wie es jetzt ist.

Was lief schlecht? Ich habe es angedeutet: Immer da, wo wir nicht hinkommen und wo wir den Einsatzkräften im Prinzip sagen müssen: „Verstoße gegen Deine eigene Vorschrift!“ und hier war heute schon die Forderung der Gewerkschaft, wir müssen den Kameradinnen und Kameraden Sicherheit mitgeben. In dem Moment, wo ich aber von einem Drehflügler-Piloten billigend in Kauf nehme, dass er 1 000 Meter Abstand nicht einhält über der zu löschenden Fläche, obwohl er weiß, dass darunter munitionsbelastete Fläche ist, wenn ich von einem

Feuerwehrmann verlange oder von einem Bundespolizisten mit seinem Wasserwerfer, dass er da hinein fährt und er tut das einfach und ich weiß, dass das eigentlich nicht richtig ist und ist das etwas, das schlecht läuft. Und ich bin selbst Einsatzkraft, ich bin Zugführer, bin gewohnt, auch Befehle zu erteilen, aber es ist ein großes Maß an Verantwortung, was auf unseren Schultern liegt. „Die meisten Waldbrände werden mit Tinte gelöscht" – wir müssen jetzt die gesetzlichen Vorgaben machen. Und was schlecht ist, ist, wenn wir nicht durchkommen, wenn wir nicht reinkommen, wenn wir mehr Zeit für Wegebau verbrauchen, weil wir die Tanker einfach zu schwer sind, ja, das sind einfach Dinge, die sind einfach inakzeptabel! Und da ist es an uns, jetzt sehr zügig Dinge zu ändern.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Herr Maier.

SV **Siegfried Maier** (DFeuG): Vielen Dank. Das war die Frage nach dem Zitat „David gegen Goliath", das wir in die Presse gebracht haben und da darf ich auch mit Goethes Faust antworten, wir kommen jetzt zum Pudels Kern. Aus unserer Sicht ist es oft das gleiche Problem, David gegen Goliath: Die Einsatzkräfte wägen ab im Rahmen ihrer Zuständigkeit, unter anderem auch, was kostet der Einsatz für die Kommunen. Und deshalb ist bei dem besagten Einsatz eben aus unserer Sicht zu überlegen, war der Einsatz, war die Anforderung von Löschflugzeugen beziehungsweise von Hubschraubern, hat man dort zu lange gewartet? Mit der Frage, „Ist das für die Kommunen zu teuer?" wären die Luftfahrzeuge früher zum Einsatz gekommen, hätte man die Ausbreitung verhindern können und die Kolleginnen und Kollegen hätten tatsächlich hoffentlich früher nach Hause fahren können. Vielen Dank.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank, Herr Maier. Ich blicke zur Fraktion der CDU/CSU, Herr Seif.

Abg. **Detlef Seif** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst einmal haben wir wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass der Kollege Schäfer den Antrag gut findet. Und setzen Sie sich dann bitte auch dafür ein, dass er in der Ampel eine Mehrheit bekommt!

Meine Frage geht in Richtung Prävention. Da haben wir ja einiges zu gehört. Die Frage geht einmal an den Sachverständigen Bitter und an den Sachverständigen Schröder: Wir brauchen den klimaangepassten Waldumbau, aber wenn man mal genau hinschaut, mit welcher Ernsthaftigkeit wird das einerseits von den Waldbesitzern betrieben und haben wir die richtigen Strukturen, um diesen Waldumbau hinzukriegen? Denn trotz erster Maßnahmen in den letzten Jahren haben wir ja bei den zurückliegenden Bränden gesehen, dass diese keine positiven Auswirkungen hatten, sondern irgendetwas scheint schiefzulaufen. Schneisen sind möglicherweise nicht da, Wege sind nicht mehr vorhanden oder werden nicht entsprechend hergestellt. Und vielleicht in diesem Zusammenhang dann auch noch die Frage der Bereitstellung von Wasserreservoirs, das ist eine anderthalb-Frage, würde ich sagen, aber das kann man in dem Zusammenhang, glaube ich, gut mitbeantworten.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Danke. Herr Bitter.

SV **Prof. Dr. Andreas W. Bitter** (AGDW): Herr Abgeordneter Seif, ganz herzlichen Dank für die Frage. Klimaorientierter Waldumbau, der Wälder sichert und damit gegebenenfalls eben auch Bevölkerung schützt, ist ein Langstreckenlauf. Wir arbeiten im Wald mit extrem langen Produktionsperioden und gemäß dieser Produktionsperioden wird sich der Waldumbau auch sehr lange hinziehen. Aber Sie haben vollkommen Recht, dass die bisher erreichten Umfänge durchaus als unbefriedigend bezeichnet werden können und müssen. Es ist dringend notwendig , dass wir die Umbaufläche erweitern, die da pro Jahr bewältigt werden kann. Und das gilt deshalb, weil das Thünen-Institut unlängst in einer Analyse festgestellt hat, dass insgesamt nahezu drei Millionen Hektar Wald dringlich für den Umbau sind. Das sind zum einen Fichtenflächen unterhalb einer Höhenlage von 600 Metern, wir haben ja großflächig das Ausscheiden der Fich-

tenbestände zu beobachten, und das ist auf der anderen Seite auch die Baumart Buche, die auf Böden mit einer unzureichenden Wasserkapazität gefährdet ist. Und es ist vollkommen klar, wenn es dann zu einer Katastrophe, zu einem Brand kommen sollte, dann sind die Erschließungsmaßnahmen, die wir bislang haben, völlig unzureichend. Hier wurde von der Tragfähigkeit der Wege gesprochen, es geht aber beispielsweise auch um ganz einfache Dinge wie Licht-Raum-Profile. Teure, elegante Feuerwehrfahrzeuge setzen sich ungern Dornengestrüpp und überwachsenen Ästen aus. Also von daher gesehen sind es teilweise ganz schlichte Dinge. Das gilt dann auch für die Zugänglichkeit von Wasserstellen. Und das alles hängt, meine sehr verehrten Damen und Herren, genauso wie der Waldumbau, an einer entsprechend hinreichend intensiven Beratung und Betreuung, insbesondere von Kleinwaldbesitzenden, von Privatwaldbesitzenden insgesamt, die ja mehr oder minder die größte einzelne Eigentümergruppe bilden. Danke.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Danke Herr Bitter. Herr Schröder.

SV **Prof. Hermann Schröder** (Innenministerium BaWü, a. D.): Ich glaube, der entscheidende Punkt ist aus unserer Sicht: Wir müssen die Brände möglichst verhindern. Da sind uns Grenzen gesetzt; aber wir müssen den Einsatzkräften die Möglichkeit bieten, bei einem Einsatz ihren Auftrag zu erfüllen. Wir werden eine Veränderung im Wald bekommen, auch das Klima wird uns das Ganze lehren. Das haben wir gesehen und die Brände, die letztes Jahr in Sachsen waren, das waren drei Brände. Sie waren dadurch gekennzeichnet, dass die Zugänglichkeit des Geländes kaum oder gar nicht möglich war. Bei zwei Bränden war Munitionsbelastung der entscheidende Punkt und in der Sächsischen Schweiz war das Thema der Topografie, der schwierigen Topografie, 400 Höhenmeter Unterschied, die Einsatzkräfte mit Einsatzstiefeln – also ich hätte nicht dreimal hoch und runter gekonnt, ich hätte Blasen bekommen. Das heißt, wir müssen künftig lernen, wie wir den Wald verändern und wir müssen dann auch lernen, wie wir den Wald so verändern, dass zum einen die in Waldnähe wohnenden Menschen geschützt werden, dass wir uns dort überlegen: kriegen wir künftig mehr Reisigholz auf dem Boden, kriegen wir mehr Totholzstämme, kriegen wir mehr Habitatstämme? Das hat mit Naturschutz überhaupt nichts zu tun, sondern das ist ein Waldumbauthema. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die den Wald bewirtschaften, gemeinsam mit den Gefahrenabwehrkräften, sprich mit der Feuerwehr, mit den Landratsämtern, mit den Gemeinden die Konzepte so erstellen, dass wir in der Lage sind, dort zu löschen, wo wir es brauchen. Ein Großteil der Brände, 99 Prozent der Waldbrände sind auf zehn Hektar begrenzt. Wir kriegen nur dort die größeren Brände, die uns aus dem Ruder laufen, wenn wir einfach nicht in das Gebiet reinkönnen. Deswegen schnell sein. Und vor allem brauchen wir künftig einen wirklich Vorbeugenden Waldbrandschutz. Ich weiß, dass ich jetzt nerve mit dieser Botschaft, aber wenn Sie im Bauwesen keinen Vorbeugenden Brandschutz machen würden, könnten sich die Menschen nicht retten und die Feuerwehr könnte keinen Einsatz mehr durchführen. Und genauso müssen wir es im Waldbrandschutz künftig auch machen, wir brauchen einen Vorbeugenden Waldbrandschutz. Die Feuerwehrleute müssen die Arbeitsplätze, also die Einsatzstellen so vorfinden, dass sie in der Lage sind, dort vorzugehen – auf Wegen und so weiter.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Herr Schröder. Ich blicke zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und sehe, Herr Eckert, Sie haben schon den Finger am Mikro. Bitte schön.

Abg. **Leon Eckert** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank, auch danke schön von mir an alle Expertinnen und Experten, und dass wir heute über dieses Thema sprechen können. Für uns Grüne ist Waldbrandschutz eine Aufgabe, die beginnt mit effektiven Klimaschutz, die geht weiter

mit Klimafolgenanpassung, dann mit der Bekämpfung von Feuer und danach natürlich auch mit Lessons learned und der Umsetzung von dem, was wir aus solchen Ereignissen lernen. Und wir haben jetzt über einige Bereiche schon gesprochen, aber aus meiner Perspektive würde ich sagen: In der Bekämpfung sind wir in diesen vier Dingen schon am weitesten und trotzdem sehen wir, dass da große Aufgaben vor uns liegen – also es ist ein Thema, wo viel noch zu tun ist!

Ich habe eine Frage an je einen Experten. An den Herrn Held einmal die Frage, wie aus Ihrer Sicht eine institutionelle Begleitung des Themas Waldbrandbekämpfung aussehen müsste? Dass wir eben es schaffen, die Strategien, die wir haben, die Erkenntnisse, die wir haben, in die Arbeit der Innenressorts, aber auch der Landwirtschafts- und Forstressorts einzupflegen? Wo könnten wir da an der Bundesregierung einsetzen? Gibt es da Verbesserungsbedarf?

Und die zweite Frage an Frau Dr. Thonicke: Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass wir uns verbessern müssen bei der Datenbasis, bei der wissenschaftlichen Begleitung. Was wären denn konkrete Maßnahmen aus Ihrer Sicht, die der Bund machen kann und sollte, um diese wissenschaftliche Begleitung noch zu stärken?

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank. Herr Held.

SV **Alexander Held** (EFI): Herr Eckert, vielen Dank für Frage nach institutioneller Begleitung. Wir haben in Deutschland Institutionen, die haben ein Mandat, sich mit dem Thema Waldbrand auseinanderzusetzen. Dann haben wir den Forschungsbereich, der sich das Mandat selbst gibt. Und dann haben wir den großen Graubereich von motivierten Experten, die nicht institutionell sind. Ich sehe in unserer täglichen Arbeit die institutionelle Begleitung der mandatierten Institutionen oftmals etwas gehemmt durch – und das sage ich jetzt bewusst als jemand, der nicht in einer Behörde arbeitet – Protokolle und Beschränkungen. Also wenn Sie einen Förster aus dem Revierdienst mal für zwei Wochen nach Polen oder Portugal schicken wollen oder einen Feuerwehrmann, dann wird es durchaus schwierig, wenn man das nicht zwei Jahre vorher einplant. Also da brauchen wir mehr Flexibilität. Der Graubereich, ich gucke jetzt zu engagierten Organisationen wie @fire oder Waldbrandteam, da steckt unglaublich viel Potential drin, das in keiner Organisation aufgefangen wird. Also institutionelles Gedächtnis und Kapazitäten aufbauen – da würden wir guttun, diese freiwillige Motivation und Expertise mit einzubauen.

Und dann: Waldbrand-Plattformen oder -Kompetenzzentren einzurichten, zum Beispiel am BBK und so weiter, das ist sicherlich richtig. Wir dürfen jetzt in dem Zusammenhang nicht vergessen, dass wir nicht aus Versehen wieder in die Schiene rutschen und das Thema ausschließlich bei den Blaulicht-Organisationen verankern. Ich plädiere auch aus der Erfahrung für eine zusätzliche, begleitende Plattform Waldbrand, die tatsächlich wissenschaftlich frei, frei von Politik und Protokoll, und flexibel arbeiten kann, um den internationalen Austausch zu fördern, den Wissenstransfer zu fördern, Strategieberatung zu machen und zwar ohne Einschränkungen und Hemmungen durch den Apparat, der normalerweise außen herum ist.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Danke Herr Held. Frau Dr. Thonicke.

SV **Dr. Kirsten Thonicke** (PIK): Vielen Dank für die Frage. Was brauchen wir besser, was brauchen wir an verbesserter Datenlage und Information? Ich habe in meiner Stellungnahme ausgeführt und möchte das hier gern noch einmal ein bisschen erklären, dass wir zu allererst eine Verbesserung brauchen in der Untersuchung der Waldbrandursachen, dass die einfach besser dokumentiert werden und vor allem, dass die Daten in allen Bundesländern qualitativ gut dokumentiert und auch georeferenziert bereitgestellt werden. Es braucht sozusagen eine Bewusstseinsbildung, dass diese Daten einerseits die Einsatzkräfte besser informieren können, die Behörden besser informieren können, wenn es um die Waldumbaustrategie geht, aber auch in der

Wissenschaft die Analyse des Feuergeschehens einfach verbessern kann, um so auch eine genauere Ermittlung, wie denn räumlich die ganzen Waldbrände verteilt sind, das zu verbessern. Die meisten Feuer sind nämlich entlang von Verkehrsinfrastruktur und Siedlungen zu finden und das sind zum Beispiel wichtige Elemente, die wir für unsere Prognose unter Klimawandel-Bedingungen auch verwenden.

Was auch dazu gehört ist, dass wir durchaus einen Informationsbedarf haben, wie denn die entsprechenden Waldbrandflächen auch in Schutzgebieten sich regenerieren. Wir hören in unserer Betrachtung sehr oft auch, dass es eine Schadensfläche gibt und ermitteln vielleicht den Schaden in Euro, aber was danach passiert, inwiefern eine Aufforstungsmaßnahme gelingt oder inwiefern das Wiederaufwachsen in entsprechenden Schutzgebieten passiert – darüber gibt es keine guten, systematisierten Angaben, aber die würden uns sehr helfen, Ihnen hier mit wissenschaftlicher Unterstützung in diesen ganzen Verfahren weiterhin zu helfen.

Was wir auch brauchen, ist natürlich ein Abgleich, dass wir ein entsprechendes Informationszentrum haben und hier begrüße ich sehr die Idee einer Waldbrandrisikokartierung, die aber die Aspekte nicht nur der Waldbrandgefahr, sondern auch der Exponierung und der Vulnerabilität, also wie verletzlich ist die betroffene Vegetation, mit einzubeziehen. Diese Sachen können wir wissenschaftlich, methodisch gut begleiten und freuen uns da auf die Zusammenarbeit!

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank. Ich blicke Richtung AfD, Herr Janich.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Vielen Dank. Meine Fragen gehen an Herrn Kurth und Herrn Professor Schröder. Die Sächsische Schweiz ist mein Wahlkreis. Ich habe bei dem Feuer im Elbsandsteingebirge regelmäßig zugeschaut und da ist mir einiges aufgefallen. Darum meine Fragen in Richtung Waldbrandvorsorge. Löschflugzeuge/-hubschrauber – dort habe ich gesehen, dass die Löschflugzeuge im Elbtal gar keine Möglichkeit hatten zu landen und Hubschrauber wesentlich flexibler sind, leider natürlich bloß mit einem Kubikmeter Wasser ausgestattet. Was mir auch aufgefallen ist zum Beispiel, dass kilometerlange Schläuche dort dem maximalen Verfall innerhalb von Tagen unterlagen. Aus dem Grunde fiel mir ein: Ist es vielleicht perspektivisch, wenn wir längere Trockenzeiten haben, das heißt wir werden vielleicht in den kommenden Jahren neun Monate haben, wo Regen, wo Wasser zur Verfügung steht und dann eben diese Trockenzeit, ist es da vielleicht sinnvoll, in gefährdeten Gebieten Trockenleitungen zu legen oder-, also ich stelle mir so als 100er Leitungen vor, wo man dann irgendwann einmal ein Kat-Schutzfahrzeug dazwischen stellt mit einer Pumpe. Wie stellen Sie sich die Waldbrandvorsorge vor, mit welchen Schwerpunkten? Wollen Sie die Schwerpunkte im Luftbereich durch Hubschrauber setzen oder eben durch solche Wasserleitungen oder wollen Sie Teiche anlegen, Zisternen? Was steht bei Ihnen so im Plan, wie stellen Sie sich die Zukunft in der Waldbrandvorsorge vor?

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Bitte.

SV **Daniel Kurth** (Landrat Landkreis Barnim): Herzlichen Dank. Typisch deutsches Problem: Wir können immer nur Schwarz oder Weiß. Ich glaube, hier geht es um kariert, gestreift und liniert. Der Landkreis Barnim grenzt an die Bundeshauptstadt Berlin und ist in Richtung Uckermark sehr dünn besiedelt. Also in den Gemeinden ist ganz klar, wie das Löschwasser bereitzustellen ist – da gibt es nämlich eine Pflicht für die Gemeinden. Außerhalb dessen, im Wald, gibt es keine Pflicht für den Waldbesitzer. Also muss man sich etwas Neues einfallen lassen. Wir haben die historischen Hirschduschen in der Schorfheide, das sind Ackerberegnungsanlagen, wo die Genossen von der Kaiserzeit bis in die SED-Zeit ihr Rotwild und ihr Damwild gezüchtet haben. Und diese Brunnen haben wir jetzt mit Unterstützung der Landesforst Brandenburg alle wieder sanieren lassen, sodass wir jetzt in der Schorfheide verteilt

an verschiedensten Stellen sehr verlässlich fördernde Tiefbrunnen haben. Wir haben noch Leitungen, die diese Brunnen miteinander verbinden – auch die haben wir saniert. Daneben hat das Land Brandenburg jetzt diese HFS-Systeme beschafft, fünfmal für Brandenburg plus einen für die Ausbildungsstätte, sodass wir in Kombination mit flexibel aufzustellenden Tanks nach meinem Dafürhalten in der Lage sind, jeweils vom Einsatzszenario ausgehend, zu sagen, okay, wir machen relativ schnell ein Höhenprofil – da geht es wieder um Ausbildung –, dass wir wissen, von wo können wir Wasser entnehmen, wo müssen wir hin? Da können wir dann gegebenenfalls flexible Tankanlagen aufstellen, um mit Hubschraubern – und auch da ist natürlich klar: Heute darf eigentlich kein Hubschrauber mehr beschafft werden für irgendeine Landespolizei oder die Bundespolizei, der nicht auch außenlast- und windfähig ist – mit diesen Hubschraubern dann das Wasser dort aufzunehmen oder von diesem Pufferbecken aus dezentral an Tanker abzugeben oder von da aus die Leitungen weiter zu verlegen. Und im Übrigen hat ja auch die Bundesanstalt THW mit ihren Wasserbeförderungseinheiten oder Teileinheiten Kapazitäten dafür. Also ein Klavier, wo man auf verschiedenen Tasten spielt und wo man dann am Ende, wie ich finde, eine gute Flächendeckung hinbekommen kann.

Zum Thema Starrflügler habe ich schon was gesagt; ich habe im Landkreis genau einen See, den ich sperren müsste, um überhaupt ein Löschflugzeug da runterkommen zu lassen. Und wir sind bei einer Umlaufzeit von drei Minuten bei einem Hubschrauber, wenn der Flextank relativ dicht daneben steht und brauchen für diese Starrflügler unglaublich viel Sperrung des Luftraumes, keine Drohnen mehr, kein Hubschrauber im Parallelbetrieb. Also insofern bin ich eher für die Variante Hubschrauber. Vielen Dank.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank. Herr Schröder noch.

SV **Prof. Hermann Schröder** (Innenministerium BaWü, a. D.): Zu Sachsen noch zu ergänzen: Wir müssen schneller sein, gerade im Bereich der Sächsischen Schweiz mit ihrer schlechten Zugänglichkeit und der Ausbreitung der Flugfeuer. Wir haben Herrn Professor Goldammer dasitzen, ich zitiere ihn jetzt, habe von ihm gelernt: er war seiner Zeit voraus und musste manchmal auf unangenehme Plätze warten, bis sie in eingeholt hat. Brände werden nicht unbedingt mit viel Wasser bekämpft, sondern mit schnellem, gezieltem Wassereinsatz am Boden. Das ist, glaube ich, ein Erfolgsrezept. Das heißt, die Feuerwehren müssen besser ausgerüstet werden mit schnelleren, mit kleineren, mit mobileren Fahrzeugen; mit entsprechender Technik. Die Polizeihubschrauberstaffel Sachsen wird alle Maschinen, die sie jetzt neu beschafft, auch entsprechend ausrüsten. Sie müssen in der Lage sein, so wie Sprinkleranlagen aus der Luft, Entstehungsbrände ganz schnell zu löschen; das ist der ganz entscheidende Punkt. Das ist das Ziel. Die Erkennung muss besser sein, Landrat Kurth hat es vorhin ja auch schon angedeutet: Auch Satellitenortungssysteme müssen zur Normalität werden. Wir können nicht nur darauf warten, bis irgendjemand den Brand zufällig bemerkt. Wir müssen dort besser werden, so wie wir es im Vorbeugenden Brandschutz auch tun. Das sind Ansatzpunkte und dann werden wir, glaube ich, besser.

Dort waren 42 Kilometer Schlauchleitungen gelegt, zwei Wasserleitungsstrecken, ein enormer Aufwand und dort muss man sicherlich auch überlegen, an geeigneten Stellen eventuell Rohrleitungssysteme zu verlegen – dass dieser Aufwand nicht mehr notwendig sein wird. Und egal wo Sie das Wasser hinlegen - so sage ich immer - ob der Brand sich daran orientiert, sei einmal dahingestellt. Also wir müssen flexibler werden. Vielen Dank.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Herr Professor Schröder. Die Fraktion der FDP, Frau Bubendorfer-Licht.

Abg. **Sandra Bubendorfer-Licht** (FDP): Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, sehr geehrte

Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Professor Dr. Goldammer, Sie sind ja seit vielen Jahrzehnten in der Waldbrandforschung tätig, international beispielsweise als Leiter der Fachkommission Landschaftsbrand in Griechenland, Coach in einer Arbeitsgruppe der Regierung der Ukraine und Leiter eines globalen Netzwerkes mit acht Kompetenzzentren für Feuermanagement weltweit. Und Sie beschäftigen sich ja seit langer, langer Zeit mit den Risiken und den Auswirkungen sowie den veränderten Gefahrenlagen in der Waldbrandbekämpfung. Diese wird ja, wie wir alle wissen, zum allergrößten Teil durch Ehrenämtler der Freiwilligen Feuerwehren geleistet, denen wir nicht genug für ihren Einsatz danken können und das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal besonders hervorheben. Die Aufgabe der Politik hingegen ist, die Strukturen und Rahmenbedingungen im Bevölkerungsschutz an allererster Stelle, sowohl für die zu schützende Bevölkerung, als auch für die schützenden Einsatzkräfte bestmöglich zu setzten. Und im Falle von Waldbränden kommt selbstverständlich dann noch der Schutz der Natur, unserer Wälder hinzu. Und daher meine Frage an Sie, Herr Professor Dr. Goldammer: Wie sind aus Ihrer Sicht unsere aktuellen föderalen Strukturen im Bevölkerungsschutz und speziell im Waldbrandschutz zu bewerten? Und welche Optimierungsbedarfe sehen Sie dabei an erster Stelle, wenn Sie zurückblicken auf Ihren enormen Erfahrungsschatz, besonders in Bezug auf so wichtigen Lessons learned aus vergangenen Waldbrandszenarien und den Blick schweifen lassen auf kommende Szenarien, die uns im Hinblick, haben wir ja heute auch wieder oft gehört, auf den Klimawandel immer häufiger heimsuchen werden? Ganz herzlichen Dank.

SV **Prof. Dr. Johann Georg Goldammer** (GFMC): Danke für die Frage, Frau Bubendorfer-Licht. Ich möchte einmal auf die Strukturen der Fragmentierung der Zuständigkeiten eingehen. In 13 Flächenländern haben wir 294 Landkreise, damit 294 Landkreisbrandmeister. Wir haben 22 000 Freiwillige Feuerwehren, vorwiegend im ländlichen Raum, 107 Berufsfeuerwehren, vorwiegend im städtischen Raum. Viele Städte, die Berufsfeuerwehren haben, haben auch Waldbesitz. Wir sehen gerade in den letzten Jahren, wo sich sehr viel tut im Bereich der Kapazitätsbildung, dass hier sehr unterschiedlich vorgegangen wird. Wir haben eben 13 Bundesländer, wir haben sehr viele Zuständigkeiten. Und was aus unserer Sicht fehlt, ist doch eine Entwicklung, die mehr länderoffen/länderübergreifend ist und in Richtung einer Vereinheitlichung geht.

Das andere ist, wir sehen natürlich, dass die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren häufig auf sich allein gestellt sind, weil sie bis dato noch nicht – das hat sich in den letzten drei, vier Jahren örtlich geändert – noch nicht alle Dinge effektiv und effizient händeln können, wie man das von professionell und gut ausgebildeten, gut ausgerüsteten Einsatzkräften erwarten könnte. Wir haben dann aber wiederum, und das ist schon mehrfach erwähnt worden und Herr Hallas von @fire sitzt neben mir, auch Freiwilligen-Organisationen, ehrenamtlich aufgestellte Helfer, die sich tatsächlich sehr spezialisiert haben in diesem Thema und das betrifft auch Unternehmen der mittelständischen Industrie, die hier zur Verfügung stehen. Darauf sollten wir zurückgreifen. @fire hat ja letztes Jahr bei den verschiedenen Einsätzen in Sachsen-Anhalt und Sachsen doch gezeigt, dass bei den Einsatzleitungen Vertrauen gewonnen werden konnte, dass man eben Hand in Hand arbeiten konnte zwischen etablierten Feuerwehrstrukturen und den Freiwilligen. Wir haben auch das Freiburger Modell, was schon einige Jahre alt ist, seit 2012 haben wir dieses Modell angefangen systematisch zu erarbeiten, wo innerhalb einer Stadt die verschiedenen Zuständigkeiten zusammengeführt wurden, wo beispielsweise Forstleute die gleiche Ausbildung bekommen wie die aufgestellte Task Force „Landschaftsbrand“, sodass wir gesehen haben, dass bei den vielen Kleinbränden – wir sprechen in der Region Freiburg, wo unser Zentrum zuhause ist, natürlich über ganz andere Rahmenbedingungen wie beispielsweise in den neuen Bundesländern –, dass

aber die Vielzahl der kleinen Brände sehr effektiv durch die Mitwirkung der Forstleute in den Griff bekommen werden konnte. Hier denke ich einmal, von solchen Beispielen kann der Bund lernen und vielleicht diese Dinge auch weiter fördern.

Ich hatte es anfangs schon angedeutet, dass ich das Thema „Waldbrand“ gern doch etwas weiter, um auf die zweite Frage einzugehen, definieren würde auf das Thema „Landschaftsbrand“. Wir sehen hier in Deutschland, das betrifft aber auch die Situation weltweit, dass die meisten und ich nenne es jetzt einmal „Wildfeuer“ im landwirtschaftlichen Raum entstehen. In den Ländern des globalen Südens und der Übergangsländer im Osten haben wir weit verbreitet das landwirtschaftliche Brennen, was es bei uns in dem Sinne nicht mehr gibt – wir haben aber viele Brände im landwirtschaftlichen Raum, die durch die Maschinen bei der Ernte entstehen. Was wir nicht haben: Wir haben keine Statistik der Bundesrepublik Deutschland, die diese „Offenlandbrände“ dokumentiert. Wir haben also nur die Waldbrandstatistik – das ist aber auch nur ein Teil des Geschehens. Und hier kommen wir zu der Mitverantwortung, gerade in der Landwirtschaft: Wir sehen, dass hier Möglichkeiten bestehen, dass tatsächlich die Landwirtschaft, aber auch örtliche Verbände und Unternehmen mit eingebunden werden können, um gerade in diesem Bereich früher und aktiver einzugreifen. Danke schön.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Herr Professor Dr. Goldammer. Für die Fraktion DIE LINKE., Herr Dr. Hahn.

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich auch wie alle anderen bedanken bei den Sachverständigen für Ihre schriftlichen Stellungnahmen, für die mündlichen hier. Ich habe zwei Fragen an Herrn Hallas und zwar haben Sie in Ihrer Stellungnahme eine deutliche Abgrenzung vorgenommen, unter welchen Bedingungen Sie den Einsatz von Löschflugzeugen und/oder Löschhubschraubern als sinnvoll erachten. Deshalb möchte ich gern fragen: Sehen Sie Schwerpunkt-Regionen, in denen eine Stationierung mit Blick auf Waldbrand-Ereignisse aus der vergangenen Waldbrand-Saison 2022, zum Beispiel Harz, Sächsische Schweiz, für die Erstbekämpfung innerhalb einer 30-Minuten-Hilfsfrist, von der Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme, vorgesehen werden sollten.

Und die zweite Frage: Welche Kapazitäten, vor allem für die Bekämpfung a) von Großwaldbränden und b) auch zum Nachlöschen sollte denn aus Ihrer Sicht tatsächlich vorgehalten werden in diesen Regionen? Was wird also benötigt?

Und ich habe dann noch eine Bitte verbunden mit einem Hinweis: Ihre schriftliche Stellungnahme enthält auf Seite 3 ist eine Übersicht über die Kosten von Hubschraubern. Da ist die Rede bei einem Hubschrauber von Boeing, der 560 Millionen Euro kosten soll, eine Maschine! Ich glaube, da die Stellungnahmen auch schriftlich einsehbar sind im Internet, wäre es vielleicht gut, und das ist die Bitte, wenn das noch einmal geprüft werden könnte, weil ich glaube, da ist einfach ein Tipp- oder Schreibfehler, dass das noch korrigiert werden kann. Wenn Sie uns das noch im Nachgang geben könnten? Die beiden Fragen habe ich gestellt.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank für diesen Hinweis, den wir gern aufnehmen. Und wir kommen zur Antwort, bitte schön, Herr Hallas.

SV **Tobias Hallas** (@fire): Besten Dank Herr Dr. Hahn. In der Tat hat sich der Fehlerteufel eingeschlichen, da ist eine Null zu viel in dieser Tabelle. Ich fange rückwärts an: Grundsätzlich wären wir als Fachorganisation sehr zufrieden, wenn die Feuerwehren in Deutschland flächendeckend gut ausgebildet wären im Bereich der Grundlagen der Vegetationsbrandbekämpfung – das wäre das Optimum. Auch das könnte wiederum die Nachlöscharbeiten durchaus erleichtern. Nebst dieser Tatsache ist es immer noch der Fall, dass die persönliche Schutzausrüstung von Feuerwehren nach wie vor auf die Gebäudebrandbekämpfung ausgelegt ist,

also viel zu schwer, viel zu sperrig. Die Einsatzkräfte mühen sich in den Wäldern ab, gleichwohl man dort eben mit den Fahrzeugen nicht hinkommt, während wir als Fachorganisation und weitere Organisationen sehr leichte Ausrüstung verwenden, die uns auch ermöglicht, längerfristig den Wald zu löschen, auch im Rahmen von Nachlöscharbeiten, das wäre sehr, sehr wichtig. Grundsätzlich auch eine Anpassung der Fahrzeugstrategie, da schwenke ich gern nach Portugal über: Dort haben wir diverse Institutionen, die uns unterstützen – wir bilden dort aus, wohlgemerkt! Dort haben wir sehr rudimentäre Technik, nach dem Motto „Keep it simple“. Und das haben wir in Deutschland noch nicht wirklich verstanden meines Erachtens. Wir haben dort Fahrzeuge, die haben 2 000 Liter Wasser, ein paar dünne Schlauchmaterialien, hochgeländegängig, wie gesagt, eher rudimentär ausgestattet, mehr brauchen wir nicht im Wald! Wir brauchen nicht diese 8 000 Liter Fahrzeuge oder ähnliches, Wasserfässer auf sechs oder acht Rädern, die eh nicht in den Wald hineinkommen. Auch da sollte man jetzt überlegen tatsächlich, längerfristig auch das anzuschaffen. Die ersten Bundesländer haben bereits angefangen, Niedersachsen prescht da ein bisschen voran, auch hinsichtlich des europäischen Personenschutzes, mit dem Modul GVVV, also einem Modul mit mehreren Fahrzeugen, die dementsprechend geeignet sind für den Brand. Und auch das könnte man dementsprechend in weiteren Bundesländern installieren.

Zu Ihrer ersten Frage, auf die Löschflugzeuge bezogen: Es ist ein Für und Wider, würde ich einmal behaupten. Also wir haben in Deutschland eine sehr große Zersiedelung, wir haben eine sehr gute Infrastruktur, wie haben trotz allem sehr gut ausgebildete Feuerwehrleute. Selbst wir sind innerhalb von 30 Minuten allerspätestens an jeder Stelle in Deutschland vor Ort und können zumindest mit Erkundungsmaßnahmen oder bereits mit Löschmaßnahmen beginnen. Da unterstützend kann natürlich ein Löschfahrzeug, beziehungsweise ein Löschflugzeug oder ein Helikopter zum Einsatz kommen. Aber das macht auch nur Sinn, wenn dieses Luftfahrzeug parallel oder sogar schon vorher zum Einsatz kommt. Auch da schwenke ich wieder ins Ausland: Wenn wir nach Portugal schauen, Spanien oder sogar nach Polen, wo so etwas standardmäßig vorgehalten wird, rücken diese Flugzeuge, Hubschrauber innerhalb von wenigen Minuten aus und können bereits vor Ort Kräfte absetzen, sowohl in Gebieten, wo kein Fahrzeug hinkommen kann oder bereits mit Löschmaßnahmen, aktiven Wasserwürfen anfangen. Und da sollten wir uns Gedanken machen, ob so etwas tatsächlich auch Sinn macht. Beispielsweise in den Ostbundesländern, wo wir eben diese Munitionsbelastung haben flächendeckend und die Monokulturen der Kiefernlandschaften, die uns sehr viele Schwierigkeiten bereiten mitunter – gerade dort könnte eine flächendeckende Vorhaltung solcher Luftfahrzeugen, seien es Starrflügler oder Drehflügler, wie auch immer, können dort durchaus Sinn ergeben. Besten Dank.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Herr Hallas. Wir haben jetzt noch etwas mehr als 45 Minuten Zeit, in denen wir eine zweite Fragerunde auf alle Fälle schaffen dürften und deshalb blicke ich zuerst wieder in Richtung der Fraktion der SPD, Herr Schäfer.

Abg. **Ingo Schäfer** (SPD): Ich komme ja nicht darum herum, die Anmerkung meines Kollegen Seif zu kommentieren: Natürlich ist es eine gemeinsame Kraftanstrengung zur Abwehr von Katastrophen in unserem Land immer positiv zu bescheiden. Allerdings ist inhaltlich der ein- oder andere Faux pas in Ihrem Antrag drin, aber darauf möchte ich jetzt nicht eingehen. Können wir gern machen, aber nicht hier.

Frau Klatt, ich hätte eine Frage an Sie. Sie sind Fachfrau in Nordrhein-Westfalen an einer Feuerwehrschule und die Waldbrandbekämpfung, haben wir jetzt schon gehört, sollte technisch angeglichen werden, die Normung muss natürlich auch abgestimmt werden. Ich glaube, da steht Deutschland eigentlich für – es kann nicht sein, dass in Niedersachsen ein Fahrzeug anders ausgestattet ist, als in

Nordrhein-Westfalen oder Hessen. Ich glaube, dass die Einsatzleiter schon wissen, wenn länderübergreifende Hilfe anrückt, dass man sich gewiss sein kann, was auf den Fahrzeugen verlastet ist und was ich da vorfinde. Meine Frage geht jetzt tendenziell dahin: Wenn man die Grundlagen für Vegetationsbrände schulen möchte bei 1,8 Millionen freiwilligen Feuerwehrfrauen und -männern und rund 83 000 THW-Helferinnen und -Helfern, wie lange würde man für solch eine Schulung pro Einsatzkraft benötigen und wann könnte man da ein vernünftiger Abschluss finden? Weil ich glaube, es ist auch wichtig, dass man auch da innerhalb der Hilfsorganisationen mit einer Sprache spricht.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Frau Klatt.

SV **Dipl.-Ing. Susanne Klatt** (Feuerwehr Essen): Vielen Dank für die Frage. Ich hatte es in meiner Stellungnahme ja schon kurz angerissen: Es ist sicherlich nicht nötig, alle Feuerwehrleute, über eine Million Feuerwehrleute in Deutschland zu Spezialisten für die Waldbrandbekämpfung auszubilden. Nichtsdestotrotz eine Grundausbildung, eine grundlegende Ausbildung für Vegetationsbrandbekämpfung umfasst immer so um die zwei Tage mit einer Wiederholungs-/Auffrischungsausbildung, die regelmäßig stattfindet. Das würde uns sicherlich schon weit nach vorn bringen. Solche Ausbildungen werden zum Beispiel auch durch @fire angeboten. Was aber da hinzukäme, wäre eben eine spezialisierte Ausbildung für zum Beispiel Führungskräfte, für Spezialisten für bestimmte Bereiche – das wäre zum Beispiel die Luftfahrzeug-Koordination bei Vegetationsbrandbekämpfung, das wäre zum Beispiel wenn irgendwo Räumarbeiten, Fällarbeiten oder so etwas durchgeführt werden müssten – also das ist sicherlich nichts, was jeder Feuerwehrmensch in Deutschland beherrschen müsste. Nichtsdestotrotz: Diese ein- bis zweitägige Grundausbildung wäre ein großer Schritt nach vorn und auch da muss man sicherlich im Rahmen der lokalen Gefahrenabwehrplanung, also im Rahmen des lokalen Brandschutz-Bedarfsplanes gucken, wie viele Leute müssen sich für welches Level qualifizieren? Wenn ich jetzt hier nach Essen gucke: Wir haben 16 freiwillige Feuerwehreinheiten; die Einheiten im Norden würde ich sicherlich erst einmal nicht qualifizieren, die Einheiten im Süden, der ländlicher geprägt ist, die wären für mich die ersten Einheiten, die qualifiziert werden müssten. Und ähnlich würden alle anderen Feuerwehren vorgehen. Und je nachdem, wie gut das dann läuft, wie effektiv diese Einheiten dann arbeiten könnten, würde man das dann ausweiten oder halt eben auch sein lassen. Wünschenswert wären sicherlich spezialisierte Teams, die schwerpunktmäßig über das Land verteilt sind, um dann den lokalen Einheiten Unterstützung zu bieten. Danke.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Frau Klatt. CDU/CSU, Herr Seif.

Abg. **Detlef Seif** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe diesmal wieder eine Frage und zwar einmal an den Herrn Cimolino und einmal an den Herrn Hallas. Interessante Ausführungen zu Luftfahrzeugen, dazu hätte ich gern noch weitere Ausführungen gehört. Wie können wir den Einsatz von Luftfahrzeugen verbessern? Wo sollte man den Schwerpunkt setzen? Und ist es nicht vielleicht auch so, dass wir zurzeit Kapazitäten nicht nutzen? Also Polizei, die ja auch in der Regel Hubschrauber hat, wie müsste die Ausstattung sein, vielleicht bei jedem Polizei-Hubschrauber? Das haben wir auch bei der Flutkatastrophe gesehen, da fehlte teilweise die Ausstattung. Man hätte die einsetzen können vor Ort. Dazu hätte ich gern noch einmal Ihren Input: Wie können wir die Brandbekämpfung durch Luftfahrzeuge verbessern und wo müssten wir einen Schwerpunkt setzen?

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Erst Herr Cimolino und im Anschluss Herr Hallas.

SV **Dr. Ulrich Cimolino** (DFV): Ja, gern möchte ich dazu etwas sagen. Jeder neu beschaffte Hubschrauber muss künftig in der entsprechenden Leistungsklasse beschafft, damit der sinnvoll eingesetzt werden kann. Dazu braucht er einen Außenlasthaken

und ein Teil, nicht alle dieser Hubschrauber, aber ein Teil muss auch eine Winde bekommen. Größere Hubschraubertypen bei der Bundespolizei und bei der Bundeswehr müssen entsprechend beides – müssten höhere Lasten abnehmen können. Die Lasten selbst sind zu standardisieren, da kann man sich in Bayern umgucken, die Landesfeuerwehrschule in Würzburg hat das professionalisiert, da klappt das sehr gut. Die waren ja jetzt auch im Einsatz im Harz und in der Sächsischen Schweiz. Man kann dieses Modell der bayerischen Flughelfer sicherlich nicht in allen Teilen, aber in wesentlichen Aspekten in ganz Deutschland übernehmen, wenn man das will. Uns fehlt völlig der Ansatz der Führungsausbildung und auch der Pilotenaus- und -fortbildung im Vergleich zum Ausland. Wir sind da die Diaspora. Die einzigen, die ein bisschen was machen seit vielen Jahren sind die Bayern, aber die schulen zurzeit eher noch die technischen Aspekte und weniger die Führungsaspekte. Wir brauchen eine zentrale Aus- und Fortbildung für die Führungskräfte sowohl der Feuerwehren, der Forsten, wie auch eben der Einsatzpiloten und der Mannschaften dafür. Die umliegenden Länder machen das alle, die Amerikaner sind uns weit voraus. Ich habe ja vorhin schon gesagt im Eingangsstatement: Wir müssen gucken, was die anderen machen und nicht wieder selbst irgendetwas neu erfinden. Weil das machen wir gerade wieder, wir erfinden wieder einmal die Welt neu und versuchen dann, den anderen zu erklären, wie es funktioniert. So geht das nicht! Wir verlieren Zeit. Wir geben sinnlos Geld aus. Wir setzen die Dinger verkehrt ein. In der Sächsischen Schweiz und im Harz waren am Schluss zu spät und dann zu viele Geräte, die verkehrt eingesetzt worden sind. Genauso war es an der Ahr beim Hochwasser – das können wir uns nicht erlauben! Das verursacht Risiken für die Einsatzkräfte und für die Bevölkerung kommt die Hilfe zu spät, das ist nicht einem entwickelten Land angemessen, um es einmal sehr deutlich zu sagen.

Wir brauchen in der Folge dessen, ich habe es auch vorhin schon einmal erwähnt, die Akzeptanz dafür, aus diesen Erfahrungen, die ja nicht neu sind, zu lernen. Wir müssen das dann endlich einmal flächendeckend in Deutschland über Bund und Länder umsetzen und dann müssen wir natürlich auch mehr dazu nehmen, wie zum Beispiel die Privaten beteiligen, die ja auch über Geräte verfügen und wenn das alles angelaufen ist, kann man gern über andere Elemente, über Löschflugzeuge nachdenken. Aber ich würde im Augenblick nicht ein weiteres Werkzeug einem Baukasten hinzufügen, den wir noch nicht einmal vernünftig bedienen können. Also wir müssen erst versuchen, mit dem Baukasten umgehen zu können und dazu gibt es Ansätze: Der Deutsche Feuerwehrverband hat ja mit den ganzen Fachempfehlungen über Vegetationsbrandbekämpfung und Luftfahrzeugensatz ein paar Pflöcke eingeschlagen und da sind wir noch nicht einmal im Ansatz fertig mit der Umsetzung. Wir müssen alle Beteiligten ins Boot holen und da gemeinsam vorangehen, das muss unbedingt passieren, sonst reden wir wieder nur um den heißen Brei. Und das andere Thema, was angesprochen war, ist Waldumbau. Das ist wichtig, ist aber ein ganz anderes Thema, da bräuchten wir eine eigene Sitzung für.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Cimolino. Herr Hallas.

SV **Tobias Hallas** (@fire): Auch hier besten Dank an Dr. Cimolino, ich kann dem nur zustimmen, vollumfänglich. Im Großen und Ganzen brauchen wir das Rad nicht neu erfinden, wie schon gesagt wurde. Und es ist letzten Endes kurz vor Zwölf, die nächste Waldbrandsaison steht unmittelbar bevor und wir haben es wieder nicht geschafft, leider, innerhalb unserer föderalen Strukturen diesbezüglich gewisse neue Strukturen neu zu schaffen. Aber auch wir sollten klein anfangen in der Hinsicht, das heißt, mit der Ausbildung, wie auch bereits gesagt wurde. Wir mussten feststellen, in mehreren Einsätzen, dass die Piloten als auch andere Führungskräfte keinerlei Ahnung hatten, wie man Löschflugzeuge/Löschhelikopter einsetzt, von A bis Z angefangen, so gesehen. Und diesbezüglich soll-

ten wir nicht vorher darüber nachdenken, Löschflugzeuge anzuschaffen, bevor nicht unsere Leute flächendeckend ausgebildet worden sind, geschweige denn Spezialeinheiten vorzuhalten. Auch da gern wieder die Erfahrung aus dem Ausland: Wir haben bestimmte Heli-Tech-Crews, die zentral vorgehalten werden, die 24-7 nichts anderes machen, als auf einen Einsatz zu warten, um dann loszufliegen mit entsprechenden Außenlastbehältern und sofort Last abzuwerfen. Das noch nicht einmal mit Flugzeugen, teilweise auch, aber besonders bei uns, wo wir die Vorhaltung von Helikoptern eigentlich flächendeckend vor Ort haben, sollten wir darauf den Hauptaugenmerk legen meines Erachtens.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Herr Hallas. Ich blicke zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Eckert.

Abg. **Leon Eckert** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Der Antrag der CDU-Fraktion stößt ja in die Richtung, dass wir mehr Kompetenzen auf Bundesebene brauchen bei unserem Gemeinsamen Kompetenzzentrum und beim BBK und deswegen würde ich gern mit meiner ersten Frage Herrn Schröder fragen: Jetzt gibt es ja ganz viele Beschlüsse des AK V und der Innenministerkonferenz, die ja viel Vereinheitlichungen, Maßnahmen, hier Nationale Vegetationsbrandbekämpfungsstrategie – das sind ja alles Positionen, auf die sich die Bundesländer schon einmal geeinigt haben. Trotzdem schaffen es die Bundesländer, diese Einigung oft nicht umzusetzen. Was würden Sie als Bund uns empfehlen, dass wir es hinkriegen, dass die Länder ihre eigenen Beschlüsse auch umsetzen in der Fläche, dass wir dann auch die Markierungen bekommen, die Funkrufnamen bekommen, die Anpassungen der Fahrzeug-Kategorien, wie es ja oft der AK V und die Innenministerkonferenz eigentlich schon beschlossen hatten?

Und die zweite Frage an Herrn Professor Dr. Goldammer: Jetzt sind sie schon sehr lange dabei beim Thema Waldbrand. Was würden Sie denn sagen, was ist denn die erste Maßnahme, die der Bund jetzt machen sollte und woran ist das in den letzten Jahren gescheitert, dass wir uns verbessert haben oder dass wir diese Probleme haben? Wo sehen Sie den Knoten, wo der Bund und die Länder sich verhaken und wo wir dann nicht vorwärts kommen, dass wir in dieser verzwickten Lage, ja ich sage mal in nicht kooperativem Föderalismus, sondern manchmal ja irgendwie blockierendem Föderalismus uns befinden?

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Herr Professor Schröder, bitte schön.

SV **Prof. Hermann Schröder** (Innenministerium BaWü, a. D.): Man darf einem Abgeordneten nicht widersprechen, was ich auch nicht tue. Aber erläuternd möchte ich sagen: Ich habe schon die Auffassung, dass die AK V-Beschlüsse jetzt umgesetzt werden. Und wir haben auch heute gespürt, egal, ob Deutscher Feuerwehrverband, ob Feuerwehrgewerkschaft, ob @fire, ob die Forschung: Man geht den gleichen Weg, auch mit dem BMI. Und ich weiß, dass zum Beispiel jetzt diese Nationale Vegetationsbrandstrategie, dass man sich am 2. und 3. Mai, glaube ich, wieder zusammensetzt und das überprüft, es evaluiert. Man ist dabei, die Feuerwehr-Dienstvorschriften anzupassen, das Thema Waldbrand in die Grundausbildung, in die Führungsausbildung hineinzubringen. Man ist dabei, die Beschaffung durchzuführen. Also ich darf an der Stelle, es sei mir erlaubt, etwas optimistischer sein als ehemaliger Mitarbeiter an diesen Themen. Und ich habe den Eindruck, dass man sehr wohl die Problematik des Waldbrandschutzes erkannt hat. Man hat sehr wohl erkannt, dass die Wälder dabei ein ganz wichtiges Element sind. Und ich bin jetzt über 40 Jahre bei der Feuerwehr – ich kann mich noch entsinnen, als ich noch ganz jung war hing unser Feuerwehrhaus voll mit Feuerpatschen und mit Pickeln, die hat man alle abgeschafft, weil man sie die ganzen Jahrzehnte nicht gebraucht hat. Und seit fünf bis zehn Jahren spürt man, dass man das wieder braucht. Also wie gesagt, die Beschlüsse sind von 2019. Man hat damit begonnen, diese Waldbrände als Thema zu erkennen, auch Dank

@fire-Aktivitäten. Ich darf Herrn Professor Goldhammer jetzt wieder nennen, der das seit vielen Jahrzehnten erzählt; aber wie gesagt, er war seiner Zeit voraus. Aber Herr Abgeordneter, ich habe wirklich den Eindruck, man bemüht sich momentan sehr stark und ist dabei dort Angleichungen zu machen. Auch die Forderung, dass länderübergreifend mit dem Bund abgestimmten Angleichungen erfolgen. Das ist ein guter Weg. Aber ich glaube, das muss man einfach mitnehmen und muss es auch im politischen Raum immer wieder verkünden und muss es einfordern.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Herr Goldammer.

SV **Prof. Dr. Johann Georg Goldammer** (GFMC): Ich denke, Herr Schröder, Sie haben das ja nun auch noch einmal dargelegt, dass wir einige Veränderungen in unserer Landschaft erlebt haben in den letzten zehn/fünfzehn Jahren. Wir müssen einfach feststellen, dass das Thema der Landschaftsbrände, Waldbrand in den vergangenen Jahrzehnten in Vergessenheit geraten ist, dass wir 2018 beginnend erkannt haben, dass wir uns neu aufstellen müssen. Und da komme ich doch einmal zu einem Thema, dass wir schon vor knapp 15 Jahren versucht haben, auf der Ebene des Bundes einen Vorschlag zu machen, eine länderoffene, länderübergreifende gemeinsame Ausbildung anzubieten, nicht als Verpflichtung aber als eine freiwillige Möglichkeit. Und wir haben damals 2009 hier in Berlin getagt mit dem Innenministerium und dem THW, haben in Gemeinschaft mit anderen Einrichtungen in Deutschland versucht, ein Konzept auf Bundesebene vorzulegen; das ist im Sande verlaufen. Das war in einer Zeit, muss man vielleicht auch verstehen, wo diese Dinge nicht so auf dem Bildschirm waren. Ich denke, man kann diese alten Pläne wieder aus der Schublade hervorholen. Gleichzeitig möchte ich aber doch noch einmal sagen: Das Ehrenamt, die Freiwilligen Feuerwehren, das ist ganz klar ein Rückgrat von dem, was wir hier in Deutschland haben an Fähigkeiten, Brände unter Kontrolle zu bringen. Wir haben aber die anderen freiwilligen Organisationen, die hier schon erwähnt wurden, auch noch, zum Beispiel @fire. Wir haben aber auch Einrichtungen in der Zivilgesellschaft, Unternehmen, die zur Verfügung stehen, wir müssen nicht unbedingt alles immer aus den Einrichtungen, die dem Bund zur Verfügung stehen, einschließlich der Bundeswehr, versuchen zur Verfügung stellen – das können wir auch anders machen. Wir haben im Grunde genommen aufgrund dieser Tatsache vor einem Monat eine neue Gruppe gebildet, eine zivile, nichtstaatliche Gruppe, die als Beratungs- und Unterstützungsgruppe in diesem Bereich tätig wird und die eben das anbietet, was in verschiedenen Sektoren von der Wissenschaft an der Schnittstelle zur Politik bis hin zur Anwendung ja vorhanden ist, ja, wir haben das in unserem Land, wir müssen es nur zur Anwendung bringen. Danke.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank, Herr Goldammer. Ich schaue Richtung AfD, Herr Janich.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Vielen Dank. Ich habe zwei Fragen, eine an Herrn Dr. Cimolino und die zweite an Frau Klatt. Herr Dr. Cimolino, Waldbrand ist ja als erstes einmal Gemeindesache, das heißt, wenn ein Feuer ausbricht, geht die Gemeindefeuerwehr raus und erst wenn diese dann in dem Sinne überfordert ist beziehungsweise der Brand so groß ist, dass er nicht mehr zu händeln ist, wird der Katastrophenfall ausgerufen und dann rollen quasi Wasserwerfer und dann kommen die Hubschrauber. Haben Sie zu dieser Angelegenheit vielleicht irgendetwas in Richtung Bund, was man da beitragen kann? Es ist ja eigentlich Ländersache, aber wie gesagt, vielleicht kann der Bund in dieser Situation irgendwo aus Ihrer Sicht etwas beisteuern.

Und die zweite Frage an Frau Klatt: Sind die Berufsfeuerwehren oder Freiwilligen Feuerwehren aus Ihrer Sicht in angemessener Weise für einen Waldbrand deutschlandweit ausgestattet? Vielen Dank.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Herr Dr. Cimolino und direkt danach Frau Klatt.

SV **Dr. Ulrich Cimolino** (DFV): Wir haben 16 verschiedene Bundesländer, wir haben 16 verschiedene Brandschutzgesetze, wir haben 16 verschiedene Strukturen. Wie Gemeindefeuerwehren, die ja als Pflichtabgabe nach Weisung den Brandschutz sicherstellen müssten, tatsächlich in größeren Lagen diese Einsätze bewältigen? Also man kann das nicht total verallgemeinern, es ist aber in aller Regel so, dass die Gemeindefeuerwehr für kleinere Einsätze zuständig ist und dann wird nachalarmiert und die Einsätze werden größer, dann kommt ein – da geht es schon los – Kreisbrandmeister, in Westfalen und in Bayern ist es ein Kreisbrandmeister, das ist das, was ein Wehrführer in Nordrhein-Westfalen ist, dann gibt noch Inspektor und den Rat, der käme dann hinterher, der kann danach in Absprache mit dem Einsatzleiter Nachalarmierungen fahren lassen – das geht alles auch unterhalb von Katastrophenschwellen. Das Problem mit diesen Nachalarmierungsgeschichten ist, oder mit den Kostenstrukturen, die dahinter stehen, auch dazu gibt es 16 verschiedene Lösungen in den Bundesländern. In Bayern ist es so, wenn der Landrat eine Katastrophe erklärt, übernimmt das Land zum Beispiel die Hubschrauberkosten. In Nordrhein-Westfalen übernimmt das Land die Kosten, wenn über die Leitstellen bei der Bezirksregierung beim Innenministerium ein Einsatz vorgeschlagen oder erbeten wird und die stimmen zu, dann zahlt das Land. In anderen Bundesländern oder im Osten ist es so, da habe ich zum Teil je Bundesland vier oder fünf verschiedene Formulare – je nach Einsatzorganisation, die ich als Einsatzleiter ja gar nicht wissen kann draußen im Feld, wer jetzt da wirklich kommen soll. Die muss ich dann beantragen und hinterher zahle ich als Gemeinde dann trotzdem selbst den Einsatz, wenn die Kosten nicht niedergeschlagen werden. Also wir haben eine völlig heterogene Struktur in dem Bereich und das macht es so schwierig in der Kalkulation und auch deshalb kam es im letzten Jahr leider Gottes mehrfach dazu, dass Gemeindefeuerwehren einen Hubschrauber zur schnellen Brandbekämpfung benötigt hätten, um zu verhindern, dass das Feuer in den Wald läuft vom Vegetationsbrand draußen in der Fläche. Und der Hubschrauber kam nicht, weil die Bewilligungsverfahren so lange gedauert haben oder die vorgesehenen Einheiten nicht ausrücken oder fliegen konnten, weil irgendetwas anderes war. Und diese Verfahren sind viel zu kompliziert, wir müssen das dringend vereinfachen! Vorbild wären zum Beispiel die Franzosen mit deren Strukturen und deswegen habe ich ja vorhin gesagt: Lasst uns im Ausland gucken, lasst es uns vereinfachen, lasst es uns beschleunigen, weil damit erreichen wir viel mehr, als mit einer Debatte, ob wir jetzt fünf oder zehn oder nur ein Löschflugzeug kaufen.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Danke. Frau Klatt.

SV **Dipl.-Ing. Susanne Klatt** (Feuerwehr Essen): Also die kommunalen Feuerwehren, egal ob freiwillig oder Berufsfeuerwehr, sind sehr, sehr unterschiedlich ausgestattet. Im Augenblick liegt es wirklich an der Brandschutzbedarfsplanung der einzelnen Kommune, inwieweit Vegetationsbrände Berücksichtigung finden. Und wenn Bedarfe erkannt werden, ob diese denn dann auch die entsprechende Priorität haben, um die entsprechenden Fahrzeuge und Schutzausrüstung zu beschaffen, um Aus- und Fortbildung zu betreiben? Meines Wissens gibt es an vielen Feuerwehrschulen noch keine regulären Waldbrand- beziehungsweise Vegetationsbrand-Kurse. Es ist immer Mal ein Thema in diversen Ausbildungen, aber nie als Einzelthema, nie als Schwerpunktthema, sondern ist im Augenblick mehr auf dem Level von einzelnen Seminaren, die angeboten werden. Also von daher ist das sehr, sehr unterschiedlich. Kommunen, die über entsprechende finanzielle Mittel verfügen und die Priorität entsprechend weit oben sehen, beschaffen Fahrzeuge, beschaffen zum Teil auch Spezialausrüstung, vor allen Dingen, wenn man häufiger mit diesen Einsatzlagen zu tun hat. Kommunen, die relativ selten in Vegetationsbrände involviert sind, werden sich da sicherlich schwertun und von daher werden Sie überall in Deutschland gucken können und jede Kommune wird anders ausgestattet sein, was es natürlich auch schwieriger macht,

wenn man zum Beispiel im Rahmen der nachbarlichen Hilfeleistung unterwegs ist, man geht vielleicht in die Nachbarkommune – es ist immer so ein bisschen ein Überraschungspaket: Was bekomme ich denn, wie sind die ausgestattet? Jetzt innerhalb eine Kreises oder in unseren Nachbarkommunen stimmt man sich in der Regel ganz gut ab und man weiß es. Die Brandschutzbereitschaften, die wir zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen haben, die haben auch einen gewissen Standard, aber auch die sind nicht wirklich spezialisiert auf Vegetationsbrände. Also die Fahrzeuge, die wir mitführen, das sind halt Allround-Fahrzeuge, die sicherlich okay sind, um „die brennende Hecke“ irgendwo zu löschen oder auch die paar Bäume, an die wir direkt heranfahren können. Aber sollte es wirklich zu großen Vegetationsbränden kommen, wo eine nur sehr eingeschränkte Befahrbarkeit ist, wo man möglicherweise längere Anmarschwege zu Fuß hat, da sind viele, viele Feuerwehren nach wie vor nicht wirklich gut für ausgestattet. Danke.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Danke, Frau Klatt. Herr Dr. Cimolino, Sie wollten noch einmal ergänzen?

SV **Dr. Ulrich Cimolino** (DFV): Ich habe nur ganz kurz einen ergänzenden Hinweis. Es ist sehr wichtig, was die Frau Klatt eben gesagt hat, also die Diversifizierung in diesen Strukturen, die wir haben, die müssten wir bei den Großlagen ein bisschen besser in den Griff kriegen. Aus der länderoffenen Arbeitsgruppe Nationaler Waldbrandschutz gibt es dazu einen Vorschlag, in der Unterarbeitsgruppe vom BBK, Fähigkeitsmanagement heißt die, ich habe den Link eben im Chatbereich geteilt, da hat man sich darauf geeinigt, wie die großen Strukturen in Deutschland künftig aussehen könnten. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Krisenmanagement/faehigkeitsmanagement-bund-laender_download.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Und der Weg muss der sein, nicht jede Schraube gleichzumachen, aber strukturell besser gemeinsam arbeiten zu können. Und dann ist halt die Fähigkeit, Schläuche zu verlegen oder Wasserförderung mit Schläuchen betreiben zu können, ist da beschrieben, genauso wie die Fähigkeit, Wassertransport mit Fahrzeugen unterschiedlicher Größenordnungen, weil da gibt es schon Unterschiede, ob man jetzt große Tanklöschfahrzeuge braucht oder kleine – es hängt immer von der Wasserstruktur ab und von dem, ob es da überhaupt eine Wasserversorgungsmöglichkeit gibt. Das haben wir mit mehreren Fachleuten erarbeitet, das ist öffentlich zur Verfügung und ICH bitte wirklich darum, dass man versucht, in diesen Strukturen zu denken, auch im Arbeitskreis V, auch vorgeschlagen jetzt für andere Schadensfälle, nicht nur für Vegetationsbrände. Was ich jetzt verlinkt habe, ist nur das Thema Vegetationsbrände, aber wenn wir in diesen Baukastenstrukturen denken lernen und das künftig in den Ländern überall umsetzen, in der Beschaffung und in der Strategiediskussion und in der Ausbildung, wird es uns viel leichter fallen, diese Lagen, diese großen dynamischen Schadenslagen – und da ist Vegetationsbrandbekämpfung nur eine Art von – besser in den Griff zu bekommen. Das ist eine Professionalisierung, das hat nichts mit Haupt- und Ehrenamt zu tun, sondern es geht eigentlich darum, dass wir professioneller mit diesen Schadenslagen umgehen lernen.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Danke Herr Dr. Cimolino. Wir kommen zur Fraktion der FDP, Herr Dr. Hoffmann.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP): Vielen Dank auch von meiner Seite an die ganzen Berichterstatter für die Vorlagen und auch Ihre Beiträge heute hier. Meine Frage geht in die Richtung Gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz beim BBK, was die Regierung jetzt an den Start gebracht hat, um eben Resilienz-Strategien gegenüber Katastrophen zu erhöhen. Und wir haben ja 2019 auf Betreiben der FDP-Fraktion schon einmal ein ähnliches Symposium hier gehabt, da waren die Stakeholder in Sachen Waldbrandbekämpfung auch hier schon einmal am Start – Ergebnisse und Statements ungefähr ähnlich wie heute auch. Was sich damals getan hat? Die CDU-geführte Regierung damals hat

nicht so viel Interesse gehabt an dem Thema, aber zumindest hat sich getan, dass wir eine EU-virtuelle Flugzeugflotte inzwischen am Start haben, das ist, glaube ich, ein Erfolg von damals gewesen. Aber jetzt zu den Großschadenslagen, Frage an Herrn Goldammer und zwar: Entscheidend ist ja die Kommunikation zwischen den Kräften am Boden und den anderen Kräften, zum Beispiel auch in der Luft. Und Sie haben ja in Ihrem Zentrum Global Fire Monitoring Center ja weltweite Erfahrungen, wie so Kommunikationen ablaufen. Gibt es da aus Ihrer Sicht, zum Beispiel auch bei den letzten größeren Waldbrandlagen hier in Deutschland, Kontakt mit Entscheidern und Krisenstäben in den Ländern auch zu Ihrem Zentrum und welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht? Das wäre so eine Frage an Sie.

Zweite Frage, auch noch einmal an Sie: Wir haben ja gesehen, unser Wald verändert sich, wir haben diese Käferkatastrophe in den Tieflagen bei der Fichte aber auch in der Kiefer, die Buchentrockenheit hat Herr Bitter angesprochen – also die Situation verändert sich und sie wird sich noch weiter gravierend verändern, wenn sich das Klima so entwickelt wie prognostiziert. Dann werden wir hier ungefähr spanische Verhältnisse haben in wenigen Jahren und dann ist die Brandlast noch eine viel größer, weil der Wald ja viel schneller abstirbt als er nachwächst. Also sagen Sie vielleicht noch einmal was zur Brandlast? Das Thema hat man ja normalerweise beim Brandschutz: Wenn man ein Haus hat oder eine Fabrik, muss man sich mit der Brandlast beschäftigen. Was haben andere Länder da an Erfahrungen mit Brandlast oder Brandlastbeseitigung? Und wie müssen wir darauf reagieren?

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Herr Dr. Hoffmann. Herr Dr. Goldammer.

SV **Prof. Dr. Johann Georg Goldammer** (GFMC): Danke Herr Dr. Hoffmann für die Fragen. Ich möchte zunächst einmal auf Ihre Frage eingehen, inwieweit wir seitens des Kompetenzzentrums oder des BMI oder BBK bisher befragt oder konsultiert wurden: Das ist nicht der Fall, wir sind in keinem Fall, auch nicht von der länderoffenen Arbeitsgruppe Waldbrand oder von der Strategie Nationaler Waldbrandschutz mit involviert worden. Gern stehen wir natürlich dem zur Verfügung.

Ich möchte aber hier noch einmal auf die Resilienz-Strategie eingehen. Es hat sich ja heute früh im ersten Teil des Dialoges gezeigt, dass das ganze Vorgehen im Hinblick auf Landschaftsbrände unbedingt eingebettet werden sollte in den größeren Kontext der Resilienz unserer Landschaft gegenüber Naturgefahren, gegenüber Wetter-/Witterungsextremen. Und da müssen wir uns doch neu aufstellen und das Sendai-Rahmenwerk bietet ja sozusagen den philosophischen aber auch strukturellen Ansatz, dieses Thema ganzheitlich zu adressieren. Das ist da, wo wir hingehen müssen. Und das bringt uns auch zu diesem Begriff „Landschaftsbrand als Querschnittsaufgabe“, auch das, was ich vorhin erwähnt habe, die Rolle von Landwirtschaft, die Rolle von Gemeinden. Wir dürfen auch nicht übersehen: Wir haben, wenn es zum Beispiel darum geht, Feuer im Naturschutz zu verwenden, das wird ja hier praktiziert, haben wir große Konfliktzonen, wie zum Beispiel mit der Frage nach der Feinstaubbelastung, Emissionen, die teilweise fachlich nicht richtig bewertet werden in der Öffentlichkeit, wo sehr stark emotionale Reaktionen zu finden sind, wie: „Wir emittieren Treibhausgase“ oder „Wir schädigen die Bevölkerung“.

Zur Brandlast, Herr Dr. Hoffmann: Da haben wir tatsächlich ein ganz großes Problem, das auf uns zukommt und wir müssen insgesamt – und jetzt spricht hier auch die Seele des Forstwissenschaftlers, die ja auch in mir wohnt – wir müssen bei der Zukunft des Waldes in Deutschland auf die Regionen schauen, wo das Klima heute schon so ist, wie das Klima, was auf uns zukommt. Und diese Wälder sehen völlig unterschiedlich aus! Was hier allgemein versucht wird in der öffentlichen und teilweise auch in der wissenschaftlichen Diskussion ist, dass wir versuchen, den alten Wald, den alten Zustand des Waldes, der sich im Gleichgewicht mit

dem vergangenen Klima entwickelt hat, in die Zukunft weiter fortschreiben zu wollen. Dieser Versuch ist ehrenwert und er hat auch damit zu tun, dass wir emotional sehr stark mit dem Wald verbunden sind. Der Wald der Zukunft unter den Klimaextremen wird völlig anders aussehen. Der Hochwald der dunklen, grünen Tannen wird nicht mehr stehen können in Zukunft. Es wird eine Übergangszeit geben. Und wir sollten jetzt auch hier auf die Erfahrungen zurückblicken, die wir in der Zusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens seit Jahrzehnten auch in der deutschen Entwicklungspolitik betreiben. Dort haben wir Systeme der Agroforstwirtschaft, auch der kombinierten Weide- und Forstwirtschaft und Waldwirtschaft vorwärtsgebracht mit dem Ergebnis, dass Wälder in diesen Regionen des globalen Südens sehr viel resilienter gegenüber Feuer, gegenüber Trockenheit sein können, wenn sie aktiv bewirtschaftet werden. Und das bringt mich auch zu dieser Frage nach dem Paradigmenwechsel in der Forstwirtschaft hier in Deutschland: Wir müssen da sehr vorsichtig sein bei dem Versuch der Fortschreibung der Gedanken einer naturgemäßen und naturnahen Waldwirtschaft, die letztlich hier in Deutschland entstanden ist aus einem Kulturwaldbetrieb. Wir haben hier keinen Naturwaldbetrieb! Wir haben einen Kulturwald mit idealisierten Vorstellungen der Waldbewirtschaftung und die müssen wir realistisch umstellen. Und wenn es in Zukunft um die Brandlast geht, dann kann die Ziege, das Schaf, das Vieh ein größerer Helfer sein. Vergleichsweise auch die Nutzung der Biomasse, um sie dem Feuer zu entziehen. Das sind alles Konzepte, die muss man jetzt nicht heute an dieser Stelle lösen, sondern man muss sie gemeinsam mit der Wissenschaft angehen. Danke schön.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank, Herr Goldammer. Die Fraktion DIE LINKE., Herr Dr. Hahn.

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Vielen Dank. Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, zwischen Herrn Schäfer und Herrn Seif zu vermitteln, deshalb will ich das auch gar nicht versuchen. Ich stelle nur fest, dass die beiden wichtigen Oppositionsfraktionen, nämlich Union und Linke, eigene Anträge vorgelegt haben. Die Ampel hätte das auch tun können, hat aber nicht geliefert. Ich will das bloß einfach an der Stelle einmal deutlich sagen. Ich habe zwei Fragen an Herrn Professor Schröder. Sie haben in Ihrem schriftlichen Statement auf die Kostenproblematik hingewiesen. Diese, das hat ja heute auch schon einmal eine Rolle gespielt, die Gemeinden beeinflusst, sobald es um den Einsatz von Löschhubschraubern geht. Klar, dass Kostenerwägungen der Kommunen im Zweifel eine Rolle spielen können bei der Frage, ob man die Bekämpfung von Bränden aus der Luft anfordert, ob sie verzögert kommt und ob im schlimmsten Fall dann Menschenleben gefährdet werden und wir unterstützen ausdrücklich Ihre Position, die Sie auf Seite 7 formuliert haben, was den Verzicht auf Kostenerstattung bei gewährleisteter Amtshilfe angeht – es kann und darf nicht sein, dass der Bund und dass Länder im Zweifel die Kommunen auf den Kosten sitzen bleiben lassen. Wenn die Kommunen beim Schutz von Menschenleben das anfordern, dann dürfen sie nicht die Kosten am Ende tragen. Sehen Sie eine Möglichkeit, das ist meine erste Frage, deutschlandweit Kriterien für Waldbrandgebiete zu entwickeln, um schon zu Beginn eines Waldbrandes den Einsatz von Löschhubschraubern und/oder Löschflugzeugen zu legitimieren, zu priorisieren, oder gar, es den Gemeinden zur Pflicht zu machen, eine Bekämpfung aus der Luft frühzeitig vorzunehmen?

Und die zweite Frage: Wäre aus Ihrer Sicht etwa ein System denkbar, das sich an den Waldbrandgefahrenindex des Deutschen Wetterdienstes anlehnt und quasi die Entscheidung optimieren hilft?

SV **Prof. Hermann Schröder** (Innenministerium BaWü, a. D.): Ich glaube, wir müssen differenzieren zwischen diesem Gefahrenindex, das ist das eine Thema, und dem operativen Einsatz: Wenn ein Waldbrand beginnt, sind wir in Deutschland, das ist meine feste Überzeugung, deswegen so stark, weil wir in der Regel gut befahrbare Wege haben,

die der Holzabfuhr in aller Regel dienen und unsere Feuerwehren dann ganz schnell mit ganz vielen Kräften einfach hingehen und den Brand in den Griff bekommen. Es gibt Situationen, wie gesagt, ich glaube, ein Thema ist die Begehbarkeit. Wir kriegen immer dann Schwierigkeiten, wenn es an der Begehbarkeit mangelt. Munitionsbelastung, Braunkohleflächen wurden noch gar nicht erwähnt, topografisch schwierige Gebiete, die Sächsische Schweiz haben wir da erwähnt, gibt es auch in Bayern, auch in Südtirol. Diese haben das Problem tagtäglich. In solchen Fällen muss man natürlich dann ganz schnell - und das sind situative Entscheidungen der Einsatzleitung - die Unterstützung aus der Luft anbieten. Dann kommt es darauf an, dass man ganz schnell kommt. Und meine Botschaft, wie gesagt, ich bin jetzt auch langjährig Beamter gewesen in diesem Bereich der Gefahrenabwehr: die Kommune ist zunächst grundsätzlich verantwortlich für die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr, auch als Ortspolizeibehörde, auch für die Kostentragung. Aber dieses Thema der sehr kostenintensiven Einsätze von Luftmaschinen, egal ob Tragflächenflugzeuge oder ob Rotormaschinen. Gerade immer wenn man weiß - als Bürgermeister mit einem Haushalt von 20 Millionen - und der Einsatz kostet fünf, dann macht man sich schon Gedanken. In aller Regel ist es so, dass am Ende des Tages die Kosten übernommen und niedergeschlagen werden. Aber das führt einfach zu einem gewissen Zeitverzug und es könnte eine Regelung sein -das gilt für die Länder für den Einsatz der Polizeimaschinen übrigens genauso, wie für die Bundeswehr oder die Bundespolizeimaschinen -, dass man dann sagt: In dem Moment, wo der Zuständige die Amtshilfe akzeptiert, kriegt er dann die Gewähr, dass man in einem solchen Fall von der Kostentragung absieht – das würde die Effizienz erhöhen, das würde den Lufteinsatz schneller machen. Denn man muss ja auch eines sagen: Als Feuerwehrmann solch eine Maschine anzufordern und zu wissen, die Flugstunde kostet soundso viel Tausend Euro, da schluckt man dann schon einmal. Also ich glaube, es würde helfen. Das würde uns etwas schneller machen und das kostet am Ende des Tages keinen Cent mehr. Ich hoffe, dass ich Ihre Frage richtig verstanden hatte.

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Es war noch offen die Frage nach einer einheitlichen Kriterien-Bildung deutschlandweit für Waldbrände, die da dann auch tatsächlich objektive Möglichkeiten geben für den Einsatz.

SV **Prof. Hermann Schröder** (Innenministerium BaWü, a. D.): Ich glaube, das kann man so generell nicht treffen. Aber da sind unsere Forstwissenschaftler natürlich stärker drin, oder die Klimawissenschaftler. Das ist, glaube ich sehr schwierig. Aber ich darf hier den Einsatzteil abdecken. Das sind ganz schwierige Fragen; da hängt es davon ab, wie lang haben wir die Dürreperiode schon? Dort ein Kriterium aufzustellen, das ist sicherlich eine sehr schwierige Aufgabe – ich kann mir das momentan nicht vorstellen. Wie gesagt, ich glaube, die Welt geht weiter, aber vielleicht gibt es dort Ansatzpunkte. Wie gesagt, für die Wahrscheinlichkeit, die Risikobetrachtung gibt es das, aber in Kombination, wenn es dann um den Einsatz geht, das sind immer sehr, sehr individuelle Entscheidungen.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank, Herr Professor Schröder. Wir sind auf der Zielgeraden dieser Anhörung und haben trotzdem noch zehn Minuten Zeit. Wenn es denn noch Fragen gibt, ich blicke einmal in die Runde. Gibt es noch Fragen bei der SPD? Das ist nicht der Fall. CDU/CSU, Herr Seif? Auch nicht. Herr Eckert? Herr Dr. Hoffmann.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP): Ich hätte nur noch eine technische Frage: Wir haben ja gesprochen über Löschhubschrauber und es war auch letztes Mal schon Konsens, dass eigentlich natürlich universell einsetzbar sind und deshalb auch sozusagen zu einer gängigeren Belastung insgesamt führen, weil die Kosten sich dann auf verschiedene Einsätze et cetera verteilen. Aber bei Großbrandlagen haben wir dann manchmal auch andere Situationen. Die haben wir bisher so noch nicht erlebt, außer 1975 – ich erinnere an die Löschflugaktion

„Steinhuder Meer“, das war damals ein Riesenbrand, die Heide hat gebrannt, nicht unbedingt der Wald, die Heide hat gebrannt damals – und wir müssen uns auf solche Ereignisse einstellen. Wenn Sie sich vorstellen, im Mittelgebirge, wo die Fichten jetzt absterben, wenn da der Brand nach oben geht, kaminartig nach oben geht, da machen Sie überhaupt nichts mehr mit Löschfahrzeugen, weil jeder, der auf einem Weg im Mittelhang fährt, wird überrollt von dem Feuer. Da brauchen Sie große Löschflugzeuge auch. Und das haben wir ja auch gesehen in Israel oder auch in Griechenland, Athen und so weiter, wir brauchen dann irgendwann auch so eine große Lösung. Da gibt es verschiedene, eine Lösung ist, auch Militärflugzeuge mit Kanistern auszustatten, also das sind jetzt keine kleinen Kanister, sondern riesige Kanister. Ich glaube, bei Herkules-Maschinen hat man das einmal gemacht, die dann sozusagen sehr viel Wasser bunkern können auf einem Flughafen und dann löschen können. Ist so etwas denkbar, macht es Sinn, so etwas auch umzubauen, vielleicht bei den neuen *A600*-Maschinen oder so etwas? Da fehlt mir einfach die Kompetenz, da wollte ich einmal in die Runde fragen, ob jemand da eine Lösung oder Idee hat? Es geht nicht darum, Flugzeuge neu anzuschaffen, sondern es geht darum, vielleicht die Innereien, die man dafür braucht, zu beschaffen.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Herr Goldammer hat genickt, bitte.

SV **Prof. Dr. Johann Georg Goldammer** (GFMC): Ja, ich denke, da können wir auf Erfahrungen zurückgreifen, gerade hier in Deutschland. Dr. Hoffmann, Sie erwähnten die Niedersachsen-Waldbrände 1975/76, da tat sich im Nachherein ein Konzept hier in Deutschland auf, was bemerkenswert war, was allerdings an die Wand geflogen wurde und zwar war das der Feuerlösch-Rüstsatz für die Transall-Transportmaschine. Die Transall war ein Vielzweckflugzeug und hier hat damals Messerschmitt-Bölkow-Blohm einen sehr interessanten Ansatz entwickelt, indem dieser Rüstsatz, der in zehn bis 15 Minuten in jede Transall eingerüstet werden konnte, mit 12 000 Liter Fassungsvermögen, abwerfbar von der Transall durch die Veränderung des Fluglage-Winkels, also nicht über Druck, und hier hat man ein extrem kostengünstiges System entwickelt, das aber nicht weiter verfolgt wurde in Deutschland, weil es keinen Träger für dieses System gab – letztlich landeten die Prototypen damals in Indonesien. Es gibt aber genügend vergleichbare Flugzeuge, ich denke da an den Airbus, wo man hierüber nachdenken kann und hier könnte sich die deutsche Industrie auch einbringen.

Und ich möchte abermals – Dr. Hoffmann, sehen Sie es mir nach, wenn ich jetzt noch einmal auf den Boden gehe – was uns ja gelungen ist, im Cluster Landschaftsbrand in Freiburg die Industrie zu motivieren, auch hier innovativ zu arbeiten: Eine Firma, die bekannt ist für Forsttraktoren, hat einen Rüstsatz für sämtliche Landwirtschafts- und Forstwirtschaftstraktoren entwickelt und auf den Markt gebracht, den Sie in zwei Minuten an jeden Traktor, der hier in Deutschland fährt und mit einer hydraulischen oder mechanischen Kraftübertragung arbeitet, womit Sie jeden Traktor in ein hochgradig geländegängiges Fahrzeug verwandeln können, das dorthin kommt, wo Feuerwehrfahrzeuge nicht mehr hinkommen! Über solche Lösungen müssen wir nachdenken! Und bei der ganzen Abwägung, Herr Dr. Hoffmann, möchte ich noch einmal eine Zahl auf den Tisch legen, ganz am Schluss: Wir müssen uns mit diesem Thema weiter beschäftigen – und übrigens Feuerbekämpfung aus der Luft sollten wir unbedingt einbetten in ein gesamteuropäisches Konzept. Was können wir über das RescEU oder über das Gemeinschaftsverfahren von den Anderen bekommen? Und was können wir sinnvoll natürlich auch liefern, wenn die anderen unsere Gerätschaften brauchen? Und das muss kompatibel sein, das muss abgestimmt sein. Aber gestatten Sie mir einen nahezu zynischen Kostenvergleich: Ein großer Hubschrauber der Bundeswehr kostet pro Flugstunde 40 000,- Euro. Die Ausbildung einer der beiden Spezialeinheiten in Frei-

burg, die jetzt über Jahre erfolgreich im Gelände arbeiten, die Ausrüstung und Ausbildung hat 10 000,- Euro gekostet und damit so viel wie eine Viertelstunde eines Flugzeugeinsatzes! Und das müssen wir auf die Waagschale legen. Danke.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank für diesen Hinweis. Jetzt wollte Herr Dr. Cimolino noch ergänzen und dann sehe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Hahn. Ich frage einmal in Ihre Richtung, Herr Janich, bei Ihnen noch? Nicht mehr. Dann würde ich sagen, Herr Dr. Cimolino ergänzt, Herr Dr. Hahn stellt noch seine Frage und legen wir hier eine Punktlandung hin. Herr Dr. Cimolino, Sie wollten ergänzen.

SV **Dr. Ulrich Cimolino** (DFV): Ja, ich habe im Chat zwei Links verteilt:

https://d-nb.info/1056817895/34

https://www.flugrevue.de/militaer/versuchsfluege-in-spanien-a400m-testet-feuerloeschausruestung/

In dem einen Link ist meine Promotion, da sind die Infos zu dem Rüstsatz der Herkules drin, die Herr Professor Goldammer erwähnt hat und die Probleme, die man damit hatte. Es war eine Idee, die hat was für sich, die war in der Praxis dann nicht so erfolgreich aus verschiedenen Gründen und am Schluss hat man sie alle verschrottet, weil keiner mehr die Wartung zahlen wollte. Es gibt für den A400M seit zwei Jahren jetzt Ideen für Rüstsätze, die werden auch seit letztem Jahr, glaube ich, erprobt und ich meine, in Spanien läuft da etwas zu, auch dazu habe ich einen Link verteilt. Auch da haben wir letztlich in Deutschland das gleiche Problem: Wenn man das machen will, muss man es kaufen, man muss es irgendwo stationieren, man muss es warten und das jedes Jahr und man muss vor allen Dingen die Leute damit schulen. Also sowohl die Bodenmannschaften, wie die Wartungsmannschaften der Bundeswehr, wie die Piloten in der Brandbekämpfung und es ist ein völlig anderes Fliegen mit solch einem System, als wenn man da jetzt irgendwie Soldaten oder Ausrüstung am Boden irgendwo landen lässt oder Fallschirmspringer absetzt – das Lastverhalten im Flug verändert sich dramatisch und es ist nicht ganz so einfach, wie es sich in einer Power-Point-Folie darstellen lässt. Die Franzosen sind, glaube ich, sehr zurückhaltend mit dem Einsatz, die wollen lieber auf die CANADAIR setzen oder auf die Dash8, also auf ein RollBAHN-gestütztes System. Aber wie gesagt, das ist in der Diskussion, ob es sich durchsetzen wird, weiß ich nicht. Funktionieren, grundsätzlich, tut es.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Danke. Herr Dr. Hahn.

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, ich habe noch eine Frage an Herrn Hallas. Und zwar haben Sie auf Seite 5 Ihrer Stellungnahme den Satz geschrieben: Der Einsatz von verbundenen Kräften, insbesondere von Hubschraubern der Bundespolizei, der Bundeswehr, der Landespolizeien sowie privater Betreiber und dann noch zusätzlich von Flugzeug weiterer Betreiber erfordert den Ausbau der Führungsstruktur und eine weiterführende Qualifizierung. Mir geht es um die Führungsstruktur. Wer soll denn oder wie soll denn diese Führungsstruktur für alle diese Dinge aus Ihrer Sicht aussehen bei der Bekämpfung von Schadensgroßereignissen? Und wer hat da aus Ihrer Sicht das Sagen?

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Herr Hallas, eine ganz kurze Antwort. Möglichst kurze Antwort.

SV **Tobias Hallas** (@fire): Ja, ganz kurz, es wäre anzustreben, keine föderale Struktur aufzubauen, also eine zentrale Einsatzleitung tatsächlich.

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Krisenstab, oder was meinen Sie? Ich will es nur verstehen.

SV **Tobias Hallas** (@fire): Wir haben das so, wir haben eine technische Einsatzleitung, die entscheidet dann letzten Endes, welche Luftfahrzeuge zum Einsatz kommen, um diese Kompetenzen zu bündeln. Auch wir bringen ja Helikopter in den Einsatz,

auch wir können das jederzeit in den Einsatz bringen, auch, wenn es nicht zertifiziert ist. Aber grundsätzlich bräuchten wir ein Kompetenzzentrum, das über alle diese Kompetenzen verfügt. Wir haben das GMLZ, aber das hat, soweit ich weiß, nicht die Kompetenz, über alles entscheiden zu können, nicht? Es ist einfach die Frage, dass die Länder wieder eigene Dinge entscheiden und das herunterbrechen auf die Kommunen. Ich denke, wenn man das zentralisieren würde, wäre das durchaus zielführender. Diesen Vergleich haben wir auch aus dem Ausland, wo zentral gedacht wird und nicht föderal – in der Hinsicht vielleicht positiver.

AVors. **Uli Grötsch** (SPD): Vielen Dank Herr Hallas. In diesem Sinne bleibt das Thema so komplex und facettenreich, dass wir locker noch zwei Stunden damit hätten verbringen können und ich vermute doch stärkstens, dass wir noch viel, viel mehr Zeit damit verbringen werden hier im Deutschen Bundestag, genauso wie im BMI, Herr Staatssekretär, selbstverständlich. Und es bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe am besten aller, die es betreffen kann und das sind ja eben alle.

In diesem Sinne, vielen Dank an alle Fragestellenden und an unsere Sachverständigen. Die Anhörung endet damit um 15:58 Uhr. Vielen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 15:58 Uhr

Uli Grötsch, MdB
Altersvorsitzender

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)201 A

Dr. Ulrich Cimolino
Branddirektor
Autor, Seminare und Consulting
für die nicht-polizeiliche
Gefahrenabwehr

Pionierstr. 34
40215 Düsseldorf
Deutschland
SteuerNr.: 106/5051/0663
UmsatzStNr: DE207057844

Tel.: 0211/6015314
Mobil: 0172/2432894

ulrich@cimolino.de
www.cimolino.de

Dr. Ulrich Cimolino ·Pionierstr. 34 · 40215 Düsseldorf

An den
Innenausschuss im
Bundestag
innenausschuss@bundestag.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht	Unser Zeichen, Unsere Nachricht	Telefon, Name	Datum
Frau Wenzel, 06.04.2023			07.04.2023

Öffentliche Anhörung im Innenausschuss
Antrag der Fraktion der CDU/CSU "Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz" - BT-Drucksache 20/3693 sowie zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung" - BT-Drucksache 20/4418

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Ausschussmitglieder,

gern nehme ich auf Ihre Bitte Stellung.

Vorab verweise ich zum Hintergrund meiner eigenen Kenntnisse auf Folgendes:

- Ich bin seit 2006 Mitglied im AK Waldbrand (damit eines der Gründungsmitglieder) im Deutschen Feuerwehrverband.
- Seit Anfang der 2000er Jahre habe ich immer wieder dynamische Großschadenslagen (dazu gehören auch Vegetationsbrände) untersucht, ausgewertet und zahlreiche Veröffentlichungen insbesondere auch zur Vegetationsbrandbekämpfung (vgl. www.einsatzpraxis.org, www.standardeinsatzregel.org) geschrieben bzw. Vorträge gehalten. Ich berate auch zu diesem Thema sowohl Kommunen wie auch Landkreise.
- Ich habe 2014 zum Thema Vegetationsbrandbekämpfung an der Universität Wuppertal promoviert.
- Ich bin zum Thema Waldbrand einer der deutschen Vertreter im Forest Fire Commitee des CTIF[1]. Ich habe darüber seit Jahren auch internationale Kontakte bzw. Erfahrungen aus Besuchen, Seminaren, Workshops und eigenen Recherchen. (Zuletzt war ich insbesondere zum Thema Luftfahrzeugeinsatz in Italien, Frankreich und den USA unterwegs.)
- Ich war 2022 externes Mitglied der Sächsischen Waldbrandkommission.
- Ich werde als Experte des DFV, der vfdb und des VdF NRW dazu regelmäßig auch von den Medien gefragt.

Ich beginne mit einer allgemeinen Einschätzung der Lage und komme danach zur detaillierten Betrachtung der Anträge:

[1] https://de.wikipedia.org/wiki/CTIF

A) Ausgangslage

1. Vegetationsbrandlage in Deutschland

Deutschland wird immer wieder von großen Vegetationsbränden getroffen. Oft wird hier fälschlicherweise nur von Waldbränden geschrieben. Tatsächlich haben wir in Deutschland immer wieder große Feuer in der Landwirtschaft (hier passieren auch die meisten Fahrzeugverluste der Feuerwehren), in Schilfgebieten oder Mooren.

Deutschland – und hier insbesondere NRW - ist im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte eher weniger von großen Waldbränden betroffen gewesen. Eine Übersicht der am meisten gefährdeten Bundesländer ist in meiner Dissertation zu finden, vgl. CIMOLINO, 2014. Nachfolgend ein Auszug daraus. (Bitte beachten Sie, dass ich die Auswertung dazu mit den Daten für die Dissertation nur bis 2012 durchgeführt hatte. Das hat aber keine Auswirkung auf die grundlegenden Aussagen.) Exemplarisch wird auf das Land NRW eingegangen, das viele in den letzten Jahrzehnten eben nicht mehr zu dem Thema im Auge hatten. Für die einzelnen Bundesländer kann man natürlich ebenfalls derartige Betrachtungen anstellen. Die im Text angegebenen Anhänge und weiteren Quellen finden Sie jederzeit online in meiner Dissertation:

„Tab. 3.2/4.b: Die nach Größe und Anzahl waldbrandgefährdetsten Bundesländer, Basis Auswertung der Groß- und Katastrophenwaldbrände, vgl. Anhang 1. (Tabelle: Cimolino)

1	*Nordrhein-Westfalen*
2	*Niedersachsen*
3	*Brandenburg*
4	*Sachsen*
5	*Bayern*
6	*Sachsen-Anhalt*
7	*Schleswig-Holstein*

In der Einzelfallbetrachtung ist zu erwähnen, dass aufgrund der Vegetationsstrukturen v.a. in NRW und Niedersachsen großflächige Vegetationsbrände in Moorgebieten auftreten und aufgeführt sind und die Großbrände in Schleswig-Holstein größtenteils vor bzw. bis zum Ende des 2. Weltkrieg auftraten.

...

NRW hatte in den letzten Kriegsjahren und in deren direkter Folge einige sehr große Feuer, die weite Teile des Waldes in bestimmten Bereichen vernichtet haben, weil eine Bekämpfung aufgrund der Munitionsbelastung und der schlechten Ausrüstung nur schlecht oder gar nicht möglich war (z.B. Hürtgenwald und Umgebung). Den ausgewerteten Einsatzberichten zufolge (vgl. Anhang 1) wurden dabei einige Einsatzkräfte getötet oder schwer verletzt. Viele davon betroffene Flächen wurden in den Folgejahrzehnten endgültig gerodet und z.B. bebaut - oder mittlerweile auch wieder aufgeforstet. NRW hat nach den Berichten der 2. Bundeswaldinventur (vgl. BWI² des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, 2002) wie auch dem Landeswaldbericht 2012 in den letzten Jahrzehnten zunehmende Waldflächen. Die Waldflächen haben dabei z.T. erhebliche Ausmaße. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz in NRW hat 2010 für sogenannte „Unzerschnittene verkehrsarme Räume“ (UZVR) in NRW folgendes veröffentlicht:

Tab. 3.2/5: Unzerschnittene verkehrsarme Räume (UZVR) in NRW, fett gedruckt die Größenklassen und Waldanteile. (Tabelle: LANUV in NRW)

UZVR Größenklasse (km^2)	*Grünland %*	***Wald %***	*Acker %*	*Gehölz %*	*sonstige Flächennutzung %*
1 – 5	*19,7*	***20,1***	*53,45*	*0,9*	*4,7*
5 – 10	*17,9*	***37,7***	*38,67*	*0,6*	*3,8*
10 – 50	*19,2*	***25,0***	*50,02*	*0,6*	*4,0*
50 – 100	*18,7*	***58,7***	*17,29*	*0,5*	*3,6*
>100	*11,3*	***63,5***	*22,24*	*0,3*	*0,9*

Ganz klar ist zu entnehmen, dass es auch im Industrieland NRW viele sehr große und zusammenhängende Wald- und sonstige Vegetationsflächen gibt. Die geringere Einsatzhäufigkeit aus der allgemeinen Statistik erklärt sich vermutlich aus dem in weiten Teilen eher feuchten Klimaverhältnissen (z.B. Sauerland, Siegerland) bzw. grundsätzlich feuchten Bodenverhältnissen der großflächigen Moor- und Heidelandschaften. Kommt es aber zu langen Trockenperioden mit hohen Temperaturen können auch in NRW sehr große Flächenbrände entstehen, die tagelange Einsätze der Feuerwehren nötig machen, wie z.B. im Jahr 2011.“[2]

2. Lageentwicklung der letzten Jahre

Die Jahre 2018, 2019, 2020 (2020 in Teilen Deutschlands zumindest die erste Hälfte) und vor allem 2022 waren im Vergleich zu den „gewohnten“ Jahren der vorhergehenden Jahrzehnte

- zu warm
- zu trocken
- und z.T. zu windig.

Während 2018 und 2019 wieder vor allem (aber nicht nur, vgl. August 2018 den Waldbrand bei Straelen) zu größeren Bränden im Osten Deutschlands führten, war insbesondere auch das Jahr 2020 im Westen Deutschlands schon in den ersten Monaten zu trocken und zu warm. Dies führte, wie von mir für diese Wetterlagen schon in meiner Promotion 2014 prognostiziert, auch in NRW wieder zu einigen größeren Feuern, die sich für viele unerwartet schnell entwickeln konnten, vgl. die Vegetationsbrände im August 2018 bei Straelen bzw. im April 2020 bei Gummersbach.

3. Besonderheiten des Vegetationsbrandjahres 2022

Im Jahr 2022 wiederholte sich das Erleben aus dem Jahren 2018 - 2020 in fast ganz Deutschland. Die Witterungsbedingungen ließen spätestens ab Anfang Juni eine Häufung der Einsätze auch in Mitteleuropa erwarten.

Ich habe daher über die Verbände sowohl Anfang Juni 2022 auf die allgemeine Entwicklung hingewiesen, vgl. vfdb, 2022. Außerdem haben wir über die Verbände auch aufgrund der sich konkretisierenden Gefahrenlagen nach Auswertung des europäischen Frühwarnsystems (EFFIS) im Detail vor der sich abzeichnenden Gefahrenlage für Deutschland ab der 2. Juliwoche 2022 gewarnt, vgl. DFV, 07/2022.

Wir konnten insbesondere Anfang Juni schon einschätzen, dass die Bodentrockenheit aus den Vorjahren immer noch zunehmend war und Anfang Juli bereits klarer erkennen, dass es die folgenden Wochen (!) im Sommer 2022 in weiten Teilen Deutschlands

- zu trocken (weniger als 30 % Luftfeuchtigkeit)
- zu warm (mehr als 30 °C Lufttemperatur) und
- diesmal auch zu windig (mehr als 30 km/h Windgeschwindigkeit)

sein würde. (In den USA wird bei diesen Bedingungen in vielen Gebieten eine „Red Flag Warning“ ausgesprochen und die Bevölkerung umfassend und regelmäßig informiert.)

Leider trafen unsere Erwartungen mit immer größeren Bränden ab ca. Mitte Juni ein. Die häufige Entwicklung neuer Brände sowie die teilweise Eskalierung der Lagen dauerte bis ca. Mitte September an.

Die endgültige Brandbekämpfung wurde bei den komplexen größeren Bränden (Sächsische Schweiz, Harz) oft erst durch einen nachhaltigen Wetterumschwung (kühlere Temperaturen, Regen) ermöglicht.

[2] Einfärbung für diese Stellungnahme durch den Verfasser.

Hinweis: Selbst nach den teilweise sehr ergiebigen Niederschlägen der letzten Wochen ist die Trockenheit in tieferen Bodenschichten durch die Niederschlagsdefizite der letzten Jahre in weiten Teilen Deutschland noch längst nicht ausgeglichen! Das bedeutet bei längeren trockenen Phasen mit sommerlichen Temperaturen werden sich die Probleme sofort wiederholen!

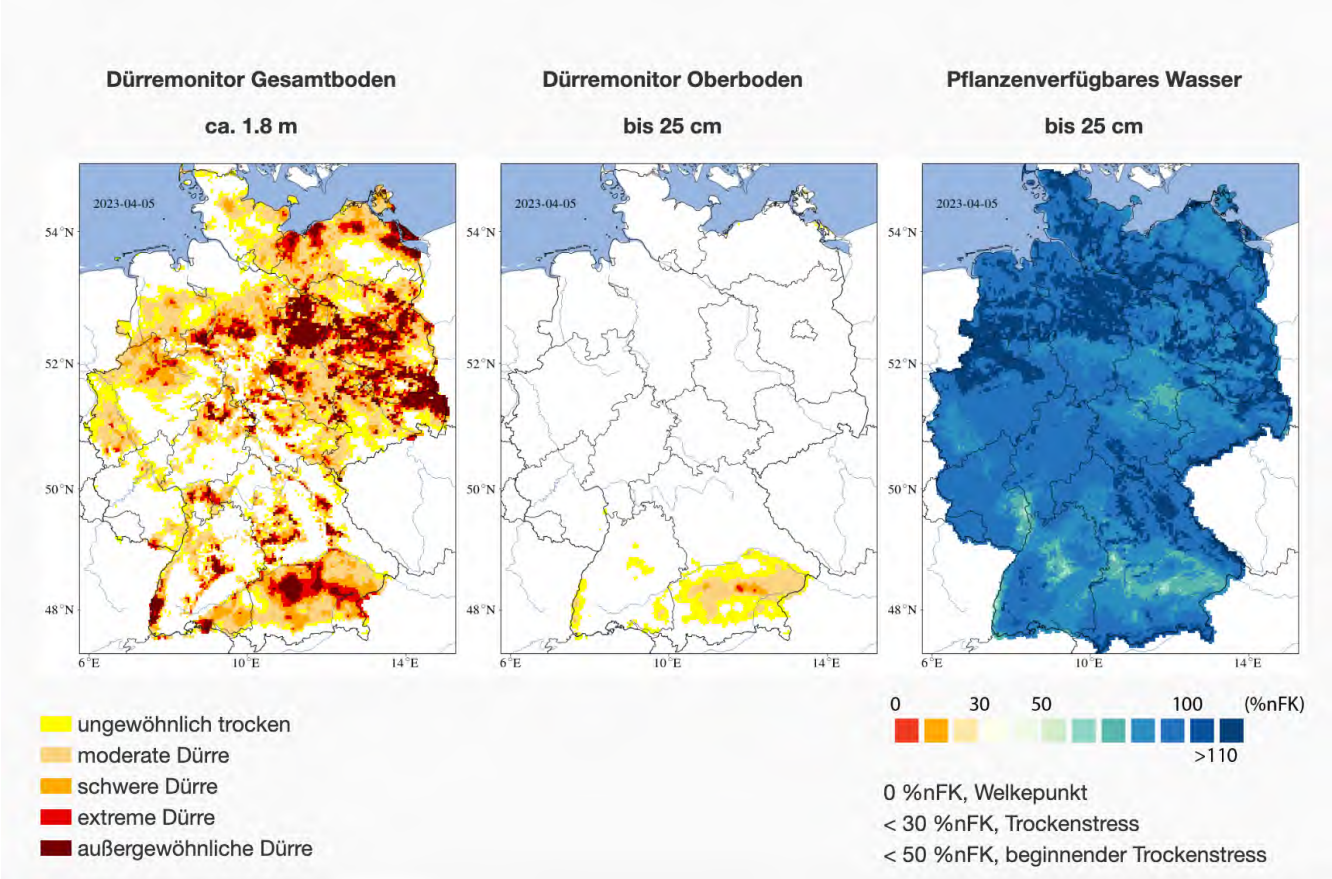

Abb. 1: Dürremonitor Deutschland, Stand: 07.04.2023. (Grafik: HELMHOLTZ, 2023)

4. <u>Rechtliche und organisatorische Ausgangslage</u>

Abgesehen von Fachempfehlungen (FE) des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV)

- FE Vegetationsbrandbekämpfung, DFV, 2020 (erste Auflage erschien bereits 2006!)
- FE Luftfahrzeugeinsatz, DFV, 03/2022

gibt es seit Jahrzehnten weder in Deutschland noch in den Bundesländern spezielle Vorgaben oder Ausbildungsvorschriften zum Thema Vegetationsbrandbekämpfung. Einige Länder haben Ausbildungsempfehlungen zum Thema herausgegeben, diese sind aber nicht einheitlich.
Dies ist zu bedauern, da wir jedes Jahr unnötig viele verletzte Einsatzkräfte sowie viel beschädigte oder zerstörte Ausrüstung zu beklagen haben.

In allen Bundesländern ist über die landesgesetzlichen Regelungen die Bekämpfung von Bränden Aufgabe der Feuerwehren, diese sind Pflichtaufgabe nach Weisung der Gemeinden. So ist z.B. in NRW sowohl im BHKG (wie auch schon im früheren FSHG) klar beschrieben, dass jede Gemeinde eine geeignete und leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen und zu unterhalten hat, wie auch die Aufgaben der Kreise und des Landes an sich gut beschrieben sind, vgl. IM NRW, 2022.

Dazu gibt es seit vielen Jahren einen – m.E. deutschlandweit des Kopierens werten – Erlass zur Zusammenarbeit der Forstbehörden mit der Feuerwehr bzw. v.a. im Waldbrand, aktuell der ZFK, 2020. Auch hier unterscheiden sich die Bundesländer sowohl in der Regelungstiefe, wie auch in der Art bzw. Fundstelle der Regelungen. Außerdem gibt es offensichtlich erhebliche Unterschiede in den

Zuständigen z.B. bei der Brandnachschau. (Scheinbar ist das in den östlichen Bundesländern Aufgabe der Waldeigentümer/Pächter, in den westlichen der Feuerwehren.)

Die grundsätzlichen Ideen zur Aufstellung der Einheiten der vorgeplanten überörtlichen Hilfe in NRW (je Regierungsbezirk eine Abteilung aus je 5 Bereitschaften) sind seit vielen Jahren wegweisend und werden auch ganz aktuell für die Planung von größeren Einheiten im Rahmen des Fähigkeitsmanagements über den AK V der Innenministerkonferenz weiter vorangetrieben, vgl. BBK, 2022.

Sowohl in den Gesetzen für die Bundespolizei (BMI, 2022, § 11 (1) 2.) wie auch für den Einsatz der Bundeswehr (BMJ, 2022, GG Art. 35 (2)) ist – trotz den auch hier geltenden Grundsätzen für die Amtshilfe - die Unterstützung der Bundesländer im Katastrophenfall sowie anderen Großschadensereignissen explizit als Pflichtaufgabe erwähnt.
In den Polizeigesetzen der Länder fehlt dies m.W. überall. Exemplarisch für NRW: IM Polizeigesetz NRW fehlt dagegen jeder konkrete Auftrag an die Polizei zur Unterstützung bei Großschadenslagen oder Katastrophen. Dieser kann für die Polizei NRW daher nur indirekt aus den allgemeinen Hinweisen in § 1 des PolG NRW sowie aus den Grundsätzen der Amts- und Behördenhilfe (BMJ, 2022, GG, Art. 35 (1)) konstruiert werden.

5. Bewertung der rechtlichen und organisatorischen Ausgangslage

Der AK V der Innenministerkonferenz hat vor längerer Zeit bereits die Arbeitsgruppe zur Erstellung der Feuerwehrdienstvorschriften (federführend ist das Land Niedersachsen) mit einer Überarbeitung der FwDV 2 sowie konkreten Aus- und Fortbildungsvorschlägen für die Feuerwehren für die Vegetationsbrandbekämpfung beauftragt. Das Ergebnis ist noch ausstehend.

Der Aufgabenbereich Luftfahrzeugeinsatz ist hiervon bisher noch nicht mit abgedeckt. Die länderoffene AG nationaler Waldbrandschutz (gegründet nach den Erfahrungen des Jahres 2018) hat ebenfalls eine UAG zum Thema Ausbildung (geleitet ebenfalls von Niedersachsen) sowie eine UAG zum Luftfahrzeugeinsatz. Die UAG Luftfahrzeugeinsatz wiederum hat erklärt, sich auf die Fachempfehlung zum Luftfahrzeugeinsatz des DFV, 03/2022, stützen zu wollen.

Grundsätzlich ist nach meinen Erkenntnissen damit zu rechnen, dass für

- jeden Feuerwehrangehörigen ein Fortbildungsangebot im Bereich von 1 bis 2 Tagen notwendig sein wird.
- Jede Führungskraft eine ergänzende Schulung benötigt.
- Neue Einsatzkräfte von Anfang an in ihren Grund- und Führungslehrgängen entsprechend geschult werden müssen.
- Spezielle Einsatzkräfte speziell aus- und fortgebildet werden müssen. (Dies ist derzeit schon für die erste GFFF-V der Fall, die unter der Führung der Feuerwehr Bonn, mit Unterstützung durch mehrere Feuerwehren aus NRW, gebildet und auch bereits im Ausland eingesetzt wurde. Dies kann aber nicht nur auf diese eine spezielle Einheit in NRW begrenzt bleiben, sondern muss auch durch Schaffung weiterer Einheiten und Anpassung der Strukturen der Einheiten der vorbereiteten überörtlichen Hilfe auch an die Anforderungen des 2022 dafür definierten Fähigkeitsmanagements, vgl. BBK, 2022, erfolgen.)

Die Länder bzw. der Bund müssen sich hier ebenfalls auf eine entsprechende Nachschulung sowie den Aufbau einiger entsprechender Einheiten zur Führung eines Einsatzabschnittes Luftfahrzeugeinsatz (z.B. eine je Regierungsbezirk) sowie ergänzenden Aus- und Fortbildungsangebotes einstellen.
Eine Präzisierung der Aufgaben der Kreise, ggf. der Regierungsbezirke und der Länder wäre wünschenswert. Außerdem müssen die zentralen Schulungsmöglichkeiten ausgebaut werden, um den Anforderungen aus den dynamischen Schadenslagen (vgl. dazu auch die Erfahrungen beim Starkregenereignis 2021) bewältigen zu können. Dies gilt insbesondere auch für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.

Auch angesichts der Erfahrungen aus den Starkregenereignissen der letzten Jahre (Simbach/Inn, 2016; Herrstein, 2018; RLP und NRW, 2021) ist zu überprüfen, wie insbesondere bei dynamischen und flächigen Großlagen die Führungsstrukturen weiter verbessert werden können. Dazu gehört eine bessere Vernetzung der Ebenen und einfachere sowie durchgehende Meldewege ebenso, wie eine weitere Beschleunigung und Entschlackung der Anforderung von speziellen Einsatzmitteln, hier insbesondere Luftfahrzeugen. (Darunter fällt auch eine Verbesserung der Übersicht der landes- und bundesweit verfügbaren Luftfahrzeuge entsprechend ihrer Eignung[3]!)

Leider fehlt bisher eine klare Zuweisung der Unterstützungsaufgaben in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr durch die Polizei in den Polizeigesetzen. Dies ist umso bedauerlicher, als sich in den Gesetzen der Bundespolizei und der Bundeswehr hierzu konkretere Angaben finden lassen, obwohl diese erst bei weit größerer Eskalation der Lagen zum Einsatz kommen.
Vermutlich auch deshalb hatte sich z.B. die Polizei in NRW bis zu den Bränden im Jahr 2018[4] leider der Ausrüstung ihrer Helikopter mit Möglichkeiten zur (Löschwasser-)Außenlastbeförderung verweigert. M.W. wurde dann in der Auswertung der Einsätze ab ca. Ende 2018 seitens des Innenministeriums NRW hier ein Mangel erkannt und die Ausrüstung von (leider bisher nur) 3 von 6 Helikoptern der Landespolizei mit Außenlasthaken sowie die Beschaffung geeigneter Außenlastbehälter (Typ Bambi-Bucket) beschlossen und ab 2019 eingeführt.

[3] Eine von mir erstellte Übersicht für den AK Waldbrand und die Diskussionen rund um das Thema Luftfahrzeugeinsatz weist für Deutschland ca. 70 geeignete Luftfahrzeuge (alles Helikopter) unterschiedlicher Größen und Leistungsklassen aus. Diese kann bei Bedarf dem Ausschuß gern zur Verfügung gestellt werden.
[4] Hier ist v.a. das Feuer im August 2018 bei Straelen interessant. Der Einsatzverlauf ließ die Gefährdung einer Pipeline nicht ausschließen. Letztlich mussten niederländische Armeehubschrauber mit eingesetzt werden, weil nicht schnell genug deutsche Helikopter verfügbar waren.

B) Bewertung des Antrags der Fraktion DIE LINKE „Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung“ vom 10.11.2022, Drucksache 20/4418

Die Stellungnahme erfolgt nach den Seiten bzw. Überschriften - und darin absatzweise, soweit relevante Aussagen enthalten sind.

Seite 1: 1.Absatz:
„Gerade großflächige Waldbrände sind vom Boden aus nur schwer unter Kontrolle zu bringen. Zudem bringen sich die Feuerwehrleute und Helferinnen und Helfer des THW bei einem Bodeneinsatz jederzeit selbst in Gefahr. Aus diesem Grund kamen bei vielen Waldbränden Löschhubschrauber zum Einsatz, die aus sicherer Höhe große Wassermengen gezielt auf ein betroffenes Gebiet abgeben können.“

Die getroffenen Aussagen sind so irreführend, oder unzutreffend.
Begründung:
Auch großfläche Waldbrände werden am Boden gelöscht. Dies erfordert den richtigen Einsatz unterschiedlichster Einsatzmittel, davon sind Luftfahrzeuge ein kleiner, aber nicht unwichtiger Bestandteil für bestimmte Aufgaben.
Helfer des THW haben in aller Regel keine Ausbildung zur Brandbekämpfung und damit an der Feuerfront nichts verloren.
Der Abwurf von Löschwasser aus „sicheren Höhen“ ist unsinnig und liefert nur teure Pressefotos.

Seite 1: 2.Absatz, 1. Satz:

„Löschflugzeuge und Löschhubschrauber sind ein effektives Mittel bei der Bekämpfung von Waldbränden. Ein unersetzliches Einsatzmittel sind sie in Gebieten und Wäldern, in denen ein Einsatz der Feuerwehr am Boden nicht möglich ist, weil diese schwer zu erreichen sind oder sich in ihrer Nähe nicht ausreichend Löschwasser befindet.“

Luftfahrzeuge sind für Teile der Aufgaben wichtig, dabei hat der Hubschrauber bei richtiger Auswahl bzw. Ausstattung erhebliche Vorteile im Einsatz, weil er multirollenfähig ist, vgl. folgende Grafik:

Hubschrauber

1. Direkter Löscheinsatz durch Abwurf
   1. Wasseraufnahme offenes Gewässer
   2. Wasseraufnahme von Fw befüllter großer Faltbehälter, offener Abrollbehälter oder eines kleineren Sees (vgl. Heinsberg)
   3. Wasseraufnahme auf (Feld-)Flugplätzen.
2. Transport von Einsatzkräften, -geräten, anderen Personen oder sonstigem Material in Einsatzgebiete – und ggf. auch daraus heraus,
3. Indirekter Löscheinsatz durch doppelten Pendelverkehr mit Hubschrauber in einen kleineren, stabilen, verankerten/gesicherten Faltbehälter, i.d.R. in unwegsamen und schlecht mit Fahrzeugen erreichbaren Gebieten
4. Transport und ggf. Abwurf bzw. Ablassen von anderen Einsatzmitteln (Sandsäcke, Betongewichte, Deichbaumaterial),
5. Suche nach Personen oder zu evakuierenden Personen oder Sachen,
6. direkte Menschenrettung auch mit Winde,
7. Rettungsdienst (Transport von Notarzt bzw. Patienten),
8. Medizinische Dienstleistungen (Transport von Organen bzw. Medikamenten, Interhospital- bzw. Fernverlegungen von Patienten),
9. Erkundung und Überwachung von Gefahren- und Einsatzstellen, Verkehrswegen, Bereitstellungsräumen usw.,
10. Luftbeobachtung,
11. Führung und Leitung (Einsatzkräfte, Bevölkerung),
12. Strahlen und Schadstoffe in der Luft messen und luftgestützt detektieren (CBRN-Schutz) und
13. Wärmebilder für die Einsatzunterstützung am Boden (zum Auffinden und nachhaltigen Nachlöschen von Glutnestern – und damit erst der Verhinderung einer Rückzündung beim nächsten Windstoß)

Flächenflugzeug (gelb = wegen Flughöhe und –geschwindigkeit bzw. Notwendigkeit eines Flugplatzes nur eingeschränkt möglich!)

1. Direkter Löscheinsatz durch Abwurf
   1. Wasseraufnahme offenes Gewässer
   2. ~~Wasseraufnahme von Fw befüllter großer Faltbehälter, offener Abrollbehälter oder eines kleineren Sees (vgl. Heinsberg)~~
   3. Wasseraufnahme auf (Feld-)Flugplätzen.
2. ~~Transport von Einsatzkräften, -geräten, anderen Personen oder sonstigem Material in Einsatzgebiete – und ggf. auch daraus heraus (nicht mit Drohnen),~~
3. ~~Indirekter Löscheinsatz durch doppelten Pendelverkehr mit Hubschrauber in einen kleineren, stabilen, verankerten/gesicherten Faltbehälter, i.d.R. in unwegsamen und schlecht mit Fahrzeugen erreichbaren Gebieten~~
4. ~~Transport und ggf. Abwurf bzw. Ablassen von anderen Einsatzmitteln (Sandsäcke, Betongewichte, Deichbaumaterial),~~
5. Suche nach Personen oder zu evakuierenden Personen oder Sachen,
6. ~~direkte Menschenrettung auch mit Winde,~~
7. Rettungsdienst (Transport von Notarzt bzw. Patienten) (nicht mit Drohnen),
8. Medizinische Dienstleistungen (Transport von Organen bzw. Medikamenten, Interhospital- bzw. Fernverlegungen von Patienten) (nicht mit Drohnen),
9. Erkundung und Überwachung von Gefahren- und Einsatzstellen, Verkehrswegen, Bereitstellungsräumen usw.,
10. Luftbeobachtung,
11. Führung und Leitung (Einsatzkräfte, Bevölkerung),
12. Strahlen und Schadstoffe in der Luft messen und luftgestützt detektieren (CBRN-Schutz) und
13. Wärmebilder für die Einsatzunterstützung am Boden (zum Auffinden und nachhaltigen Nachlöschen von Glutnestern – und damit erst der Verhinderung einer Rückzündung beim nächsten Windstoß)

Diskretion trifft Freiheit

Abb. 2: Gegenüberstellung der Einsatzmöglichkeiten von Luftfahrzeugen. (Dr. Cimolino)

Seite 1: 2.Absatz, 2. – 4. Satz:

„Deutschland besitzt derzeit kein Löschflugzeug in staatlicher Hand. Allerdings ist die Anschaffung zwingend erforderlich, um gegen Waldbrände mit hoher Ausbreitung vorgehen zu können. Ihr Einsatz bietet sich gerade da an, wo Hubschrauber durch den Abwind der Rotorblätter Feuer sogar anfachen können."

Löschflugzeuge sind in Deutschland bisher nicht in staatlicher Hand, weil man bisher deren Einsatz für nicht notwendig gehalten hat. Die Gründe dafür sind bzw. waren:

- Der (geeignete) Hubschrauber ist mulitfunktionaler und für die verschiedenen Lagen und Topographien weit besser geeignet. (Dazu eignet er sich auch für andere dynamische Lagen, wie z.B. Starkregen oder Schneekatastrophen.)
- Die Einsatzzahlen sind bisher viel zu klein, um eine eigene Luftfahrzeugflotte für die Brandbekämpfung sinnvoll begründen zu können. (Daher der Einsatz von Luftfahrzeugen der Polizeien, der Bundeswehr und ggf. von Privaten.)
- Die Dichte der Feuerwehrstandorte am Boden ist weit größer, wie in den Ländern mit Löschflugzeugflotten. Diese setzen die Löschflugzeuge daher auch für den „Erstschlag" ein, weil sie damit schneller vor Ort sind, als leistungsfähige Feuerwehreinheiten mit bis zu mehreren Stunden Anfahrtszeit.
- Die Einsatzflächen sind im Verhältnis zu Ländern mit Löschflugzeugflotten viel kleiner.
- Die Verfügbarkeit von Wasserflächen für scooping-fähige Flugzeuge (z.B. Canadair) ist eher dünn gesät.

Seite 1: 2.Absatz, 5. Satz:

„Ihr Einsatz bietet sich gerade da an, wo Hubschrauber durch den Abwind der Rotorblätter Feuer sogar anfachen können."

Das passiert dann, wenn die Hubschrauber über die falsche Technik verfügen oder falsch eingesetzt werden.

Seite 1: 2.Absatz, letzter Satz:

„Sowohl Hubschrauber als auch Löschflugzeuge sind ein unerlässliches Einsatzmittel in Konversionsgebieten (Altmunition), wo ein Einsatz der Feuerwehr lebensgefährlich wäre. Löschflugzeuge haben hier eine größere Wirkung in der Fläche als Hubschrauber."

Altmunition liegt längst nicht nur in Konversionsgebieten, sondern fast überall in Deutschland auf alten Schlachtfeldern, Flächen zu deren Herstellung, Lagerung oder Transport sowie unsachgemäßer Entsorgung. Für Luftfahrzeuge gelten bisher die gleichen Abstandsregeln um die Verdachtsflächen wie auch am Boden (also idealisiert kein Kreis um einen Punkt, sondern eine Halbkugel darüber). Der Einsatz von Luftfahrzeugen aus i.d.R. dann 500 m oder 1000 m Höhe ist nutz- und damit sinnlos! Dabei ist es auch völlig egal, ob es sich um einen Hubschrauber oder ein Löschflugzeug handelt. Gegen Munitionsverdachtsflächen hilf:

1. Kartieren und Kommunizieren der Flächen! (Wie z.B. in Brandenburg.)
2. RÄUMEN der Flächen! (Wie z.B. in Polen!)
3. Im Einsatzfall die Verfügbarkeit geschützter (Lösch-)Fahrzeuge, wie z.B. in der Feuerwehr in Tschechien.

Vgl. dazu umfassend CIMOLINO, Munitionsverdacht, 2019.

Seite 1: 2.Absatz, letzter Satz:

Von diversen Verbänden und Kommunen gibt es bereits Initiativen, die die Beschaffung von Löschflugzeugen fordern. Zudem wurden auf kommunaler Ebene auch schon Konzepte ausgearbeitet, auf die der Bund aufbauen kann. Erste Überlegungen zum Aufbau von Stützpunkten für Löschflugzeuge im Rahmen von RescEU gibt es in Niedersachsen und Brandenburg, beispielsweise am Standort Welzow, Senftenberger See.

Es gibt immer wieder alle möglichen Initiativen denen oft viel Idealismus, oder Geschäftssinn, oder beides zugrunde liegt. Nicht alles davon ist sinnvoll.
Welzow ist m.W. nicht weiter im Rennen, weil die Folgefinanzierung offensichtlich zu schwierig war.
Initiativen in Niedersachsen sind noch sehr am Anfang – und es ist die Frage wie das im Betrieb dann tatsächlich funktioniert, v.a. wenn die Flugzeuge dann vertraglich in der EU unterwegs sind und nicht lokal zur Verfügung stehen.

Löschflugzeuge stehen bei Bedarf „auf Anruf" aus der EU zur Verfügung.

Die Mitgliedsstaaten der EU haben sich grundsätzlich verpflichtet, sich gegenseitig zu helfen.
Natürlich kann auch aus Deutschland bei Wald- und Vegetationsbränden Hilfe (hier mit Luftfahrzeugen, also auch mit Löschflugzeugen, oder Hubschraubern, oder Einheiten für den Bodeneinsatz) aus dem Ausland angefordert werden. Dabei ist grundsätzlich zu beachten:

a) Dies muss seitens der Mitgliedsstaaten rechtzeitig und auf dem richtigen Weg erfolgen – und
b) die angeforderten Kräfte und Mittel müssen lokal sinnvoll eingebunden werden.

Leider unterbleibt aus Deutschland bisher meist schon die Anforderung nach a). Es gab nur sehr wenige Fälle, wo Deutschland bzw. eines der deutschen Bundesländer konkret Hilfe aus der EU

- entweder nach den Einheiten aus dem EU-Gemeinschaftsverfahren, oder
- dem RescEU-Vorhaben

angefordert hätten. (Ausführlich zu den Möglichkeiten und Anforderungen der EU-Einheiten vgl. CIMOLINO, 2019.)
Die Einbindung nach b) ist allein deshalb aktuell schwierig, weil es bisher in Deutschland abgesehen von einer FE des DFV, 2022, keinerlei einheitliche Beschreibung einer Taktik für den Luftfahrzeugeinsatz gibt und die Verfahren zur Einbindung internationaler Hilfe in den lokalen Strukturen in den deutschen Bundesländern nur stellenweise bzw. rudimentär, meist aber gar nicht bekannt sind.
Deutschland sich übrigens innerhalb der EU zur Hilfe verpflichtet – und auch bereits Löschunterstützung mit Luftfahrzeugen im Ausland geliefert. Meist erfolgt dies hier nach einem konkreten Hilfeersuchen (entweder über politische direkte Ansprachen auf unterschiedlichsten Ebenen oder über das EU-Verfahren) durch die Bundespolizei (z.B. 2003 in Frankreich und Portugal, 2005 in Portugal).
Deutschland hat allerdings mittlerweile auch schon mehrfach Bodeneinheiten (hier ungefähr nach dem Prinzip der GFFF-V aus dem EU-Gemeinschaftsverfahren) ins Ausland geschickt (hier z.B. 2018 nach Schweden (aus Niedersachsen), 2021 nach Griechenland (aus NRW), 2022 nach Frankreich (aus NRW) sowie 2022 nach Griechenland[5] (aus BaWü))

Richtig ist:
Die deutschen Einheiten der Luftfahrzeugunterstützung, z.B. der Bundespolizei, sind bisher leider nicht in einem der EU-Verfahren offiziell gemeldet, oder dafür auch nur regelmäßig trainiert.
Das schließt aber – wie die vorhergehenden Jahre zeigen - eine wirksame Hilfe nicht aus, auch wenn diese durch

- bessere Strukturen,

[5] Die Entsendung von Kräften aus den Feuerwehren Baden-Württembergs nach Griechenland im Sommer 2022 ist ein neuer Fall innerhalb der EU-Hilfsmechanismen. Hier wurde schon vorbeugend um die Entsendung von Einheiten gebeten, um direkt mehr Einsatzkräfte vor Ort zur Verfügung zu haben und die vor Einsätzen besser ausbilden und dann in die Einsätze integrieren zu können.

- eine viel umfangreichere Ausbildung und
- insbesondere die offizielle Einbindung in das EU-Gemeinschaftsverfahren, oder das RescEU-Projekt

natürlich verbessert werden sollte!

Bewertung des Beschlußvorschlags von S. 2:

„1. ein personelles und materielles Konzept zur Bekämpfung von Waldbränden vorzulegen und in den Gemeinsamen Melde- und Lagezentren des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe vorzuhalten“

Das ist zu unterstützen. Es sollte insbesondere ERST ein Konzept vorliegen und DANACH die dazu passende, ggf. aufwendige und sehr spezielle Technik mit hohen Folgekosten beschafft werden.

— Es ist außerdem klarer zu regeln, wer welche Aufgaben im Kontext hat – und wie

- die Anforderung,
- Auswahl und
- Bereitstellung von Luftfahrzeugen

vereinfacht und beschleunigt werden kann.

Dabei sind Kostenregelungen zu treffen, die verhindern, dass gerade kleinere Gemeinde unter Umständen mit sehr hohen Einsatzkosten rechnen müssen, nur weil in ihrem Gebiet große Vegetationsflächen mit schlechter Zugänglichkeit (wegen Munitionsaltlasten, oder weil Naturschutzgebiet) liegen, die zu massiven Problemen in der Brandbekämpfung mit oft mehrwöchigen aufwändigen Einsätzen führen.

Außerdem ist zu prüfen und zu klären, wer dann da welche Aufgaben wie wahrnehmen soll, um den Bedarf nach schnellerer und einfacherer Unterstützung bzw. Kommunikation der Hilfeersuchen bzw. -angebote umsetzen soll. Derzeit erscheint es mir so, als wenn noch nicht mal die beschließende Politik wirklich weiß, wer da bisher bzw. künftig welche Rolle spielen soll im Mehrklang aus z.B.

- GMLZ (vgl. Antrag DIE LINKE)
- GeKoB (vgl. Antrag CDU)
- BBK (vgl. Antrag CDU)
- Ggf. noch – wie teilweise angekündigt – Stäbe aus dem Bereich Führungskommando der Bundeswehr

„2. eine luftverlegbare Brandbekämpfungseinheit aufzustellen, um eine effektive Bekämpfung von Waldbränden zu gewährleisten und die auch bereitstehen, um einen Beitrag im Rahmen der europäischen RescEU zu leisten“

Der Satz könnte verschiedene Bedeutungen haben, einige zur Auswahl:

a) Eine FFFH – oder FFFP, also eine im Rahmen des EU-Gemeinschaftsverfahrens definierte Einheit mit jeweils mehreren Hubschraubern (aerial Forest Fire Fighting modules using Helicopter) oder Flugzeugen (… Planes) und Bodenmannschaften? (Vgl. CIMOLNO, EU-Einheiten, 2019)
b) Eine im Rahmen der RescEU definierte Einheit mit Luftfahrzeugen (unterscheidet sich jeweils von denen in a)!
c) Eine Einheit für die Brandbekämpfung am Boden die luftverlastbar ist, das wiederum könnte betreffen eine

a. GFFF – also eine luftverlastbare Einheit v.a. aus Einsatzkräften „zu Fuß“ mit Unterstützungsfahrzeugen, (wie das z.B. Frankreich mehrfach schon in Griechenland eingesetzt hat) oder
b. GFFF-V – also eine luftverlastbare Einheit mit Löschfahrzeugen und mit Unterstützungsfahrzeugen. (Wie z.B. das Rumänien in Frankreich eingesetzt hat.)

Grundsätzlich ist EINE Einheit keine wirkliche Lösung für die sich schon länger abzeichnenden, schon gar nicht im europäischen Kontext bei den sich anbahnenden katastrophalen Lagen, deren Verschärfung an folgenden Gründen liegt:

- Soziale Veränderungen (Rückgang der bäuerlichen Kleinbetriebe, Verwilderung der Felder)
- Wildland Urban Interface – die Schnittstelle zwischen (wilder) Vegetation und Infrastruktur bzwl Wohnbebauung wird immer enger und kritischer.
- Feuerwehr in der Fläche nimmt eher ab als zu.

Grundsätzlich müssen aber auch dafür erst die Hausaufgaben in Deutschland gemacht werden – und natürlich dabei die Herausforderungen für den internationalen Einsatz mit beachtet werden.

—

„3. ein bundesweites Konzept zur Stationierung und zum Betrieb von Hubschraubern (bis Außenlast 4 t) und Löschflugzeugen vorzulegen“

Die Konzepte sind notwendig und müssen offener sein. Wir haben jetzt schon Hubschrauber mit um die 500 kg Außenlast (z.B. EC 135 mit eingebauter Polizeiausrüstung) bis solche von knapp 10.000 kg (z.B. die CH 47 der niederländischen oder amerikanischen Streitkräfte im Einsatz.
Die Berücksichtigung von Löschflugzeugen in der Taktik ist sicherlich notwendig, schon weil auch aus der EU bei Bedarf Löschflugzeuge eingesetzt werden können, bzw. von Nachbarländern grenzüberschreitend eingesetzt werden (vgl. Sächsische Schweiz, 2022 aus Tschechien kommend und dorthin zurückfliegend).

Der kluge Einsatz von Hubschraubern (Wasseraufnahme entweder aus näheren kleineren Gewässern oder aus größeren Behältern, die von der Feuerwehr gefüllt werden, wie in Brandenburg schon lange übrlich), ist unter unseren Bedingungen meist zielführender und bringt mehr Wasser, vgl. folgende Übersicht.

„4. Löschflugzeuge anzuschaffen, welche bei der Bekämpfung von Waldbränden in den Bundesländern und den europäischen Nachbarn eingesetzt werden“

Ich sehe prioritär derzeit v.a. die Ersatzbeschaffung der für den Einsatzzweck ziemlich ungeeigneten Zivilschutzhubschrauber für notwendig an!
Dafür brauchen wir multifunktionale, multirollenfähige Hubschrauber, vgl. dazu das Positionspapier von DFV/vfdb, 2022.
Jeder Zivilschutzhubschrauber muss daher im Katastrophenschutz und der erweiterten Gefahrenabwehr sinnvoll, auch in allen oben genannten Einsatzbereichen einsetzbar sein. Dies muss er in allen topographischen Gebieten und damit zumindest für in Deutschland relevanten Höhenlagen und auch bei schlechten Sichtverhältnissen erfüllen können!
Das bedeutet z.B.

- Transportfähigkeit von mind. 2.000 L Wasser als Außenlast,
- Aufnahmefähigkeit von mind. 6 voll ausgerüsteten Einsatzkräften mit Ausrüstung im Hubschrauber und weiteren Geräten (ggf. auch als Außenlast),
- Sofortige Einsatzmöglichkeit mit einer Winde zur Rettung von Personen aus gefährdeten Lagen,
- Transport von liegenden Patienten mit entsprechender notfallmedizinischer Ausstattung,

- Möglichkeit der Bilddatenerzeugung sowohl als Video als auch Infrarot mit Datenübermittlung zu den Bodenkräften und von dort auch zu Anwendungen zur Lagedarstellung in Stäben.

Insbesondere in topographisch schwierigem Gelände ist der Einsatz von Löschflugzeugen höchst anspruchsvoll und sehr gefährlich. Gerade hier kommt es selbst bei gut ausgebildeten und professionell geführten Einheiten immer wieder zu Abstürzen, wie zuletzt leider mit tödlichen Folgen in Sizilien[6].
Feuer werden außerdem seit jeher entweder am Boden oder vom Wetterumschwung gelöscht! Die Luftfahrzeuge sind hier bei bestimmten Lagen eine wertvolle Unterstützung, aber kein Allheilmittel.

Die Hubschrauber bieten hier mit den vielfachen Transportmöglichkeiten viel mehr taktische Optionen als Löschflugzeuge.

Abb. 3: Einsatz bayerischer Flughelfer mit ihrer vorbereiteten, luftverlastbaren, auch hier mit Helikoptern eingeflogenen, Ausrüstung zusammen mit Kräften von @fire und lokalen Feuerwehren im topographisch sehr schwierigen Gelände im Nationalpark Sächsische Schweiz. (Foto: Stephan Brust, SFS-W)

„5. Eine Übergangslösung zu schaffen, um die derzeitigen Defizite auszugleichen. Als Übergangslösung sollte beispielsweise die Umrüstung von alten Agrarflugzeugen geprüft werden, um sie künftig für Löschflüge einzusetzen.“

[6] https://futurezone.at/digital-life/video-loeschflugzeug-einsatz-crash-explosion-italien-canadair-cl-415-wasserbomber/402198033

Argarflugzeuge wurden in der ehemaligen DDR eingesetzt. Es gibt nach meiner Kenntnis keinen einsetzbaren Bestand mehr in Deutschland.
Flugzeuge dieser Art werden z.B. im Ausland noch eingesetzt und können für Deutschland angemietet werden. Dies hat offensichtlich der Landkreis Harz gemacht, nachdem vorher die Anforderung von Luftfahrzeugen für die Vegetationsbrandbekämpfung mehrfach im Einsatz an der Bürokratie oder der fehlenden Verfügbarkeit gescheitert war. Ob die Beschaffung bzw. Vorhaltung von Flugzeugen auf Landkreisebene eine sinnvolle Lösung ist, wird sich spätestens dann zeigen, wenn es dort mehrere Jahre nur noch wenig gebrannt hat, oder auch diese Flugzeuge die Feuer nicht alleine löschen können.

Mir erscheint es deutlich zielführender, die Punkte aus dem Positionspapier der beiden größten Feuerwehrverbände, DFV und vfdb, aus dem Jahr 2022 zu beachten und umzusetzen, vgl.:
https://www.vfdb.de/media/doc/positionspapiere/vfdb_DFV_Positionspapier_Luftfahrzeuge.pdf

—

C) Bewertung des Antrags der Fraktion CDU/CSU „Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung“ vom 27.09.2022, Drucksache 20/3693

Einleitend werden im Grundsatz richtige Dinge erwähnt. Im Detail gibt es Ergänzungsbedarf:

Seite 1: 1.Absatz, letzter Satz:

Das flächenmäßig größte zusammenhängende Feuer fehlt. Das war in in der Gohrischheide (ausgehend von und größter Anteil in Sachsen und dann mit Teilen nach Brandenburg gelaufen). Dort haben wir vermutlich zum ersten seit Jahrzehnten in einem Einsatz in Deutschland sicher Feuertornados, vermutlich aber sogar einen Feuersturm gehabt. Die betroffene Fläche war und ist größtenteils munitionsbelastet.

Seite 1: 2.Absatz, letzter Satz:

Es fehlt die Bundeswehr mit den Helikoptern (derzeit NH 90 und CH-53), Logistikeinheiten (z.B. zur Kraftstoffversorgung im Gelände), MilGeo und Luftbilderkundung sowie künftig zum Räumen von Wegen von Munition auch dem Keiler (Minenräumpanzer).

Seite 1: 3.Absatz, 2. Satz:

Dass wir 2020 (zumindest in der zweiten Hälfte) und 2021 weniger Waldbrände als 2018 und 2019 (und natürlich 2022) hatten, lag (leider!) nicht am Verdienst der Einsatzkräfte, sondern schlicht an den völlig anderen Wetterbedingungen. Es war kühler, feuchter und wir hatten an den trockenen Tagen weniger Wind. 2022 bewies dann drastisch, was es bedeutet, wenn wir an mehreren Tagen

- mehr als 30 Grad Temperatur
- weniger als 30 % Luftfeuchtigkeit
- und mehr als 30 km/h Wind

haben. Die Lagen eskalieren schneller, als wir mit den herkömmlichen Methoden Erfolg haben könnten!

Der im Folgenden in diesem Absatz erwähnte *„nachhaltige Waldumbau“* hatte in keinem der zuvor in diesem Absatz genannten Jahre einen positiven Effekt. Eher im Gegenteil, weil wir in den letzten Jahren unkontrolliert zuviel Totholz zugelassen haben und zuviele Wege zurückgebaut bzw. verfallen lassen haben. Dies erschwert den Zugang, verlängert den Einsatz und macht ihn risikoreicher. Nachhaltiger Waldumbau muss mittel- und v.a. langfristig gesehen werden, das dauert Jahre und kostet Milliarden! (Vgl. Bundespressekonferenz von AGDW/DFV, 2022)
Dieser Waldumbau muss z.B. umfassen:

- Erhöhung des Anteils resilienterer Baumbestände (weg von Nadelholzmonokulturen),
- Schaffung und Pflege (!) von Schneisen bzw. Riegeln zum Schutz bzw. zur besseren Verteidigungsmöglichkeit von Gebieten,
- Dauerhafte Schaffung und Unterhaltung von
    - Befahrbaren Wegen
    - Löschwasserentnahmestellen
    - Forstrettungspunkten
    - Kartenwerken

Seite 1: 4.Absatz, 1. Satz:

Es reicht nicht, in einer Erklärung die Bürger aufzurufen, sich der Verantwortung für den deutschen Wald (warum nur für diesen?) und der Waldbrandrisiken (warum nur denen im Wald?) bewusst zu sein!
Wir brauchen dringend wieder mehr Breitenwissen über den Umgang mit Gefahren- und Notsituationen, wie es „früher“ im Zivilschutz in den Betrieben, Behörden und Schulen zumindest teilweise verankert war. Dazu gehört z.B.

- verantwortungsvoller Umgang mit und in der Natur,
- insbesondere Nutzung und Unterlassung von offenem Feuer (wo geht es wann – und wo sollte bzw. muss man das bleiben lassen?),
- Gefahren bzw. deren Vermeidung bei der Nutzung von Kraftfahrzeugen und Maschinen in der Vegetation (vom heißen PKW-Katalysator auf trockenen Wiesen bis hin zum heißgelaufenen Harvester im Wald)
- Gefahren von Naturkräften – und einfache Maßnahmen dagegen,
- erste Maßnahmen, z.B.:
    - Notruf mit
    - Genauer Ortsangabe (selbstverständlich heute mit genauer Ortsangabe mittels Smartphone bzw. Forstrettungspunkten)
    - Ggf. erste Löschmaßnahmen ohne Eigengefährdung auch unter Anwendung von Behelfsmitteln,
    - Einweisung der ersten Kräfte in schwer zugänglichen bzw. schlecht überschaubaren Gebieten.

Seite 2: zu den einzelnen Punkten unter III:

1. Waldbrandgipfel: Einverstanden
2. Fähigkeitsmanagement, vgl. BBK, 2022: Einverstanden.
   Die Kartierung erfolgt aber m.W. über den Waldbrandatlas des BKG und nicht über das BBK.
3. Demographiebewertung: Notwendig!
4. Anerkennenskultur: Sinnvoll.
5. Ausreichend Haushaltsmittel: Notwendig!
   Dabei ist allerdings künftig mehr auf Nachhaltigkeit zu achten. In den letzten Jahrzehnten gab es leider immer wieder Phasen ohne größere Ereignisse, wodurch immer wieder die Notwendigkeit von Zivil- und Katastrophenschutz an sich, mindestens aber in Umfang und Leistungsfähigkeit aus Kostengründen nicht nur in Frage gestellt, sondern sogar massiv zusammengestrichen wurden. Dazu gehört dann auch die Diskussion, ob die politisch gewünschte Hilfeleistung von Einheiten aus der Bundesrepublik Deutschland nicht auch mehr Unterstützung nicht nur im Bereich des THW, sondern auch der Feuerwehren benötigt. Z.B. um entsprechende Einheiten für diesen Zweck aufzubauen, zu unterhalten und v.a. auch sinnvoll aus- und fortbilden zu können.
6. Gemeinsame Beschaffung von Löschhubschraubern und -flugzeugen mit den Ländern:
   Grundsätzlich sind gemeinsame Beschaffungen sinnvoll. Ich kann mir aktuell nicht vorstellen, dass die Bundesländer selbst leistungsfähige Hubschrauber dafür beschaffen, auch wenn sicherlich der eine oder andere multirollenfähige Helikopter für die Länderpolizeien auch sinnvoll wäre. Zum Thema Löschflugzeuge: siehe oben bzw. das Positionspapier von DFV/vfdb, 2022. (Wir brauchen ERST taktische Konzepte und DANACH komplett andere Technik bzw. Einsatzmittel. Hier gehört übrigens die Verfügbarkeit und die Erlaubnis zu Nutzung von Retardants zwingend dazu!)
7. Beschaffung von Drohnen, Video- und Satellitentechnik sowie Kleinflugzeugen zur präventiven Waldbranderkennung: Grundsätzlich sinnvoll.
   Wichtiger ist hier noch die Nutzbarmachung vorhandener Technik der Polizeien und der Bundeswehr sowie anderer Behörden. Dazu gehört unmittelbar deren schnelle und einfache Einbindung in laufende Einsätze! Kleinflugzeuge werden künftig immer weniger für die

Früherkennung (dafür gibt es bessere automatische Systeme, vgl. Fire Watch in Brandenburg), aber dafür mehr für die Steuerung der Luftfahrzeugeinsätze wichtig werden.

8. Verdoppelung der Einsatzflotte von EU-Flugzeugen: Im Grundsatz richtig.
   Die Verfügbarkeit von Helikoptern muss insbesondere in topographisch schwierigen Gebieten verbessert werden.
   Der Aufbau und die Unterhaltung von leistungsfähigen Feuerwehrstrukturen am Boden ist aber dazu mindestens ebenso wichtig! (Das bedeutet v.a. auch ein Umdenken in Bezug auf die Nutzung des Ehrenamtes in den südeuropäischen Ländern!)
9. Beschaffung der Helikopter für Bundeswehr, Bundespolizei und Zivilschutz für die Waldbrandszenarien: Notwendig!
10. Die Länder bei der Räumung munitionsverseuchter Waldgebiete zu unterstützen: Notwendig! Aber es geht nicht nur um die Wälder, sondern um alle Freiflächen und auch die Gewässer!
11. Waldbesitzer in der Prävention einzubinden: Grundsätzlich richtig.
    Aufgrund der hohen Kosten wird das ohne Förderung nicht (schnell) genug gehen, vgl. ADGW/DFV, 2022. Löschwasserbrunnen sind nur EINE Möglichkeit, Löschwasser bereitstellen zu können, dazu gibt es noch Löschwasserteiche bzw. -zisternen oder -behälter. Hier ein Beispiel auf Frankreich – übrigens an einem speziellen Weg für die Feuerwehr mitten im Naturschutzgebiet am Pont du Garde:

Abb. 3: Wege für die Feuerwehr in Frankreich sind überall in den gefährdeten Gebieten vorhanden, ausgebaut, beschildert und kartografiert. Sie werden regelmäßig unterhalten und die Betretungsverbote der Natur in bestimmten Zeiträumen werden auch überwacht. Sie verfügen an den notwendigen Stellen über Wasserbehälter oder andere Entnahmemöglichkeiten. (Foto: Dr. Cimolino)

12. Waldumbau fördern: Notwendig!
    Dazu gehört die klare Definition, was mit den Begriffen gemeint ist, Schutzstreifen sind was anderes als das im Text beschrieben mit brandhemmender Vegetation (das wären Riegel), vgl. Auszug aus KESSELSTATT/CIMOLINO, 2022:

Schutzstreifen	Nennt man den von brennbarem Material befreiten Randstreifen eines Weges oder Straße. • Wird vorbeugend angelegt und ist nur wirksam, wenn er auch regelmäßiger Unterhaltung unterliegt. • Sollte im Einsatz immer auf seinen Zustand überprüft werden. Hinweis: (Zeitweise) frei geschlagene Flächen unter Oberleitungen oder Seilbahnen etc. sind KEINE sicheren Schutzstreifen, weil hier der Bewuchs erst ab einer bestimmten Höhe eingeschlagen wird und Buschwerk bzw. Totholz meist belassen wird. Man kann aber hier oft mit weniger Aufwand als durch den gewachsenen Wald schneller einen Schutzstreifen errichten, weil der Bewuchs oft schon mit einem Mulcher umgearbeitet werden kann.
Wundstreifen	Freilegung des Mineralbodens im Einsatz. • Wundstreifen sollten ausgehend von Schutzstreifen bzw. neben Wegen angelegt werden, weil dies den Aufwand deutlich reduziert! • Wird händisch oder mit Maschinen angelegt, in dem man alles Brennbare bis hinunter auf den mineralischen Boden entfernt.
Riegel	Unterbrechung großer Nadelholzkomplexe durch sturmfeste und wenig brandgefährdete Baumarten, meist aus Laubholz (keine Birke!).

13. Totholzeinfluss analysieren: Eigentlich nicht notwendig, weil bekannt!
    Totholz hat einen signifikanten – und selten positiven - Einfluß auf die Möglichkeiten der Brandbekämpfung, vgl. dazu ausführlich, CIMOLINO/KESSELSTATT, 2023.
14. Großschutzgebiete müssen brandschutztechnische Belange mit beachten: Notwendig!
    Wenn nicht, dann wird es da bei einem Brand auf Jahrzehnte absehbar nichts mehr geben, was noch schützenswert ist. Großbrände in der Vegetation sind in Mitteleuropa nicht „natürlich“ für die Vegetation und können mindestens über Jahrzehnte, oft sogar über Jahrhunderte verheerende Einflüsse haben, weil sich z.B. nach einem verheerenden Brand insbesondere in Hanglagen viele weitere Probleme ergeben (Erosion, Erdrutsche, Lawinen).
15. – 17: Einheitliche Sanktionen und Verbesserung der Verfolgung von (Umwelt-)Straftaten:
    Notwendig!

—

D) Weitere Informationen zum Thema:

Die überwiegende Mehrzahl der in Europa eingesetzten Flächenflugzeuge hat eine ungefähr gleiche oder sogar kleinere Löschwassermenge an Bord, wie die für den effektiven Löscheinsatz notwendigen und auch in Deutschland und den Nachbarländern verfügbaren Hubschrauber z.B. der Bundespolizei, der Bundeswehr und privater Anbieter.
Die kleineren Hubschraubertypen (i.d.R. EC bzw. H 135) werden im Löscheinsatz nur noch wenigen Länderpolizeien geflogen und Zug um Zug i.d.R. gegen leistungsfähigere (i.d.R. H 145) ausgetauscht. Außerdem benötigt man auch kleinere und wendigere Hubschrauber für die Erkundung sowie den Material- und Personaltransport in schwieriges Gelände. Auszug aus dem Einsatzleiterhandbuch-Feuerwehr, CIMOLINO, 2023:

Einteilung der Hubschrauber für den Löscheinsatz in Klassen bzw. Typen:

Typ (interntl.)	**Dt. Beschr.**	**Lösch-wasser-menge (Liter)**	**Beispiele** (Achtung: Je nach Baujahr, konkretem Typ und konkreter Motorisierung bzw. Ausrüstung kann es hier auch zu Verschiebungen kommen! Private Hubschrauber für den professionellen Außenlasttransport können hier meist mehr Last transportieren, weil weniger andere Ausrüstung fest eingerüstet ist. Es kann daher zur Einteilung an sich baugleicher Hubschrauber in verschiedene Typen kommen!)
I	Groß	>2.000	Airbus AS332 SuperPuma Airbus AS330 Puma Airbus AS532 Cougar Kaman K-12 NH 90 Sikorsky S-61 SeaKing (auslaufend) Sikorski S-64 (CH 54) SkyCrane Sikorski S-65 (CH 53) Sikorski S-70 (UH 60) BlackHawk oder FireHawk Airbus H215/225
II	Mittel	800 – 2.000	Airbus AS350 Airbus EC 145, H 145 Airbus EC 155, H 155 Bell UH-1D 205 (einmotorig) Bell UH-1D 212 bzw. 412 (zweimotorig) PZL W-3A Sokol Augusta AW169M
III	Klein	< 800	Airbus EC 135 Augusta A-119 Koala Bell 206 Bell 407 Robinson R66

Einteilung der Flächenflugzeuge für den Löscheinsatz in Klassen bzw. Typen:

Typ (interntl.)	**Dt. Beschreib-ung**	**Löschwasser-menge (Liter)**	**Beispiele**
I	Sehr groß	>10.000	Berlev Be 200 Altair Bombardier Dash 8 Q400-MR Lockheed C-130 Hercules
II	Groß	5.000 – 10.000	Bombardier 415 Canadair CL 215 Canadair CL 215T künftig: De Haviland DHC-515 (Nachfolger der Canadair-Baureihe ab ca. 2025) Alle Scooper!
III	Mittel	3.000 – 5.000	Air Tractor AT 802F/AF

Typ (interntl.)	Dt. Beschreib-ung	Löschwasser-menge (Liter)	Beispiele
			Air Tractor AT 802F/Fire Boss Conair Firecat/Turbo Firecat (Grumman S2-Tracker)
IV	Klein	<3.000	PZL Mielec M-18 Dromedar

Die dann im Einsatz mit den Luftfahrzeugen tatsächlich transportierte Menge/Zeit wird regelmäßig
- für Hubschrauber unter- bzw.
- Flächenflugzeuge überschätzt.

Die nachfolgende Darstellung beschreibt dies selbst mit kleineren Hubschraubermustern schon sehr deutlich, BRUST, 2022. (Natürlich setzt dies die Verfügbarkeit bzw. Schaffung geeigneter Wasseraufnahmestellen voraus. Dies ist zur Befüllung der Außenlastbehälter von Hubschraubern nahezu überall auch abseits offener Gewässer über von der Feuerwehr aufgebaute und befüllte größere Behälter möglich.

„Umsetzung Rotationszeiten kleiner 5 Minuten ist anzustreben! Vgl. hier im Beispiel mit 3 Hubschraubern:
EC 135 max. Fluggeschwindigkeit mit Außenlast 100 km/h (entspricht ca. 1,5 km pro Minute)
Gesamtflugzeit: ca. 12 Minuten / 3 Hubschrauber = 4 Minuten
Löschmittelmenge 900 Liter alle 4 Minuten = 13.500 l Stunde

Vgl. Canadair Löschflugzeug Einsatz Harz
Wasserentnahmestelle – Abwurfstelle Flugzeit 27 Minuten = 12.000 l Stunde“

Löschflugzeuge benötigen dafür entweder eine längere Wasserfläche mit Erlaubnis zur Wasserentnahme daraus (s. unten), oder einen Flughafen, oder im Falle von Agrarfliegern eine geeigneten Feldflugplatz/Wiese mit weit größeren Abmessungen und mehr Zeitbedarf.

Flächenbedarf Scooping (Canadair CL 415):

Die relativ aktuelle Canadair CL 415EAF benötigt nach Viking, 2022, zur Füllung von knapp 5.500 L Wasser in ca. 12 s bei 130 km/h (70 kn) unter Idealbedingungen (!) z.B.
- eine freie Wasserfläche von mind. 90 m Breite (300 Fuß),
- mit mind. 2 Meter (6,5 Fuß) Tiefe,
- mit einer Länge für das Scooping bzw. Skimming von 410 m (1350 Fuß),
- mit einer hindernisfreien Gesamtlänge von 1.340 m (4.400 Fuß),
- bei einer Höhe beim An- bzw. Abflug von 15 m (50 Fuß).

Das bedeutet, höhere Hindernisse müssen ausgeschlossen werden, dies gilt z.B. für
- Gebäude,
- Brücken,
- Oberleitungen,
- (Segel-)Boote/Schiffe mit Aufbauten bzw. Masten.
  (Der Schiffsverkehr auf zur Wasserentnahme bestimmten Flüssen = oft Bundeswasserstraßen müsste in D in dem Bereich eingestellt werden!)

Je nach Wind und Wellengang muss sorgfältiger an- und abgeflogen bzw. das Scooping durchgeführt werden, dann benötigt das Flugzeug noch mehr freie Fläche.
Am Schluss kommt man damit praktisch auf einen ca. 2 - 3 km von höheren Objekten freien Flugbereich, wovon mind. 1, besser 2 km über Wasser bzw. ebenem Gelände sein sollten.

(Seen aus der Trinkwassergewinnung sind in Deutschland dazu i.d.R. als Wasseraufnahme-Flächen ausgeschlossen. Dies kann man mit Hubschraubern über von der Feuerwehr in Betrieb genommene Saugstellen und Wasserbehälter problemlos lösen. Für Scooping-Flugzeuge ist das unmöglich, hier muss auf eine andere, weiter entfernt liegende, Wasseraufnahmefläche ausgewichen werden. Dies war auch so beim Einsatz im September 2022 im Harz.)

Häufige Behauptung: *„Weil Deutschland keine Löschflugzeuge vorhält und sich der Einsatz der vorhandenen Hubschrauber zur Brandbekämpfung als nicht ausreichend erwies, wurden bei verschiedenen Wald- und Vegetationsbränden Löschflugzeuge aus Schweden sowie Italien angefordert.“*

Die Begründung und der Schluss sind falsch.

a) Deutschland hätte von Anfang an Löschflugzeuge anfordern können, falls das jemand für notwendig gehalten hätte.
b) Die Luftfahrzeuganforderung erfolgte bisher in vielen Fällen viel zu spät bzw. konnte aus unterschiedlichsten Gründen nicht schnell genug bedient werden – und die Luftfahrzeuge wurden dann oft noch falsch eingesetzt.
   (Deutschland hat aktuell nach meiner Kenntnis über 70 für den Löscheinsatz geeignete Hubschrauber nur bei den BOS in Betrieb. Wie viele davon verfügbar sind ist leider unklar.)
c) Die Anforderung der Löschflugzeuge aus anderen Ländern war bei den Lagen im Jahr 2022 aus meiner Sicht nicht zwingend notwendig. Der Einsatz von Luftfahrzeugen bei Bodenfeuern oder für Nachlöscharbeiten ist meist sinnlos und schlicht zu teuer. Richtig ist, dass der Einsatz der vorhandenen Hubschrauber zur Brandbekämpfung nicht ausreichend gut verlaufen ist. Das liegt aber daran, dass
   a. die Anforderung meist zu spät erfolgte,
   b. die Prüfung der Anforderung zu lange dauerte,
   c. die Anforderungswege zu kompliziert sind.

Nichts davon würde mit vorgehaltenen Flächenflugzeugen besser werden, wenn die Schulung der Einsatzkräfte in den nötigen Taktiken und deren richtiger Anwendung sowie tatsächliche Verfügbarkeit und die einfachere sowie schnellere Alarmierbarkeit, bei besserer Kostenübernahmeregelung (für die Kommunen in Deutschland durch z.B. die Kreise oder Länder), sich nicht den Ansprüchen anpasst.

Nicht nur im Katastrophenschutz, sondern bei jedem Luftfahrzeugeinsatz in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr braucht man grundsätzlich viel mehr Unterstützungsmöglichkeiten aus der Luft, dies geht weit über den reinen Löscheinsatz hinaus. Dazu gehören u.a.

- Führung,
- Kommunikation Luft-Boden, Luft-Luft,
- Löschmittelabwurf,
- Transport von
  - Personal,
  - Material (Schläuche, Pumpen, Behälter, Werkzeug),
  - Löschwasser im Pendelflug.

Nur ein winziger Bruchteil davon ist mit Löschflugzeugen möglich, deutlich mehr geht mit multirollenfähigen Hubschraubern (vgl. Übersicht oben).

Luftfahrzeuge müssen viel schneller als bisher bei Bedarf vor Ort zur Verfügung stehen, um die Eskalation und wochenlange Einsätze zu verhindern!

Abb. 4: Das Feuer greift in einem Nadelholzwald mit hohen Totholzanteilen vom Boden auf die Wipfel über, weil die Einsatzkräfte bei der Situation weder mit Fahrzeugen, noch zu Fuß schnell genug an den Brandherd kommen. Z.B. für solche Lagen ist die unverzügliche Alarmierung und der schnelle Einsatz von Luftfahrzeugen zwingend notwendig, wenn man verhindern will, dass sich aus dem Feuer am Boden oder noch in Bodennähe ein Vollbrand entwickelt, der windgetrieben kaum mehr zu stoppen ist! Der schnelle Einsatz eines grundsätzlich in Deutschland in der Fläche häufiger verfügbaren Hubschraubers mit einem zielgerichteten Abwurf ist hier viel besser, wie der spätere Abwurf aus einem Flächenflugzeug. (Foto: @fire)

Vergleiche mit der Situation in anderen Ländern mit völlig anderen Feuerwehrstrukturen (in den meisten Fällen KEINE Feuerwehren in der Fläche!) sind nicht sinnvoll.

Länder mit vergleichbaren Strukturen und besserer Ausbildung und Struktur im Luftfahrzeugeinsatz an sich, z.B. Niederlande und Österreich setzen auch und ausschließlich auf eigene Hubschrauber – und bei (seltenem!) Bedarf auf die europäische Unterstützung. Die USA setzen für den Erstangriff der Feuerwehren v.a. auf leistungsfähige Hubschrauber mit sehr guter Ausstattung und hervorragender Ausbildung. Größere Luftfahrzeuge kommen dann von den Bundesstaaten oder aus zentralen Vorhaltungen bzw. Anmietung in den USA. Diese werden v.a. für den Einsatz von Retardants eingesetzt.

In fast allen südeuropäischen Staaten werden insbesondere im Bergland meist Hubschrauber eingesetzt, weil sie multifunktionaler zu nutzen sind.

E) Empfehlungen:

Der Unterzeichner empfiehlt:

- Schaffung leistungsfähiger und kompatibler Einheiten (in Verbandsstärke!) der Gefahrenabwehr in allen Bundesländern.
- Ergänzung dieser Einheiten, je nach Bedarf in den Ländern, z.B. für NRW einmal je Abteilung (aus bis zu 5 Bereitschaften) um eine Stabseinheit „Luftfahrzeugeinsatz“. Diese muss personell und technisch in der Lage sein, den Einsatzabschnitt „Luftfahrzeugeinsatz“ (Air Operations) bei größeren Schadenslagen zusammen mit den Luftfahrzeugbetreibern führen zu können. Beispiele hierfür sind z.B. in den Bundesländern Bayern (seit über 30 Jahren), Brandenburg (im Aufbau), Sachsen (im Aufbau) sowie den benachbarten Ländern Niederlande und Österreich vorhanden. (Natürlich auch bei allen anderen Ländern, die wirksam Luftfahrzeuge für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr einsetzen!)
  Dafür ist die Schulung von Führungskräften als Einsatzabschnittsleiter sowie von Einsatzkräften als Mitglieder der Einsatzabschnittsleitung sowie zur Kommunikation auch mit Flugfunk sowie die Ausstattung mit einem geeigneten Führungsfahrzeug sowie ergänzender Ausrüstung notwendig.
- Je definiertem Gebiet, z.B. Regierungsbezirk, sollte eine Einheit in Zugstärke[7] aufgestellt werden, die in der Brandbekämpfung komplexer Vegetationsbrände am Boden aus- und fortgebildet wird. Diese Einheit muss auch im Einsatz aus Hubschraubern heraus ausgebildet werden, um auch in den topographisch teilweise höchst anspruchsvollen Bereichen NRWs bei Bedarf einen schnellen und wirksamen Löscheinsatz abseits von Straßen ermöglichen zu können. (In Bayern gab es 2022 bei Vegetationsbränden über 60 Luftfahrzeugeinsätze in oft sehr unwegsamem Gelände. Es gelang den Feuerwehren zusammen mit den eingesetzten Besatzungen der Hubschrauber von Landes- und Bundespolizei, der Bundeswehr und privater Träger alle Einsatzstellen relativ schnell in den Griff zu bekommen! Keine der Einsatzstellen erforderte dadurch einen über wenige Tage hinausgehenden, oder gar mehrwöchigen Einsatz.)
  Aus diesen Einheiten könnte man auch die Grundzüge einer GFFF-Einheit gebildet werden, die man dann der EU zu melden könnte, vgl. CIMOLINO, 2019.
- Künftig und schnellstmöglich sollten alle geeigneten Helikopter der Landespolizeien mit Außenlasthaken versehen werden.
- Die Polizei sowohl in der technischen Handhabung, wie auch in der Zusammenarbeit mit der Feuerwehr in Einsatz(abschnitts)leitungen sowie in der konkreten Luft-Boden-Unterstützung mit ausreichend Zeitkontingenten und finanziellen Mitteln auszustatten, um für diese Fähigkeiten bereit zu stehen:
  - Außenlastflüge mit
    - Löschwasser,
    - Ausrüstung (dafür ist es sinnvoll vorgepackte Elemente z.B. bei den Einheiten für die Brandbekämpfung am Boden vorzuhalten, wie dies in Bayern z.B. bei den Flughelferstandorten mittlerweile üblich ist),
  - Personentransport,
  - ggf. auch dem Einsatz von Rettungswinden (soweit das künftig mit vorgesehen sein sollte, vgl. dringendster Bedarf, der über Stunden nicht gedeckt werden konnte bei den Starkregeneinsätzen 2021).
- Die Polizeien müssen verfügbare Bilddaten (Fotos, Videos, Normal- und Infrarotbilder) aus der Luft schneller und einfacher den Leitstellen der Feuerwehren und den mobilen Führungsstellen vor Ort, am besten direkt und „online“, zur Verfügung stellen können!
- Die Zivilschutzhubschrauber müssen sinnvoll verteilt werden. Das Training damit ist zu verstärken.
- Zusammen mit den Hubschraubern den Polizeieen sind geeignete praktische Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für den Einsatz insbesondere bei dynamischen Großschadenslagen

[7] Alternativ: Eine aus mehreren Staffeln kombinierbare, wenn man lieber eine Staffel für jede der 5 Bereitschaften in einem Regierungsbezirk möchte.

(hier v.a. Vegetationsbrände, Überfluten, Schneebruch, Sturmschäden) aufzubauen und zu unterhalten.

- Alle Länder sollten die bestehenden Konzepte für die vorgeplante überörtliche Hilfe in Abteilungen und Bereitschaften unter Einbeziehung der Empfehlungen für den Einsatz bei Vegetationsbränden aus der UAG Fähigkeitsmanagement der länderoffenen AG nationaler Waldbrandschutz ergänzen, vgl. BBK, 2022.
- Es ist darauf hinzuwirken, dass aus der Aufstellung von speziellen Brandschutz- (vgl. für NRW BHGK § 3 (3) bzw. Rettungsdienstbedarfsplänen (vgl. RettG § 12)) ganzheitliche Gefahrenabwehrpläne bis zur Größe der Katastrophe werden. Dazu müssen Kommunen und Kreise enger als bisher zusammenarbeiten. Die Integrierung von dynamischen Schadenslagen in diese Planungen muss obligatorisch werden.
- Die Bundesrepublik Deutschland ist aufzufordern,
    - für den Katastrophen- und Zivilschutz künftig deutlich leistungsfähigere Zivilschutzhubschrauber zu beschaffen und z.B. über die Bundespolizei zu betreiben.
    - sich damit dann auch mit z.B. drei weiteren, zu den Zivilschutzhubschraubern baugleichen, Hubschraubern am RescEU-Programm zu beteiligen.
    - einen zentralen und leistungsfähigen Aus- und Fortbildungsstandorte für die Schulung von Spezialisten und Multiplikatoren für
        - den Luftfahrzeugeinsatz (hier v.a. Brandbekämpfung, aber auch für andere dynmische Schadenslagen) aufzubauen und zu unterhalten. Dieser muss sowohl für Hubschrauber, wie auch für land- und wassergestützte Flächenflugzeuge geeignet sein, wenn wir zusammen mit den EU-Einheiten trainieren können wollen. (Außerdem ist nicht auszuschließen, dass wir in einigen Jahren, nachdem wir die taktischen Konzepte beherrschen, die Ausbringung von Retardants erlaubt und üblich ist, tatsächlich auch mehrere Flächenflugzeuge ergänzend beschaffen und einsetzen sollten.)
        - Schwerpunktforschungs- und -ausbildungsstätten für die Vegetationsbrandbekämpfung zu errichten zu betreiben, um z.B. die Einsatzkräfte am Boden mit und ohne Fahrzeuge in allen Belangen besser schulen zu können. Dies gilt zwingend für die Einheiten, die ins Ausland fahren sollen.
    - zusammen mit den Bundesländern und allen Betreibern belastbare Übersichten zur Verfügbarkeit geeigneter Einsatzmittel, hier v.a. Luftfahrzeuge (aktuell sind das nur Hubschrauber) nach den Leistungsklassen, ihren Einsatzmöglichkeiten sowie den dazu gehörenden Sonderausrüstungen wie Außenlastbehälter bzw. vorgepackter Ausstattung aufzubauen und aktuell zu halten.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung. Die Quellen finden Sie im Anhang auf der letzten Seite.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. rer.sec. Ulrich Cimolino
Branddirektor
Vorsitzender AK Waldbrand im DFV
Sachverständiger für die Vegetationsbrandbekämpfung u.a. von DFV, vfdb und VdF NRW

Literaturhinweise:

AGDW/DFV: Bundespressekonferenz zur Vegetationsbrandlage, vom 26.08.2022, Berlin, https://www.phoenix.de/sendungen/ereignisse/phoenix-vor-ort/ua-pressekonferenz-zur-wa-a-2902623.html, abgerufen: 07.04.2023
BBK: Fähigkeitsmanagement, Bonn, 2022, https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Krisenmanagement/faehigkeitsmanagement-bund-laender_download.pdf?__blob=publicationFile&v=1, abgerufen: 07.04.2023
BMI: Gesetz über die Bundespolizei, Berlin, Stand 12/2022, https://www.gesetze-im-internet.de/bgsg_1994/BJNR297900994.html, abgerufen: 07.04.2023
BMJ: Grundgesetz, Berlin, Stand 12/2022, https://www.gesetze-im-internet.de/gg/GG.pdf, abgerufen: 07.04.2023
Brust, Stephan: Darstellung der Einsatzmöglichkeiten von Luftfahrzeugen, Vortrag, Staatliche Feuerwehrschule Würzburg, 2022
Cimolino, Dr. Ulrich: EU-Module zur Vegetationsbrandbekämpfung, in: Brandschutz 08/2019, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 2019, bestellbar: https://shop.kohlhammer.de/einsatze-bei-munitionsverdachtsflachen-978-3-00-424239-3.html
Cimolino, Dr. Ulrich: Einsätze bei Munitionsverdachtsflächen, in: Brandschutz 11/2019, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 2019, bestellbar: https://shop.kohlhammer.de/eu-module-zur-vegetationsbrandbekampfung-978-3-00-424178-5.html
Cimolino, Dr. Ulrich: Analyse der Einsatzerfahrungen und Entwicklung von Optimierungsmöglichkeiten bei der Bekämpfung von Vegetationsbränden in Deutschland, Bergische Universität Wuppertal, 2014, https://d-nb.info/1056817895/34, abgerufen: 07.04.2023
Cimolino, Dr. Ulrich: Luftfahrzeuge – Kategorisierung, in: Einsatzleiterhandbuch-Feuerwehr, Stand: 01/2023, ecomed-Verlag, Landsberg, 2023
Cimolino, Dr. Ulrich; Kesselstatt, Rudolf Graf von: Totholz – Ein Beitrag zur Versachlichung aus Sicht der Gefahrenabwehr, in: vfdb-Zeitschrift 01/2023, Ebner Media Group, Bremen, 2023
DFV: FE Sicherheit und Taktik im Vegetationsbrandeinsatz, Berlin, 2020, https://www.feuerwehrverband.de/app/uploads/2020/06/DFV-FE_Vegetationsbrand_2020.pdf, abgerufen: 07.04.2023
DFV: FE Luftfahrzeugeinsatz, Berlin, 03/2022, https://www.feuerwehrverband.de/app/uploads/2022/03/DFV-FE_Luftfahrzeuge_2022.pdf, abgerufen: 07.04.2023
DFV: Extremhitze, Trockenheit und Wind – Feuerwehrexperten warnen vor katastrophalen Bränden in der Vegetation, https://www.feuerwehrverband.de/extremhitze-trockenheit-und-wind-feuerwehrexperten-warnen-vor-katastrophalen-braenden-in-der-vegetation/, Berlin, 07/2022, abgerufen: 07.04.2023
DFV/vfdb: Positionspapier Luftfahrzeugeinsatz, 2022, https://www.vfdb.de/media/doc/positionspapiere/vfdb_DFV_Positionspapier_Luftfahrzeuge.pdf, abgerufen: 07.04.2023
Helmholtz: Dürremonitor Deutschland, 2023, https://www.ufz.de/index.php?de=37937, abgerufen: 07.04.2023
IM NRW: BHKG, Düsseldorf, 2015, https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=61120160624160758031, abgerufen: 07.04.2023
IM NRW: Polizeigesetz NRW, Düsseldorf, https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=3120071121100036031, abgerufen: 28.12.2022
IM NRW: Rettungsgesetz NRW, Fassung vom 07.04.2023, https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=10000000000000000325, abgerufen: 04.01.2023
Kesselstatt, Rudolf Graf von; Cimolino, Dr. Ulrich: Der Wald – Grundlagenwissen für die Gefahrenabwehr, in: vfdb-Zeitschrift 04/2022, Ebner Media Group, Bremen, 2022
vfdb: vfdb warnt – Brisante Entwicklung bei Vegetationsbränden, Münster, 2022, https://www.vfdb.de/newsroom/presse/vfdb-warnt-brisante-entwicklung-bei-vegetationsbraenden-1, abgerufen: 07.04.2023

Welt: Feuerwehrexperte: Wenig Hubschrauber – viel „Behördenmikado“, Die Welt vom 22.07.2022, https://www.welt.de/regionales/nrw/article240060243/Feuerwehrexperte-Wenig-Hubschrauber-viel-Behoerdenmikado.html, abgerufen: 07.04.2023
ZFK: Zusammenarbeit der Forstbehörden mit den Feuerwehren und anderen Katastrophenschutzbehörden, https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?anw_nr=7&vd_id=18958&ver=8&val=18958&sg=0&menu=0&vd_back=N, abgerufen: 07.04.2023

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)201 B

Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Bundesvorsitzender
Siegfried Maier

Tel: +49(0)212 64 56 48 56
Fax: +49(0)212 64 56 48 57
s.maier@dfeug.de
www.dfeug.de

DFeuG – Friedrichstraße 50 – 42655 Solingen

Ausschuss für Inneres und Heimat, Deutscher Bundestag
Leiter Sekretariat PA 4
Ministerialrat Dr. Heynkes
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Solingen, 10.03.2023

Stellungnahme:
Öffentliche Anhörung im Innenausschuss
Antrag der Fraktion der CDU/CSU "Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz" - BT-Drucksache 20/3693,
Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung" - BT-Drucksache 20/4418

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Heimat, des Deutschen Bundestages,

gerne nehme ich zu den zugesandten Anträgen/ Drucksachen Stellung:

In den Anträgen/ Drucksachen werden die Themen Waldbrandschutz und Waldbrandbekämpfung behandelt, bzw. Empfehlungen und Forderungen dazu beschrieben. Unter anderem werden die Forderungen zur Beschaffung von speziellen Luftfahrzeugen (Hubschrauber und Flugzeuge) zur Brandbekämpfung (Vegetationsbrände/ Waldbrände) gestellt.

Die Bekämpfung von Vegetationsbränden (hier speziell Waldbrände) stellt die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr (Feuerwehr), immer häufiger und intensiver und länger, vor große Herausforderungen.
Die Bekämpfung solcher „Feuer“ ist nur im gemeinsamen, taktisch geplanten und schnell vorgetragenen Angriffen, im gebündelten Verbund, mit verschiedensten aber auf die Einsatzlage abgestimmten Kräften und Einsatzmitteln, möglich. Im Schadensfall muss das Ziel, ein schnellstes Zusammenwirken aller zur Verfügung stehenden Kräften sein. Nur so gelingt eine gewollte Verhinderung der Ausbreitung eines Waldbrandes.

Ebenso ist es in der heutigen Zeit notwendig die Einsatzzeit für Kräfte der Feuerwehren so gering wie möglich zu halten, um die eigentlichen Standardaufgaben und Schutzziele weiterhin erfüllen zu können.
Neben den hauptamtlichen Einsatzkräften, haben auch ehrenamtliche Einsatzkräfte, unter normal Bedingungen bereits jetzt, eine Belastungsgrenze erreicht, die zusätzliche und lang anhaltende Einsatzlagen, für die Einsatzkräfte, für die Familienangehörigen und die Arbeitgeber unserer Kolleg*innen nur schwer abzuarbeiten macht.

Damit eine erfolgreiche Brandbekämpfung gelingt, sind neben geschulten Einsatzkräften, vor allem gut geschulte und beübte Führungskräfte und ein an die Anforderungen angepasstes Portfolio an Einsatzmittel (hier kämen z. B. auch die geforderten Luftfahrzeuge zum Tragen) notwendig.
Die geforderten Luftfahrzeuge werden zur Waldbrandbekämpfung immer häufiger notwendig, um Waldbrände schnell und wirksam bekämpfen zu können.
Hierzu ist es notwendig „Löschflugzeuge“ und „Lösch-Hubschrauber“ die Löschbehälter aufnehmen können, parallel vorzuhalten. Wir haben in den deutschen Waldgebieten unterschiedliche topographische Gegebenheiten, die unterschiedliche Spezifika von Lösch-Luftfahrzeuge notwendig machen.

Wichtig ist, dass benötigte Lösch-Luftfahrzeuge auch tatsächlich für Löscheinsätze zur Verfügung stehen und bei einem Einsatz solcher, keine Kosten für evtl. „Anforderer“ entstehen.
Das Löschen mit diesen Einsatzmitteln erfordert spezielles Wissen und Können, weshalb auch das Vorhalten von speziellen Flug-Crews notwendig ist.

Die Feuerwehr als Teil der „Nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr“ kann gestellte Aufgaben und Erwartungen erfüllen, wenn:

1. Theoretisches Wissen
2. Praktisches Können
3. Leistungsfähigkeit (Zahl der Einsatzkräfte, körperlich, wie auch Fahrzeug und Gerät)

vorhanden ist.

Ein Mangel eines dieser notwendigen Faktoren kann dazu führen, dass Feuerwehreinsätze keinen Erfolg haben!

Wir erleben heute, dass die Umwelt sich verändert. Es wird wärmer!
Regenperioden werden kürzer, aber heftiger. Das führt dazu, dass Boden das Regenwasser weniger gut aufnehmen kann. Auch die Böden in den Vegetationen Wald und Wiese unterliegen diesem Phänomen. Dadurch steigt die Waldbrand- Gefahr und die Zeitspannen, in denen vor Waldbrand-Gefahr gewarnt werden muss, werden länger.
Auch in unseren europäischen Nachbarländern häufen sich die Einsatzlagen „Vegetationsbrand“.
Nationale wie auch internationale Anstrengungen und Vorbereitungen zur Vorbeugung und Abwehr von Vegetations-Bränden werden immer notwendiger, wenn unser Wald nicht aufgegeben werden soll.

Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Bundesgeschäftsstelle
Friedrichstraße 50
42655 Solingen

Sitz Solingen
Amtsgericht Wuppertal
VR30151
Steuernr.: 129/5890/0158

Vorstand (§26 BGB)
Siegfried Maier (Vors.)
Lars Wieg
Daniel Dahlke

Tel: +49(0)212 64 56 48 55
Fax: +49(0)212 64 56 48 57
geschaeftsstelle@dfeug.de
www.dfeug.de

Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Bundesvorsitzender
Siegfried Maier

Tel: +49(0)212 64 56 48 56
Fax: +49(0)212 64 56 48 57
s.maier@dfeug.de
www.dfeug.de

Die vorgelegten Anträge/ Drucksachen beinhalten Forderungen zum vorbeugenden- und abwehrenden Brandschutz.
Beides ist notwendig und beides ist sinnvoll.
All die genannten und begrüßten Punkte und Forderungen helfen, die Waldbrandbekämpfung zukünftig aufrecht erhalten zu können und sind deshalb zu befürworten.

Im Einzelnen nehme ich zu den genannten Forderungen Stellung:

Drucksache 20/3693:
III.

1. Zukünftige gemeinsame und regelmäßige Waldbrandgipfel sind notwendig, um auf Veränderungen reagieren und Erkenntnisse in die Planungen aufnehmen zu können.
2. Eine zentral (BBK) gesteuerte Kartierung, in Verbindung mit Lagebildern, hilft schnell und sicher Handeln zu können.
3. Abwehrender Brandschutz wird in Deutschland zu über 95 % ehrenamtlich sichergestellt. Statistiken der Innenministerien weisen aber aus, dass weniger als 5 % der Einsatzkräfte, die hauptamtlichen Kräfte des abwehrenden Brandschutzes, mehr als 50 % aller Einsätze absolvieren. Eine weitere Steigerung der Einsatzbelastung, durch oft auftretende und lang dauernde Waldbrände ist für alle Beteiligten nicht leistbar. Einsatzzeiten für Waldbrände müssen, über optimale Vorbereitung, technische Unterstützung und schnelle Eingriffszeiten, so kurz wie möglich gehalten werden.
4. Feuerwehreinsatzkräfte werden überall gesucht. Es ist notwendig zu motivieren und die vorhandenen Kräfte mit moderner persönlicher Schutzausrüstung, auf die Besonderheiten der Einsatzlagen Waldbrand ausgelegt, bestmöglich zu schützen.
5. Wie bereits oben dargestellt, sind Löschflugzeuge aus heutiger Sicht nun notwendige Investitionen, um auf die spürbaren Entwicklungen zu reagieren.
6. Um zukünftig eine schlagkräftige Waldbrandbekämpfung durchführen zu können, sind Einsatzmittel wie Löschflugzeuge und Löschhubschrauber unabdingbar. Gemeinsame und abgestimmte Beschaffungen können hier der richtige Weg sein.
7. Eine frühzeitige Erkennung von Waldbränden führt dazu, dass die Bekämpfung dieser frühzeitig eingeleitet werden kann. Alle Möglichkeiten zu einer frühzeitigen Erkennung sind zu nutzen.
8. Eine gemeinsame EU weite Flotte von Löschflugzeugen sollte forciert werden.
9. Die Beschaffung von Helikoptern und die Ausbildung von Pilot*innen, für Bundes- wie Landesorganisationen muss immer den Aspekt der Anwendbarkeit für Vegetationsbrandbekämpfung beinhalten.
10. Um die Räumung munitionsverseuchter Waldgebiete zu unterstützen, sind alle und gemeinsame Anstrengungen notwendig.
11. Wege und Straßen, in Waldgebieten, können und werden in der Waldbrandbekämpfung präventiv wie aktiv genutzt. Um dies bestmöglich nutzen zu können, ist eine aktive Einbeziehung aller Waldbesitzer notwendig.

Löschwasserbrunnen sollten als Löschwasserdepots aktiv gefordert und gefördert werden.

12. Über die Art und Weise der Bepflanzung von Wald kann positiv Einfluss auf evtl. Waldbrandverläufe genommen werden. Dies sollte ebenfalls in Planungen und Förderungen mit eingebaut werden.
13. Analysen und Schlussfolgerungen über Totholz können helfen, Waldbrandszenarien zu reduzieren.
14. Das Zuwachsen lassen von Wegen, ist aus Sicht der Feuerwehr zu vermeiden.
15. Auf Verbote, die das Ziel haben Waldbrände zu verhindern, ist hinzuweisen. Solche Verbote müssen erkennbar durchgesetzt werden.
16. Brandstiftung ist, merklich, zu sanktionieren
17. Alle Möglichkeiten zur Prävention und Aufklärung von Waldbrandstiftung ist zu nutzen. Hier kann Europa weite Zusammenarbeit sicher helfen.

Drucksache 20/4418:
II.

1. Konzepte und Einsatzpläne zur Bekämpfung von Waldbränden sind schnellsmöglich vorzubereiten, vorzuhalten und Lagezentren und Einsatzstäben zur Verfügung zu stellen.
2. Bundesweite luftverlegbare Brandbekämpfungseinheiten müssen aufgestellt werden und zur Verfügung stehen. Mit solchen könnte ein Beitrag zur europäischen RescEU geleistet werden.
3. Über ein bundesweites Konzept und eine Vorhaltung von Löschhubschraubern und Löschflugzeugen, kann auf Notwendigkeiten zur Waldbrandbekämpfung reagiert werden.
4. Löschflugzeuge sind aus heutiger Sicht Einsatzmittel die besonderem Feuerwehrt-Taktischem Wert. Diese sollten in der notwendigen Zahl angeschafft werden. Diese könnten grenzüberschreitend eingesetzt werden.
5. Eine Prüfung, ob bereits vorhandene Agrarflugzeuge zu Löschflugzeugen umgerüstet werden können, sollte vorgenommen werden. Diese könnten, bei positivem Ergebnis, als Übergang eingesetzt werden.

Ich hoffe mit den getätigten Ausführungen konnte ich Ihnen einige Punkte näher bringen. Gerne stehe ich für weitere Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Siegfried Maier

Bundesvorsitzender
Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft

Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Bundesgeschäftsstelle
Friedrichstraße 50
42655 Solingen

Sitz Solingen
Amtsgericht Wuppertal
VR30151
Steuernr.: 129/5890/0158

Vorstand (§26 BGB)
Siegfried Maier (Vors.)
Lars Wieg
Daniel Dahlke

Tel: +49(0)212 64 56 48 55
Fax: +49(0)212 64 56 48 57
geschaeftsstelle@dfeug.de
www.dfeug.de

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)201 C

Öffentliche Anhörung am

Montag, 17. April 2023 im

Ausschuss für Inneres und Heimat des

Deutschen Bundestages

W A L D B R A N D S C H U T Z

Prof. Hermann Schröder, 12. April 2023

1 Vorbemerkung

Im Sommer 2022 wurde Deutschland von bundesweit beachteten Waldbränden heimgesucht; der Sommer war zuvor von einer langandauernden niederschlagsfreien Hitzeperiode geprägt. Gerade in Nadelholzreinbeständen, auf stark ausgetrockneten, sandigen Böden und an vielen Stellen mit verdorrter Vegetation führte dies zu einem hohen Waldbrandrisiko. Verschärft hatte sich die Situation aufgrund der sich in den letzten fünf Jahren wiederholenden Dürreperioden und einer anhaltenden Borkenkäferkalamität in Fichtenbeständen.

Bemerkenswert war auch die Gleichzeitigkeit der Waldbrände, die sich mit der extremen Wettersituation erklären lässt. Insbesondere der Freistaat Sachsen war zeitgleich mit drei Waldbränden gefordert. Auch brannte es in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt auf größeren, und teilweise munitionsbelasteten Waldflächen. Die Einsatzkräfte und die Verwaltungen standen über mehrere Wochen vor großen Herausforderungen.

Alle Einsätze waren durch die schwere Zugänglichkeit für die Einsatzkräfte geprägt. Dies war zum einen munitionsbelasteten Flächen geschuldet, zum anderen der schwierigen Topographie sowie windbeeinflussten und oft nicht vorhersehbaren Brandausbreitungen.

Die Brände stießen in ganz Deutschland auf großes Medieninteresse und haben vielerorts Überlegungen über eine Verbesserung des Waldbrandschutzes nach sich gezogen.

Aufgrund der begrenzten Zeitspanne für das Statement erlaube ich mir, auf zwei informative Quellen zu Aspekten des Waldbrandschutzes hinzuweisen. Diese enthalten wesentliche Aussagen zu notwendigen Maßnahmen für eine Verbesserung des Waldbrandschutzes:

- Im Freistaat Sachsen hat die Staatsregierung in einem „lessons-learned-Prozess“ wissenschaftliche Gutachten in Auftrag gegeben und eine Expertenkommission „Waldbrände Sommer 2022“ eingerichtet. Der Bericht liegt unter https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/bericht-experten-kommission-waldbraende-sommer-2022-sachsen.pdf vor und enthält zahlreiche Empfehlungen zum Brandschutz, zum Katastrophenschutz, der staatlichen Gefahrenabwehr sowie zur Forstwirtschaft und zur Waldentwicklung.
- Bereits vor den Waldbränden 2022 hatten sich die zuständigen Behörden der Walbrandthematik angenommen. So verabschiedete die Ständige Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder (IMK) in ihrer 211. Sitzung vom 04. bis 06. 12. 2019 die Nationale Vegetationsbrandbekämpfungsstrategie: https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2019-12-04_06/anlage-zu-top-44.pdf;jsessionid=2B1F126BA97576E1552C93C9D542E0AD.1_cid382?__blob=publicationFile&v=2

2 Vorschläge aus Sicht der Gefahrenabwehr

Der Berichterstatter verweist zunächst auf die in der Vorbemerkung genannten Quellen.

Nachfolgend sind drei Themenbereiche dargestellt, die Bundeskompetenz betreffen und deshalb in der Anhörung von zentraler Bedeutung sind und/oder die in der öffentlichen Diskussion bisher keine oder zu wenig Beachtung erfahren haben.

Für Fragen zu den anderen Themen in den vorliegenden Anträgen steht der Berichterstatter gerne in der Fragerunde zur Verfügung.

2.1 Prävention im Sinne eines Vorbeugenden Waldbrandschutzes

Der Klimawandel wirkt sich auch auf die Wälder spürbar aus und wird zukünftig auch Einfluss auf das Waldbrandrandrisiko und den Waldbrandschutz haben. Unsere Wälder werden sich in den nächsten Jahren in dessen Folge verändern, ja verändern müssen.

Diese Veränderungsprozesse werden aber auch die Möglichkeit bieten, die Belange der Waldentwicklung und Notwendigkeiten des Brandschutzes nicht als Gegenpole zu sehen; **Brandschutz und Waldentwicklung müssen vielmehr in enger Partnerschaft und Hand in Hand entwickelt werden**. Nur dann wird es möglich sein, wirtschaftliche, den Belangen der Biodiversität genügende und der Sicherheit entsprechende Konzepte zu entwickeln.

Derzeit richtet sich der Blick in der Bestrebung nach einem besseren Waldbrandschutz meist auf die abwehrende Gefahrenabwehr. Dabei wird ein zentraler Aspekt nicht ausreichend berücksichtigt: So wie wir beispielsweise im Bauwesen dem Abwehrenden Brandschutz einen guten Vorbeugenden Brandschutz zur Seite stellen, so müssen wir künftig auch einen Vorbeugenden Waldbrandschutz implementieren und dessen Belange gemeinsam mit den forstlichen Partnern entwickeln und anwenden. Eine frühzeitige Abstimmung erzeugt Synergien, die Waldbrände vermeiden, den Feuerwehren einen effektiven Einsatz ermöglichen und letztendlich die Menschen und die Natur zu schützen.

Im Mittelpunkt forstwirtschaftlicher Überlegungen steht ein zügiger Waldumbau von Nadelholzreinbeständen hin zu strukturreichen Mischwäldern mit einem hohen Anteil an klimastabilen, standortheimischen Laubbäumen; dieser Umbau dient auch dem Waldbrandschutz. Damit ist aber dem Waldbrandschutz noch nicht vollumfänglich genüge getan. So bringt beispielsweise die Ausweitung naturnaher Wälder zur Verbesserung der Biodiversität eine veränderte Situation auch für den Brandschutz. Eine Situation, die leicht lösbar ist, wenn man die Folgen für den Brandschutz von Anfang an mitbedenkt und Lösungen erarbeitet. Dies gleichermaßen für den Staatswald, den Körperschaftswald und den Privatwald.

Der Gesetzgeber kann hierzu die entscheidenden Weichen stellen, in dem er die Belange des Waldbrandschutzes künftig auch rechtlich verankert. So könnte der Bund einen beispiel- und zielgebenden Anfang machen, indem er im „Gesetz des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft“ (Bundeswaldgesetz) beispielsweise in § 11 (2) „Bewirtschaftung des Waldes“ aufnimmt, dass bei der Bewirtschaftung des Waldes auch die Belange des Brandschutzes angemessen zu berücksichtigen sind. Ähnliches und Ergänzendes müsste in Landesgesetzen, Rechtsverordnungen oder Verwaltungsvorschriften künftig stets mitbedacht und aufgenommen werden. **Wenn durch einen Vorbeugenden Waldbrandschutz den Feuerwehren die Voraussetzungen für einen erfolgreichen und sicheren Einsatz gegeben sind, werden auch in Zukunft Waldbrände erfolgreich bekämpft werden können.**

2.2 Unterstützung der Brandbekämpfung aus der Luft

Walbrände sind aufwachsende und dynamische Lagen. In solchen Lagen ist ein schnelles Eingreifen notwendig, um das Aufwachsen kleiner Entstehungsbrände zu Großbränden zu verhindern. Treffend beschreibt dies Prof. Dr. Michael Müller in seiner Gutachterlichen Stellungnahme zum Waldbrand in der Sächsischen Schweiz im Jahr 2022: „Bei mehr als 99 % aller Waldbrandereignisse in Deutschland […] werden diese innerhalb von maximal zwei Stunden unter Kontrolle gebracht […].“

Bei mehreren Waldbränden im Jahr 2022 wurden die bodengebundenen Einsatzkräfte bei der Brandbekämpfung mit Luftfahrzeugen unterstützt. In der Regel kamen Hubschrauber zum Einsatz. Am Brocken wurde ein Flugzeug über das RescEU-Verfahren alarmiert und eingesetzt.

Vorab gilt es aber festzustellen, dass Waldbrände am Boden bekämpft werden und der Einsatz von Luftfahrzeugen als unterstützende Maßnahme gesehen werden kann.

In den letzten Jahren hat die luftunterstütze Brandbekämpfung bei Vegetationsbränden an Bedeutung gewonnen. So hat auch die IMK auf der 211. Sitzung vom 05. bis 06.12.2019 unter TOP 44 das Strategiepapier „Nationale Vegetationsbrandbekämpfungsstrategie“ verabschiedet. Darin wurde zur luftgebundenen Unterstützung bei der Brandbekämpfung folgendes festgestellt:

> *„Für die luftgebundene Unterstützung der Brandbekämpfung werden Hubschrauber mit Löschwasseraußenlastbehältern als geeignetes Einsatzmittel für Deutschland angesehen. Für schnelle Soforteinsätze soll in Ländern mit schwieriger Topografie oder mit Kampfmittelbelastung die Aufrüstung von Polizeihubschraubern mit kleinen Traglasten (bis 1.000 Liter Wasser) geprüft werden. Zur Luftunterstützung bei großflächigen Vegetationsbränden sind Hubschrauber mit größeren Traglasten ein geeignetes Einsatzmittel.“*

Weiter steht im zugehörigen Arbeitsplan des Strategiepapiers unter Stufe 3 als Aufgabe des Bundes und der Länder, dass die *„Möglichkeit zur großflächigen Waldbrandbekämpfung aus der Luft sichergestellt* werden soll. *„Hierzu sollen Hubschrauber zum Einsatz von größeren Löschwassermengen (kompatibel mit EU-Anforderungen) beschafft oder ertüchtig werden. Alternativ sollen Verträge mit privaten Anbietern“* abgeschossen werden. Auch soll ein *„Verfügbarkeitsmanagement der bundes- und länderseitigen Fähigkeiten über das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) aufgebaut“* werden.

2.2.1 Hubschrauber

Entscheidend ist, schnell mit der Brandbekämpfung zu beginnen und einen Waldbrand möglichst noch in der Entstehungsphase zu löschen; in der Regel erfolgt dies durch bodengebundene Einsatzkräfte. Dort, wo dies nicht problemlos möglich ist, nämlich in topografisch schwierigem Gelände und auf am Boden nicht betretbare Flächen stellen Hubschrauber mit Löschwasseraußenlastbehältern eine wirkungsvolle Einsatzvariante dar. Anzumerken bleibt, dass auch über Flächen mit Munitionsbelastung dieser Einsatz begrenzt ist (siehe unter 2.3). Die Länder haben hierzu Maschinen der Polizeihubschrauberstaffeln bereits ertüchtigt oder damit begonnen. Deren Tragekapazität ist regelhaft auf 1.000 Liter Löschwasser begrenzt.

Hubschrauber mit einer größeren Traglast können ggf. von Bundespolizei und Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden und werden insbesondere dann benötigt, wenn ausgedehnter Waldbrände bekämpft werden müssen. Da eine Beschaffung und der Betrieb von solch kostenintensiven Maschinen alleine für die Brandbekämpfung nicht annähernd wirtschaftlich dargestellt werden können, muss staatlicherseits auf Möglichkeiten mit Mehrfachnutzen zurückgegriffen werden. Hierfür bieten sich Bundeswehr und Bundespolizei an.

Von Seiten des Bundes sollte daher geprüft werden, ob auch aus Gründen des immer bedeutender werden Zivilschutzes und der Landesverteidigung zusätzliche und mehrfachnutzbare Hubschrauber bereitgestellt werden können, die auch bei der Waldbrandbekämpfung eingesetzt werden können. Neben der Unterstützung bei der Waldbrandbekämpfung können solche Hubschrauber auch bei vielfältigen Aufgaben der Lagefeststellung, beim Transport von Mannschaft und Gerät, beim Transport Verletzter sowie bei der Windenrettung eingesetzt werden.

2.2.2 Löschflugzeuge

Was den Einsatz von Löschflugzeugen anbelangt, wurde in Deutschland bisher auf die Möglichkeit der Anforderung von in südeuropäischen Ländern vorhandenen Löschflugzeugen über das EU-Katastrophenschutzverfahren verwiesen. Dies gilt grundsätzlich sowohl für die Länder als auch für die Fachebene der Feuerwehren, wobei in den zurückliegenden Jahren vereinzelt der Wunsch nach Vorhaltung eigener Löschflugzeuge in Deutschland wieder aufkam.

An dieser Stelle sei auf einen der Grundgedanken des EU-Katastrophenschutzverfahrens hingewiesen. Hiernach muss das bei der Beschaffung aus EU-Mitteln unterstützte Land einen grundsätzlichen Eigenbedarf sehen und es muss daher auch für den oft kostenintensiven Betrieb und die Unterhaltung aufkommen. Im Falle von Löschflugzeugen ist dies bisher in Mittelmeerstaaten aufgrund der dortigen waldbaulichen, klimatischen und auch feuerwehrspezifischen Gegebenheiten als Notwendigkeit gesehen worden.

Nach den Waldbrandeinsätzen im Sommer haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder auf ihrer Jahreskonferenz vom 19. bis 21.10.2022 unter Punkt 4 einer Gesamtbeschlussfassung zum „Bevölkerungsschutz/Zivil- und Katastrophenschutz/Waldbrandbekämpfung“ folgenden Beschluss gefasst:

> *„Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten den Bund vor dem Hintergrund der verheerenden Waldbrände im Sommer 2022 zu prüfen, ob im Rahmen der europäischen Kapazitätsreserve für den Katastrophenschutz eine Europäische Löschflugzeugstaffel in Deutschland stationiert werden kann.“*

Aus feuerwehrfachlicher Sicht unterscheidet sich Deutschland derzeit doch (noch) von anderen Mitgliedsstaaten (waldbauliche, klimatische und feuerwehrspezifische Gegebenheiten). Der Einsatzwert von Löschflugzeugen im Vergleich zu Hubschraubern darf für unsere Wälder nicht überschätzt und muss sachlich richtig eingeordnet werden.

Die Ausstattung mit Löschflugzeugen muss daher derzeit nicht mit oberster Priorität betrieben werden. Gleichwohl sollten die derzeit in zwei Ländern initiierten Projekte zum Einsatz von Löschflugzeugen intensiv begleitet werden und auch in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der Waldbrandlage in Deutschland sukzessive bewertet werden.

Unabhängig vom weiteren Beratungsverlauf zur Stationierung von Löschflugzeugen in Deutschland sind in den Ländern **Einsatzplanungen für die Aufnahmemöglichkeiten von Löschwasser durch Löschflugzeuge voranzutreiben**. Eine solche Planung ist unabhängig davon, woher die Löschflugzeuge kommen; sie ist Voraussetzung für deren Einsatz. Auch auf die Möglichkeit der Löschwasserbetankung über vorbereitete Rohrleitungssysteme an Landebahnen von Flugplätzen, wie in Frankreich vorgesehen, sei hingewiesen.

Bei einer eventuell anstehenden Entscheidung über eine Beschaffung und Einbindung von Löschflugzeugen über bzw. in das EU-Katastrophenschutzverfahren sollte sich der Bund in der Beschaffung aber insbesondere beim Betrieb und der Unterhaltung in der Pflicht sehen; handelt es sich hierbei um Maßnahmen, die die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Länder übersteigen.

2.2.3 Übernahme der Einsatzkosten

Im Zusammenhang mit der Luftunterstützung sei auf ein zwar banal klingendes aber für den Einsatz mitentscheidendes Thema hingewiesen: die Kostentragung für den Einsatz der Hubschrauber.

Gerade in den einsatzentscheidenden ersten Phasen eines Waldbrandes müssen von den Zuständigen kostenintensive Entscheidungen über den Einsatz von Luftrettungsmitteln getroffen werden. Häufig sind diese Zuständigen auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Gemeinden, deren Gemeindehaushalt durch die Kostentragung eines Luftfahrzeugeinsatzes über Gebühr belastet werden würde. Letztendlich entscheidet man sich zwar für den Einsatz; dies jedoch in der Hoffnung, dass auf eine Kostenerstattung letztendlich von Bund oder Land verzichtet wird. Was letztendlich ja dann in der Praxis in aller Regel auf dem Verwaltungswege dann auch geschieht.

Um jede Erschwernis und jeden Zeitverzug im Einsatz zu vermeiden, ist eine Regelung anzustreben, wonach der Verzicht auf die Kostenerstattung immer zugesichert ist, wenn die Entscheidung auf Gewährung der Amtshilfe vom hierfür Zuständigen getroffen wurde. Dies gilt für Bund und Länder gleichermaßen.

2.3 Waldbrände auf munitionsbelasteten Flächen

Unsere Feuerwehren sind bei Waldbränden immer dann erfolgreich, wenn sie die Brandflächen mit den Löschfahrzeugen schnell erreichen und den Löschangriff zeitnah durchführen können. Dem sind auf munitionsbelasteten Flächen Grenzen gesetzt. Eine besondere Gefährdung ergibt sich, weil bei einem Brand mit einer Temperaturbelastung der im Boden liegenden Munition und mit einer nachfolgenden Explosion bzw. Detonation gerechnet werden muss. Die Einsatzleitungen müssen daher festlegen, welche Mindestabstände die Einsatzkräfte vom Gefahrenobjekt (Sicherheitsabstand) mindestens einhalten müssen. Ebenso muss ein Absperrbereich festgelegt werden, innerhalb dessen sich mit Ausnahme der Einsatzkräfte, niemand aufhalten darf; dies kann auch die Evakuierung von Wohngebieten bedeuten.

Der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) empfiehlt ländereinheitlich grundsätzlich einen Absperrbereich von 1.000 Metern für alle Personen. Die Feuerwehr-Dienstvorschrift (FwDV) 500 (2022) Einheiten im ABC-Einsatz legt in Abschnitt 4.4.2.1 Gefahrenbereich fest: *„Ist bekannt* […]*, dass es sich um militärische Munition* […] *handelt, ist der Abstand vom Gefahrenobjekt bei ausreichender Deckung auf mindestens 500 m und der Absperrbereich auf 1.*000 m *zu erweitern“.* Dieser Abstand ist übrigens auch von Luftfahrzeugen einzuhalten, was deren Einsatz in diesen Gebieten mindestens begrenzt, oft sogar ausschließt.

Im Mittelpunkt aller Bemühungen muss immer der Schutz der Bevölkerung und der Einsatzkräfte stehen und damit die Beräumung von munitionsbelasteten Flächen in unmittelbarer Nähe von bebautem Gebiet und von Waldbrandschutz-Schneisen, die die Feuerwehr zum Abriegeln von sich ausbreitender Waldbrände nutzt. Auf diesen Flächen ist eine Beräumung prioritär vorzunehmen.

Da eine zeitnahe Beräumung der munitionsbelasteten Flächen nicht absehbar ist und sich für die betroffenen Länder kaum in angemessener Zeit als lösbar darstellt, könnte der Bund durch eine personelle, finanzielle oder materielle Unterstützung zu einer Entschärfung der Situation beitragen. Gegebenenfalls sollten die zu früheren Zeiten getroffenen Regelungen unter dem Aspekt der Auswirkungen des Klimawandels auf das Waldbrandrisiko nochmals beleuchtet werden. Dies auch deshalb, weil einer solchen Belastung eine bundesweite Ursache zugrunde liegt.

Der Bund sollte die Möglichkeit einer Beteiligung bei der Räumung von munitionsbelasteten Waldgebieten insbesondere in der Nähe von bebauten Flächen und von zur Brandbekämpfung vorgesehenen Flächen prüfen und hierbei weitest möglich unterstützen.

Ebenso sollte in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern der Einsatz von gepanzerten Fahrzeugen der Bundeswehr bei der Brandbekämpfung geprüft und beplant werden.

3 Schlussbemerkung

Waldentwicklung und Waldbrandschutz sind in einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess einzubinden. Nicht als „Gegenspieler“, sondern als gutes Beispiel, wie risikobehaftete Entwicklungen frühzeitig von sicherheitsrelevanten Überlegungen begleitet und damit akzeptierbar gestaltet werden können.

Der Klimawandel wird Veränderungen in der Waldentwicklung mit sich bringen, die auch den Waldbrandschutz betreffen. Neben dem Abwehrenden Waldbrandschutz müssen wir durch einen guten Vorbeugenden Waldbrandschutz den Feuerwehren und den in der Gefahrenabwehr mitwirkenden Organisationen und staatlichen Einrichtungen ermöglichen, auch künftig Waldbrände erfolgreich zu bekämpfen.

Waldbrandschutz ist eine ressortübergreifende und Verwaltungsebenen übergreifende Aufgabe, die als Gemeinschaftsaufgabe begriffen und gelöst werden muss.

EUROPEAN FOREST INSTITUTE

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)201 D

Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages: „Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz“ (Fraktion CDU / CSU) und „Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung“ (Fraktion DIE LINKE), 17. April 2023

Stellungnahme von Alexander Held, Senior Experte für Feuer, Waldbau und Wild am European Forest Institute EFI, Resilience Program. Platz der Vereinten Nationen 7, 53113 Bonn, Deutschland.
Email: alexander.held@efi.int ,www.waldbrand-klima-resilienz.com

Hintergrund

Durch den Klimawandel forcierte Extremereignisse wie Starkniederschläge und Hitze- bzw. Trockenperioden haben in den letzten Jahren zu großflächigen Waldschäden in Deutschland geführt. Die Effekte von Klimaextremen können durch vitalen, arten- und strukturreichen (sprich naturnahen) Wald gepuffert und abgemildert werden und dieser kann gleichzeitig durch Kohlenstoffbindung aktiv zum Klimaschutz beitragen. Auch sind Ziele des EU Green Deal wie die Förderung der Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft ohne die Ressourcen einer multifunktionalen Forstwirtschaft nicht erreichbar. Der Schutz bzw. die Entwicklung resilienter Wälder muss daher allerhöchste Priorität haben.

Zunehmende Vegetationsbrände sind ein sichtbares Symptom des Klimawandels, die durch teilweise wenig nachhaltige Bewirtschaftungsformen in Land- und Forstwirtschaft verstärkt werden. Vegetationsbrände sind für Deutschland ein relativ neues Phänomen. Das Grundlagen-Verständnis und die Analyse der vielfältigen Wechselbeziehungen der sogenannten Feuerverhaltensfaktoren müssen also noch erlernt werden.
Entsprechend wird oft eine etwas vereinfachte Wahrnehmung des Themas in den Diskussionen zum zukünftigen Umgang mit der Herausforderung sichtbar.

Die Menge an verfügbarer Biomasse und die beobachteten als auch prognostizierten Entwicklungen des Klimas machen eines mehr als deutlich klar: Auch in Deutschland gibt es keine Zukunft ohne Feuer. Weltweit – von Australien über Europa bis Kalifornien –sehen wir: Auch die beste feuerwehr-technische Ausrüstung ist kein Garant für ein Leben ohne (Schad-)Feuer. Was bedeutet das nun für Deutschland?
Wir müssen lernen, uns dementsprechend vorbereiten, in einer Welt mit mehr oder weniger regelmäßigen Vegetationsbränden zurecht zu kommen. Dieses *„Living with Fire“* kann funktionieren, wenn Feuer unter der sogenannten *Kontrollschwelle* brennen, denn dann sind Feuer effektiv kontrollierbar, richten weniger Schäden an und bedeuten mehr Sicherheit für die Einsatzkräfte. Zudem gestaltet sich die Restaurierung der Brandflächen einfacher. Brennen Feuer jenseits dieser Kontrollschwelle, auch hier hilft wieder ein Blick nach Australien, Mittelmeerraum

oder, Kalifornien, ist die Feuerwehr oft machtlos, bis sich nicht zu kontrollierende Faktoren, wie zum Beispiel das Wetter ändern.
Um das Phänomen Vegetationsbrand zu verstehen (und daraus Prävention und Bekämpfung herzuleiten) ist es von grundlegender Bedeutung die Feuerverhaltensfaktoren[1] zu begreifen und vor allem ihre sich ständig ändernden Wechselbeziehungen auf die Feuerintensität / Kontrollschwelle in Zeit und Raum.
Einige dieser Faktoren kann der Mensch nicht beeinflussen, andere wie z.B. die Brennmaterialeigenschaften und Brennmaterialverfügbarkeit jedoch sehr wohl.
Artenreicher, strukturreicher, vitaler Dauerwald hat aufgrund seines Waldinnenklimas, Wasserspeicherkapazität und Brennmaterialeigenschaften hier viele Vorteile. Sind darüber hinaus gut befahrbare Waldwege als Schutzzonen mit reduzierter Brandlast ausgestaltet, dienen diese als vordefinierte Auffanglinien.
In diesem Zusammenhang muss die unbestrittene Rolle von Totholz für das „Immunsystem des Waldes“ angesprochen werden. Je nach Menge, Art und Zustand des Totholzes ist aber ein zeitlich-räumliches Totholz-Konzept vonnöten, um die Feuer-Resilienz gerade in Schutz und Pufferzonen nicht zu konterkarieren.
Aber, auch der naturnahe Dauerwald wird nach wochenlanger Dürre natürlich brennbar. Gleichwohl wird er weniger intensiv und schädlich brennen und die Wiederherstellung ist deutlich einfacher.

Vision, Ziel, Richtung

Legen wir in Deutschland nun den Fokus auf Technik oder auch auf das *System Waldbrand*? Eine Diskussion um Technik, wie heute hier z.B. um die Feuerbekämpfung aus der Luft, macht nur Sinn, wenn Ziel und Strategie klar sind. Technik allein macht das *System und Management von Vegetationsbränden* nicht nachhaltig. Der Technikfokus ist naiv, siehe zahllose Beispiele von Australien über Griechenland bis Kalifornien: Wenn viel Technik die Lösung wäre, dürfte es in Kalifornien eigentlich keine großen Brände mehr geben….
Dringend muss daher dem Forstsektor, inklusive dem Privatwald, Hilfestellung geboten werden um die EU-Fördermöglichkeiten (z.B. via GAP der EU) für Waldbrand-Prävention bekannter zu machen, sodass Unterstützung bei Antragsstellung geleistet werden kann.

Living with Fire? Aber wie?

Wir können durch Verbesserung von Ausbildung, Ausrüstung, Technik und Taktik die *Feuerwehr-Kontrollschwelle* anheben.
Angesichts der dramatischen Entwicklungen ist eine reine Steigerung der Effizienz (der Bekämpfung) allerdings nicht mehr ausreichend, die Steigerung der Resilienz ist zwingend, um die *Feuer-Kontrollschwelle* zu beeinflussen.

[1] Zusammenspiel der Wirkungen auf Entstehung und Ausbreitung von Vegetationsbränden: Wetter (Wind, Temperatur, Luftfeuchte), Topografie (Exposition, Geländeform), Brennmaterial (Menge, Art, Struktur, Feuchtegehalt)

Die Feuerwehr kann nur dann sicher und effizient arbeiten, wenn wir resilientere Landschaften ermöglichen und gestalten. Landschaften, die weniger intensiv brennen und in denen kurzfristig-technische sowie langfristig-konzeptionelle Maßnahmen des präventiven Brandschutzes ineinandergreifen.

Politik schafft Rahmenbedingungen: Der Ansatz muss ganzheitlich sein im Sinne von „integrated fire management[2]“, erst dann macht Investition in Technik Sinn. Ansonsten bleiben diese Investitionen Symbolpolitik am Symptom, der Fehler im System ist aber nicht behoben. Investitionen in Zivilschutz (z.B. via RescEU) und Aufbau von Kompetenz z.B. am BBK ist gut, sollte aber vom Verständnis getragen sein, dass Vegetationsbrand ein vielschichtiges Phänomen ist, dessen Wechselbeziehungen Rechnung getragen werden muss. Alle Akteure aus Forst, Zivilschutz, Bergwacht, Umweltschutz, Tourismus, Privatwirtschaft und Politik müssen zusammenarbeiten, damit eine reibungslose, zielführende Koordination gesichert werden kann.

Hinweise zu einigen Punkten aus den Anträgen:

In die Strategie-Werkzeugkiste eines Feuermanagers gehören viele verschiedene „Tools“. Die Schutzgüter Leben, Besitz, Infrastruktur und der Klima-Wald in sich selbst, rechtfertigt im dichtbesiedelten Deutschland durchaus den Einsatz von Hubschraubern als auch einer Flotte von kleinen Löschflugzeugen (Single Engine Airtankers SEATs). Allerdings nur dann, wenn die anderen Aufgaben des „integrated fire managements“ ebenso finanziert und erfüllt werden und ausreichend Verständnis und Schulung der Einsatzkräfte, dazu zählen auch gemeinsame Übungen von Luft und Boden, gewährleistet werden.

- Feuerbekämpfung aus der Luft: Die Fachempfehlung[3] des WKR-Projektes fasst die Grundsätze und Einsatz-Prinzipien anschaulich zusammen. In Kurzform:

    - Ohne Feuermanagement auf dem Boden, ist Feuerbekämpfung aus der Luft nicht effektiv
    - Feuerbekämpfung aus der Luft ist besonders im schnellen Erstangriff wirksam, nicht am Tag 3 eines Brandes!
    - Hubschrauber und Löschflugzeug haben unterschiedliches Einsatzspektrum, daher idealerweise beide Luftfahrzeugtypen vorhalten.
    - Für Deutschland geeignet und kosteneffektiv sind sogenannte Single Engine Airtankers SEAT, z.B. der Airtractor AT-802

[2] Siehe: https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/0b74e77d-f389-11e8-9982-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-91693190 und https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/4e6cc1f1-8b8a-11eb-b85c-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-283871572

[3] https://www.waldbrand-klima-resilienz.com/_files/ugd/bf6978_5d4d45bd7762419ba7a9c68eba22aed4.pdf

- Waldumbau: Die Förderung muss qualitativ nachbessern, sonst laufen wir Gefahr, dass die Fördergelder im wahrsten Sinne aufgefressen werden (selektive Entmischung durch verbeißendes Schalenwild). Auch die Rolle der klimagerechten Jagd (auch zur Feuerprävention) muss hervorgehoben werden.

Daher:

- Zusätzlich zu Investitionen in Zivilschutz / Technik sind dringend nötig: Permanente Finanzierung einer unabhängigen, wissenschaftlich freien, „Plattform Waldbrand" auf Bundesebene, im Tandem mit solchen Plattformen auf Länderebene. Diese Plattformen können ganzheitliche Ansätze der Forschung, Beratung, Führung, internationaler Austausch, etc. den Ländern, Verwaltungen, Feuerwehren und Waldbesitzern zur Verfügung stellen. Dies ist jedoch nicht leistbar wie bisher mit Kurzzeitprojekten! Siehe Beispiel WKR Projekt (befristet auf 3 Jahre!!, Mehrwert für die Länder / Nutzer aber enorm hilfreich: www.waldbrand-klima-resilienz.com

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)201 E

Sehr geehrter Ministerialrat Dr. Heynckes,

sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Heimat, des Deutschen Bundestages,

sehr geehrte Damen und Herren,

vorab zur Einordnung: @fire ist eine Hilfsorganisation in der Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins, welche sich überwiegend aus deutschen Feuerwehrleuten und Forstmitarbeitenden zusammensetzt. Wir haben uns vor 20 Jahren gegründet mit der Intention, Auslandshilfe bei Vegetationsbränden durch deutsche Feuerwehrangehörige zu leisten. Zum Aufbau operativer Einheiten ist dafür unter anderem ein enger Austausch und der Aufbau von Expertise in den Methoden und Techniken der Brandbekämpfung im europäischen Ausland und in den USA notwendig. So nehmen unsere Mitglieder regelmäßig an Ausbildungen und Praktika im internationalen Umfeld teil.

Mit dem Beginn der Dürreperiode im Jahr 2018 wurde diese Expertise vermehrt auch im Inland angefordert. So bilden wir jährlich mit zunehmender Tendenz ca. 60-100 Feuerwehren in der Vegetationsbrandbekämpfung aus. Ferner werden auch Einheiten von @fire von Feuerwehren und Einsatzleitungen für die Übernahme von speziellen Tätigkeiten angefordert. Dazu gehörten z.B. im letzten Jahr:

- Großwaldbrand Beelitz (Brandenburg): Fachberatung, Verteidigung einer Siedlung, Anlegen eines Gegenfeuers.
- Großwaldbrand Falkenberg (Brandenburg): Fachberatung, Anlegen eines Gegenfeuers.
- Großwaldbrand Elbsandsteingebirge (Sachsen): Abschnittsleitung Luft, Anlegen eines Gegenfeuers, Einsatz einer luftmobilen Löschmannschaft.
- Großwaldbrand Harz (Sachsen-Anhalt), Abschnittsleitung Luft, Einsatz einer luftmobilen Löschmannschaft.
- Unterstützung der Feuerwehren im Kreis Penela (Portugal).
- Einsatz des EU-Modules der Feuerwehr Bonn in Südfrankreich: Stellung eines Fachberaters.

© 2023 @fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.

@fire hat dadurch, einen Überblick über im Ausland bewährte Praktiken, einschließlich der Brandbekämpfung aus der Luft bei gleichzeitiger profunder Kenntnis über die in Deutschland vorhandene Struktur des Brandschutzwesens.

Grundsätzlich unterstützen wir die Positionen des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes, kurz vfdb, an denen wir zum Teil mitgearbeitet haben:

- https://www.feuerwehrverband.de/app/uploads/2022/03/DFV-FE_Luftfahrzeuge_2022.pdf
- https://www.vfdb.de/media/doc/positionspapiere/vfdb_DFV_Positionspapier_Luftfahrzeuge.pdf

In der bereits vorgelegten Stellungnahme von Dr. Cimolino werden die technischen Grundlagen bereits umfassend erörtert. Wir möchten aber einige Gesichtspunkte aus einsatztaktischer Sicht ergänzen.

Taktische Aspekte der Brandbekämpfung aus der Luft in Deutschland

Aus unserer Sicht gibt es für die Brandbekämpfung aus der Luft im Kontext des deutschen Brandschutzwesens zwei Einsatzschwerpunkte: Der schnelle Ersteinsatz und die Bekämpfung von ausgedehnten Großwaldbränden.

1. Der schnelle Ersteinsatz

Deutschland hat durch sein weltweit (fast) einzigartiges System eine extrem hohe, flächendeckende Dichte an Feuerwehren, die schnell auf Entstehungsbrände reagieren können. Es gibt nur sehr wenige Bereiche in Deutschland, bei denen die Anfahrt so lang oder so unwegsam ist, sodass die ersten Löschmaßnahmen durch bodengebundene Einsatzkräfte nicht innerhalb von 30 Minuten beginnen können. Auch hier gibt es sicher noch Optimierungsmöglichkeiten, aber im Vergleich z.B. zu Südeuropa findet der Erstangriff bei Vegetationsbränden in Deutschland fast ausschließlich durch bodengebundene Kräfte der freiwilligen Feuerwehren statt.

© 2023 @fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.

Von daher müsste ein Luftfahrzeug für den Ersteinsatz in diesem Zeitfenster VOR oder zumindest MIT den ersten Einsatzkräften an der Einsatzstelle eintreffen. Legt man hier eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von ca. 250km/h (siehe Tabelle 1) zugrunde bedeutet dies, dass eine Flächendeckung erst dann erreicht wird, wenn es auseichend Standorte gibt. Diese müssten jeweils einen Radius von 120-150km abdecken. Anders ausgedrückt: Ein Luftfahrzeug, welches eine Hilfsfrist von deutlich über 30 Minuten hat, ist für den Erstangriff nicht nutzbar. Dies erfordert den Aufbau eins flächendeckenden Netzes mit entsprechenden Luftfahrzeugen. Die Beschaffung nur eines Luftfahrzeuges an einem Standort ist hier nicht zielführend.

Luftfahrzeug	**Typ**	**Reisege-schwindigkeit**	**Löschwasser-kapazität**	**Preis** (in etwa)
Flugzeug	Air Tractor AT 802 F	276 km/h	3000l (Tank)	2,3 Mio. US-Dollar
Hubschrauber	Airbus H175	267 km/h	2500l (Bucket)	6 Mio. US-Dollar
Hubschrauber	Airbus H225	262 km/h	4000l (Bucket)	28 Mio. US-Dollar
Hubschrauber	Airbus AW 189	277 km/h	7600l (Bucket)	27 Mio. US-Dollar
Hubschrauber	Boing CH 47F	296 km/h	9800l (Bucket)	80 Mio. US-Dollar
Flugzeug	DeHavilland Dash8 400 AT	660 km/h	10.000l (Tank)	21 Mio. US-Dollar

Tabelle 1: Leistungsdaten verschiedener Luftfahrzeuge

Das seitens des European Forest Institute, EFI, und der Deutsche Löschflugzeug Rettungsstaffel, DLFR, vorgeschlagene Flugzeugmuster „Single Engine Airtanker (SEAT)“ kann weltweit zurzeit fast nur durch den Air Tractor AT 802F dargestellt werden. Der Hersteller beschreibt auf einer Homepage den Einsatzwert seiner Luftfahrzeuge auch dahingehend:

© 2023 @fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.

„Rapidly attack wildfires while they're still small. Contain their spread. Reduce their heat until fire crews arrive to finish the job. That's the primary role of the Air Tractor AT-802F." *(https://at802f.com/)*

Um den Erstangriff bei Vegetationsbränden zu verbessern, ist ein flächendeckendes Netz aus geeigneten Luftfahrzeugen (Hubschrauber und/oder Flugzeuge) mit einer maximalen Hilfsfrist von 30 Minuten aufzubauen.

Die Beschaffung nur eines Flugzeuges für ein ganzes Bundesland ist deshalb nicht zielführend. Regionale Ausnahmen kann es geben, wenn die Eintreffzeiten bodengebundener Kräfte deutlich über 30 Minuten liegen.

2. Bekämpfung von Großwaldbränden

Die Bekämpfung von Großwaldbränden ist für die Einsatzführung eine äusserst anspruchsvolle Aufgabe. Dies umfasst den Einsatz von Löschfahrzeugen am Boden, Wasserabwürfen aus der Luft sowie Einsatzkräften mit speziellen Fähigkeiten wie Räumgeräte zum Anlegen von Schneisen oder Spezialkräfte für das Anlegen von Gegenfeuern.

Ein sogenannter verbundener Einsatz mit verschiedenen Mitteln, die von unterschiedlichen Organisationen und Einrichtungen gestellt werden, erfordert eine breit aufgestellte Führung mit entsprechender Einsatzerfahrung, festgelegten Hierarchien und Abläufen.

Dazu folgende Zitate:

"*It is the men and women with boots on the ground ...that put fires out; we only operate in support of the ground crews.*" Zitat eines kanadischen Löschflugzeug-Piloten

- https://www.frontlinewildfire.com/wildfire-news-and-resources/aerial-wildfire-fighting-how-effective-is-it/

However, firefighting helicopters and even aircraft alone are usually not enough to extinguish a forest fire. "*The crucial thing is that, before anything else, we do our homework in fire management on the ground*," Zitat Alexander Held, EFI

© 2023 @fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.

An dieser Stelle zeigt unsere Erfahrung, dass die Einsatzführung bei Großwaldbränden für diesen verbundenen Einsatz und insbesondere für die Führung und den Einsatz von Luftfahrzeugen noch nicht ausreichend aufgestellt ist. Es ist zu beobachten, dass es hier sehr unterschiedliche Verfahrensweisen in den Bundesländern bezüglich des Einsatzes und der Führung von Luftfahrzeugen gibt. Auch müssen sich die Führungskräfte der Feuerwehren bewußt sein, dass sie in der Lage sein müssen, Luftfahrzeuge taktisch einzusetzen, da nur sie über die entsprechenden Kenntnisse in der Einsatztaktik verfügen. Die Piloten der Luftfahrzeuge selbst verfügen in der Regel nur über die technischen Fähigkeiten, Wasser aufnehmen und abzuwerfen. Sie können aber nicht die Lageentwicklung des Brandes bewerten und erkennen, wo der Löschwasserabwurf am effektivsten ist (Anmerkung: Nicht dort, wo die Flammen am höchsten lodern, ist der Abwurf von Löschwasser sinnvoll.).

@fire hat hier bei den Waldbränden im Jahr 2022 einen sogenannten „Taktischen Abwurfkoordinator“ eingesetzt, der dem Vorbild aus dem europäischen Ausland folgend, die Piloten eingewiesen („eingesprochen“) und somit die Effektivität der Wasserabwürfe deutlich gesteigert hat.

Der Einsatz von verbundenen Kräften erfordert den Ausbau der Führungsstruktur und eine weiter- führende Qualifizierung der Einsatzführung. Insbesondere dann, wenn Hubschrauber der Bundespolizei, der Bundeswehr, der Landespolizeien sowie Hubschrauber und Flugzeuge privater und anderer Betreiber involviert sind.

Dies ist aus unserer Sicht eine wesentliche Voraussetzung für den Ausbau der Brandbekämpfung aus der Luft.

Bezüglich der Verwendung des Flugzeugmusters SEAT bei der Bekämpfung von Großwaldbränden sagt der Hersteller auf seiner Homepage:

„There is strength in numbers. Fire agencies around the world are boosting firefighting capability by combining 802F aircraft as coordinated flight groups. It’s an effective, cost efficient strategy for quickly containing a fire. A flight of four land-based 802F air tankers can deliver 3,200 gallons to contain small shrub-fueled fires (2.5 to 3.5 acres) with one round of retardant. Larger fires can be contained with four 802F aircraft if roads or natural breaks can be incorporated as containment lines.“ *(https://airtractor.com/aircraft/at-802f-fire-boss/)*

© 2023 @fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.

Diese Aussage deckt sich mit unseren Erfahrungen. Für die Bekämpfung von Großwaldbränden werden entweder mehrerer Flufggzeuge der Version Single Engine Airtanker (SEAT), oder größere Flugzeuge wie die Dash8 benötigt. Auch hat sich gezeigt, dass für das Nachlöschen von Bodenbränden eine möglichst konzentrierte Wassermenge in Form von Punktabwürfen durch Hubschrauber oder große Löschflugzeuge deutlich zielführender ist.

Da zudem die Luftfahrzeuge bei einem extremen Brandverhalten (= extreme Thermik) und bei Bränden munitionsbelasteter Bereiche nicht oder nur in Ausnahmefällen direkt die Front des Brandes bekämpfen können, muss hier dringend über die Verwendung von Retardantien („Wasserverdicker“) nachgedacht werden, die vor dem herannahenden Feuer abgeworfen werden und den Brand deutlich reduzieren und verlangsamen.

Für die Bekämpfung von Großwaldbränden und zum Nachlöschen schwer erreichbarer Brandflächen ist die Vorhaltung von Flugzeugen mit großen Löschwassertanks in Verbindung mit Löschwasserzusätzen sinnvoll.

Der zeitliche Vorlauf spielt hier keine große Rolle, sodass in diesem Fall eine zentrale Vorhaltung möglich wäre.

Wie man unserer Stellungnahme entnehmen kann, existieren verschiedene Optionen zur Eindämmung von Grosswaldbränden aus der Luft. Wir empfehlen eine Verbundlösung in den Schwerpunktregionen. Für welche man sich am Ende entscheidet ist weniger eine taktische als eine politisch-wirtschaftliche Fragestellung.

Mit freundlichen Grüßen,

[redacted]

Dipl.-Ing. (GH) Jan Südmeyer
Vorsitzender @fire

@fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.
Brunings Kamp 8c - 49134 Wallenhorst
info@at-fire.de - www.at-fire.de

[redacted]

Tobias Hallas, Stv. Fachbereichsleiter Vegetationsbrandbekämpfung

© 2023 @fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)201 F neu

POTSDAM-INSTITUT FÜR KLIMAFOLGENFORSCHUNG E.V.

Postfach 60 12 03
D-14412 Potsdam
T: 0331 288 2500
F: 0331 288 2600
www.pik-potsdam.de

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wissenschaftliche Direktoren:
Prof. Dr. Ottmar Edenhofer
Prof. Dr. Johan Rockström

Administrative Direktorin:
Dr. Bettina Hörstrup

Vereinsregisternummer:
Amtsgericht Potsdam VR 1038 P

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN: DE69 1605 0000 3502 2355 29
BIC: WELADED1PMB

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e.V. Postfach 60 12 03 D-14412 Potsdam

Ausschuss für Inneres und Heimat
des Deutschen Bundestages
Leiter Sekretariat PA 4
Ministerialrat Dr. Heynckes
Platz der Republik 1
11011 Berlin

14. April 2023

PD Dr. Kirsten Thonicke
stellv. Abteilungsleiterin der
Forschungsabteilung 1
„Erdsystemanalyse“ und Sprecherin des
Leibniz-Forschungsnetzwerkes
Biodiversität
T: 0331 288 2534
F: 0331 288 2640
Kirsten.Thonicke@pik-potsdam.de

Stellungnahme: zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU "Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz" - BT-Drucksache 20/3693 sowie zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung" - BT-Drucksache 20/4418 anlässlich der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat

Sehr geehrter Ministerialrat Dr. Heynckes,

sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Heimat, des Deutschen Bundestages,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Benennung als Expertin in der öffentlichen Anhörung und für die Möglichkeit eine Stellungnahme zu den oben genannten Anträgen (BT-Drucksache 20/3693 und BT-Drucksache 20/4418) abzugeben. Beidem komme ich sehr gern nach.

In beiden Anträgen werden die Themen Waldbrand bzw. Vegetationsbrände, sowie der Schutz vor und Bekämpfung von Waldbränden in Deutschland behandelt. Dabei kommen unterschiedliche Aspekte des Katastrophenschutzes und der Gefahrenprävention zur Sprache. Ich möchte zunächst eine Einordnung des Waldbrandgeschehens und des sich verändernden klimatischen Waldbrandrisikos vornehmen, um dann auf einige Punkte, die in beiden Anträgen/Drucksachen genannt wurden, einzugehen.

Zur Einordnung des Waldbrandgeschehens in Deutschland ist es wichtig die Waldbrandstatistik der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung genauer anzuschauen (im Netz frei verfügbar und jährlich aktualisiert) und auch die letzten Jahrzehnte mit einzubeziehen. Das ist wichtig, um die vergangenen Waldbrandereignisse einzuordnen. Generell sind die Waldbrandflächen und die

Feueranzahl in ihren Trends seit 1991 rückläufig (Abb. 1). In durchschnittlichen Jahren verbrennen in 400 bis knapp 2000 Feuern zwischen 120 und 1500 ha in ganz Deutschland. Dieses Bild wird von extremen Jahren unterbrochen, die von besonderer Hitze und/oder Dürre betroffen waren und deshalb Maxima in den Schadensflächen auftraten, so in den Jahren 1992, 2003, 2018, 2019. Das Jahr 2022 stellt mit schätzungsweise 4300 ha verbrannter Fläche einen neuen Rekord auf[1], erreicht aber nicht den Wert von knapp 5000 ha im Jahr 1992. Zum Vergleich, in den Feuerjahren 1975 und 1976 gingen in Deutschland ca. 15000 ha Wald verloren[2]. Es ist aber klar zur sehen, dass die Zunahme der Extremereignisse durch die Kombination von starker Hitze, langer Trockenheit und starken Winden die Größe einzelner Feuerereignisse in den Jahren 1992, 2018 und 2019 stark erhöht hat (Abb. 2), was sich in der Gesamtstatistik als extremes Feuerjahr durchschlägt (Abb. 1). Unter Klimawandel werden trotz abnehmendem Trend die Klimaextreme, damit auch die Feuerextreme stärker. Das könnte eine Trendumkehr bedeuten, sollten weitere extreme Dürrejahre hinzukommen. Dadurch könnte das Waldbrandgeschehen in den nächsten Jahren sich an frühere, extreme Brandjahre in den 1960iger und 1970iger Jahren angleichen, wenn sich diese Entwicklung fortsetzt und Waldbrandbekämpfung und -prävention unverändert bliebe.

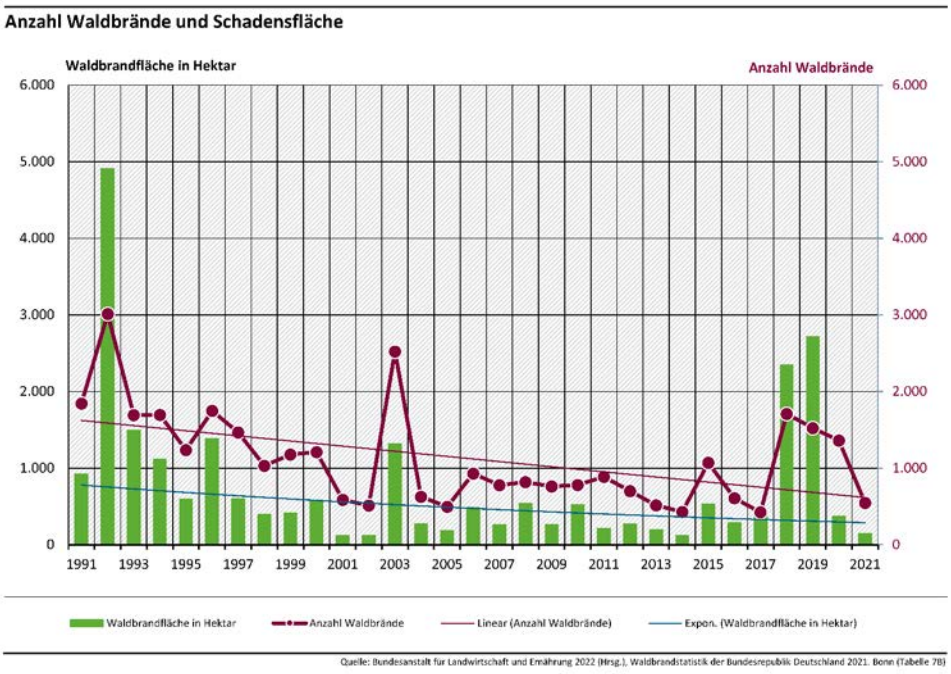

Abb. 1 Anzahl der Waldbrände und Schadensfläche in Deutschland 1991-2021, Größe der jährlichen Waldbrandflächen (grün, linke Achse, in Hektar) mit dazugehöriger (exponentieller)

[1] https://www.feuerwehrverband.de/rekord-waldbrandsommer-2022-fast-4300-hektar-wald-verbrannt-waldeigentuemer-und-feuerwehren-fordern-finanzielle-unterstuetzung-fuer-praeventionsmassnahmen/

[2] Peter Lex: *Waldbrände im August 1975 in Niedersachsen*. https://pionierkameradschaft-holzminden.de/pdf/waldbrand_1975.pdf und M.Müller, Waldbrände in Deutschland, Teil 1, AFZ-Der Wald 18/2019, www.forstpraxis.de

Trendlinie (dunkelblau) und der Anzahl der Waldbrände (weinrot, rechte Achse) mit dazugehöriger Trendline (weinrot). Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2022 (Hrsg.).

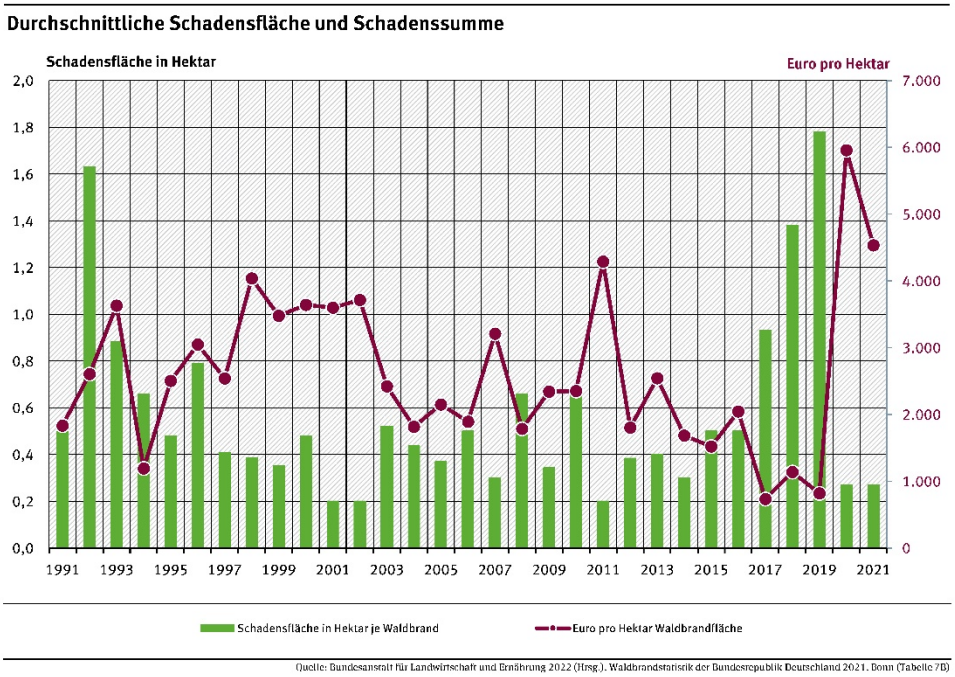

Abb. 2 Durchschnittliche Schadensfläche (grün, linke Achse, in Hektar) und Schadenssumme (weinrot, rechte Achse, in Euro pro Hektar) von 1991-2021. Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2022 (Hrsg.).

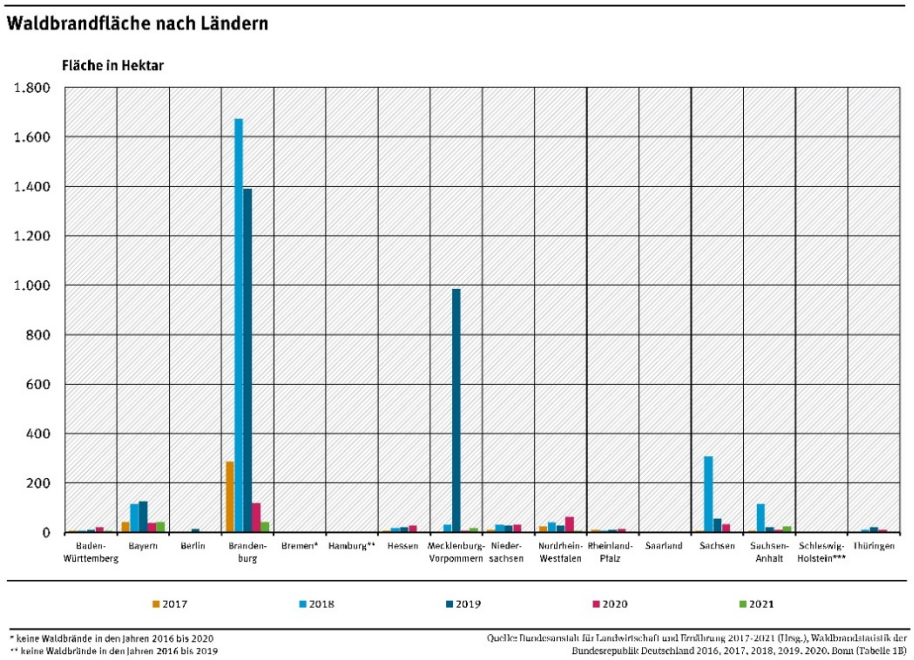

Abb. 3 Waldbrandfläche nach Ländern für die Jahre 2017 bis 2021 in Hektar. Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2022 (Hrsg.).

Am stärksten waren in den letzten Jahren die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern von hohen Waldbrandflächen betroffen (Abb.3). Durch die hohen Schadensflächen wird deutlich, dass sich die Maßnahmen zum Waldbrandschutz und -bekämpfung insbesondere auf die naturräumlichen Gegebenheiten und klimatischen Bedingungen in diesen Ländern konzentrieren sollte. Des Weiteren ist zu beachten, dass die vom Menschen verursachten Feuer größtenteils in der Nähe von Siedlungen und Verkehrsinfrastruktur entstehen oder durch landwirtschaftliches Gerät verursacht werden. Hier ist weiterer Aufklärungsbedarf der Akteure notwendig.

Mit laufendem **Klimawandel** und zunehmender Erwärmung (Erhöhung der mittleren Jahrestemperatur (nicht nur) in Deutschland) nimmt auch die Klimavariabilität zu, d.h., die Andauer und Intensität der Hitzewellen und Dürren (neben Starkniederschlägen) wird weiter zunehmen, wodurch der Trockenstress für die betroffene Vegetation als auch das Waldbrandrisiko sich erhöhen werden. Aktuelle Projektionen des kanadischen Feuergefährdungsindex, der unter Verwendung von aktuellen Klimaszenarien des 6. Sachstandsberichtes des Weltklimarates im Rahmen des EU-Projektes FirEUrisk berechnet wurde, gehen von einer **kontinuierlichen Zunahme des klimatischen Waldbrandrisikos** in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland (und Europa) aus. Je größer der Klimawandel (also bei Nichteinhaltung der Klimaziele des Pariser Klimaabkommens) ausfällt, umso stärker die Risikozunahme. Insbesondere zeigen alle Projektionen (unter Berücksichtigung verschiedener Klimamodelle und -szenarien), dass die **Feuersaison zunehmen, sich in den Herbst hinein verlängern wird**. Damit einhergehend werden ebenso die Extreme zunehmen, wir auch weiterhin neue Qualitätsstufen extremer Ereignisse erfahren werden. Es liegt also in der Hand der Politik, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages wie auch der Länder, in einem ganzheitlichen Ansatz durch wirksamen Klima- und Naturschutz, sowie nachhaltiger Ressourcennutzung (Wasser) langfristig auch auf die Reduzierung des Waldbrandrisikos hinzuwirken.

Allgemeine Empfehlungen:

A. Eine Aufklärung der Öffentlichkeit über die Risiken des Waldbrandes und möglicher Ursachen und deren Folgen für den Wald und die Gesundheit der Menschen ist unbedingt zu aktualisieren/modernisieren und deren Verbreitung in den Sommermonaten zu intensivieren. Hierbei sind positive Botschaften wichtig, die Bevölkerung zu motivieren, durch vorsichtigen Umgang mit und Verhalten in der Natur auch den Wald vor Bränden zu schützen. Waldbrandprävention beginnt mit der Bewusstseinsbildung, dass 80-90% der Waldbrände durch den Menschen, und hier v.a. durch Fahrlässigkeit, verursacht werden. Viele haben die Vorstellung, Waldbrände entstünden durch Selbstentzündung, was ganz eindeutig nicht der Fall ist.

B. Dennoch, bei allen Maßnahmen zur Waldbrandprävention sind Waldbrände nie zu 100% verhindern, sie können ja auch, wenn auch selten, natürlich durch Blitzschläge verursacht werden. Sie haben auch eine ökologische Funktion im Wald und in Offenlandschaften, auch in Mitteleuropa profitieren

einzelne Arten davon, sind z.T. Bäume dem angepasst, in dem sie wieder neu austreiben. Eine Zonierung, wo Waldbrände verhindert und wo sie in gewissem Maße zugelassen werden könnten, ist auch eine Überlegung Waldbrände ökologisch zu begleiten.

C. Um die Veränderung des Waldbrandgeschehens auch in Zukunft wissenschaftlich fundiert begleiten zu können, ist es wichtig die Datenerhebung zu verbessern, genauer, georeferenzierte und standardisierte Informationen zum Waldbrandgeschehen der Wissenschaft frei zur Verfügung zu stellen. Die Betrachtung vergangener Jahrzehnte ist für die Einordnung der Ereignisse unabdingbar, um eine fachlich fundierte Diskussion zu ermöglichen (s. oben). Für einen verbesserten Waldbrandschutz, wie auch verbessertes Verständnis des Brandgeschehens und dessen Prognosefähigkeit, müssen

    - Waldbrandursachen besser untersucht und dokumentiert werden,
    - eine Verifizierung der vorhergesagten Waldbrandrisiken anhand vergangener Ereignisse vorgenommen,
    - Messungen von wichtigen Streu- und Vegetationsparametern, um die Berechnung der Waldbrandindices, der Berechnung der Feuerausbreitung und möglicher Schäden zu verbessern, durchgeführt werden. Bei letzterem wird auf Werte aus Nordamerika zurückgegriffen und damit die Annahme getroffen, dass diese auch für Mitteleuropa repräsentativ sind.
    - Die Regeneration der Waldbrandflächen besser dokumentiert werden. Welche Auswirkungen haben Feuerintensität auf das Waldwachstum bzw. aufgeforstete Flächen? Wie unterscheiden sich die Bedingungen in den bereits umgebauten Flächen, die einen hohen Laubwaldanteil haben?

D. Diese Empfehlungen klingen nach Forschungsbedarf für das BMBF, verdeutlichen aber die Notwendigkeit einen integrativen Ansatz in der Risikobewertung, der auch im Katastrophenschutz angewendet werden sollte, wie neueste Forschungsergebnisse zeigen. Die naturräumlichen Gegebenheiten, der Waldumbau, die Wassernutzung haben eine zusätzliche Stresswirkung auf die genutzten wie natürlichen Wälder. Eine Erhöhung der Waldbrandgefährdung wie auch der Vulnerabilität, also die Verletzlichkeit der umliegenden Infrastruktur und Siedlungen (auch des Wildland-urban bzw. wildland-rural interface), sowie Gesundheitsgefährdung durch Rauchbildung, sind alles Faktoren, die in der Risikobewertung mit einbezogen werden müssen. D.h., ein Waldumbau mit höherem Anteil an Laubbäumen, ist unabdingbar, ebenso die (verbesserte) Anlage von Waldbrandschutzstreifen u.ä. entlang von Verkehrsinfrastruktur. Bei einer möglichen Zonierung der intensiven wie extensiven Waldnutzung und damit verbundene Waldumbauziele müssen Belange der Bioökonomie und der nationalen Wasserstrategie und der nationalen Biodiversitätsstrategie einbezogen werden. Dadurch stärken sie den deutschen Wald, dessen Nutzung und

passen ihn für die neuen Gegebenheiten unter dem fortschreitenden Klimawandel, inkl. zunehmendem Waldbrandrisiko, an.

E. Unter Anbetracht des zunehmenden Waldbrandrisikos und zunehmender Waldbrandextreme sind Ausnahmegenehmigungen und Sonderregelungen bei höchsten Waldbrandwarnstufen zu überdenken bzw. auszusetzen.

Konkrete Anmerkungen zu den Anträgen/Drucksachen:

BT-20/3693

zu Abschnitt III.:

1. Ein Waldbrandgipfel zur Erstellung einer nationalen Vegetations-brandstrategie ist dringend notwendig und die Beteiligung der genannten Akteure sehr wichtig.

2. Die Kartierung der Waldbrandrisiken muss einen integrativen Ansatz umfassen (Faktoren für Gefahr, Vulnerabilität, Exponierung, um das Risiko zu bestimmen), s. meine Ausführungen oben im Punkt D.

11. Hier ist eine größere Breite von Waldbrandschutzmaßnahmen notwendig: Das Anlegen von Riegeln (brandhemmender Vegetation), Waldbrandschutzstreifen (reduzierte Streulast, die die Feuerausbreitung in den angrenzenden Wald verhindert), sowie von Wundstreifen (ohne Vegetation), z.B. entlang von Straßen. Die Bohrung von neuen Löschwasserbrunnen muss im Kontext einer nachhaltigen Wassernutzung in Bezug auf Grundwasserneubildung nach örtlichen Gegebenheiten und unter Berücksichtigung der Kartierung der Waldbrandrisiken abgewogen werden.

12. dieser Punkt ist unbedingt zu unterstützen.

13. Gemeinsam mit Forstwirtschaft und Wissenschaft die Wirkung von Totholz auf das Brandrisiko im Hinblick auf die Waldbrandprävention zu untersuchen, ist sehr zu begrüßen. Hier sind aber genauere Betrachtungen notwendig, da abhängig von Naturschutz- und Klimaschutzbelangen, Totholz ein wichtiger Lebensraum für vielfältige Arten darstellt, Feuchtigkeit speichert, die für die nachwachsenden Setzlinge unerlässlich sind, und den Boden als wichtigen Kohlenstoffspeicher formt. Maßnahmen müssen sich nach Nutzungszielen (Natur- und Klimaschutz vs. Bioökonomie/Holznutzung) richten und von den lokalen Standortgegebenheiten abhängig betrachtet werden. S. auch meine Ausführung im Punkt C.

14. s. Antwort zu 13., sowie: Hier muss der Fokus auf Maßnahmen der Waldbrandprävention, also das Entzündung von Feuern zu verhindern, gelegt werden. Hier kann die Umsetzbarkeit und die Wirksamkeit von Maßnahmen zum Schließen von Wegen oder Betretungsverbot besonders waldbrandgefährdeter Gebiete untersucht werden. Die Diskussion, in welchem Maße brandschutztechnische Maßnahmen in Großschutzgebieten erforderlich sind, muss im Kontext der Naturschutzziele der betreffenden Schutzgebiete diskutiert werden. Eine Flankierung der Maßnahmen mit den

Punkten 15. und 16. bzw. meiner allg. Empfehlung in Punkt A ist unbedingt vorzunehmen.

17. Das ist sehr zu begrüßen. Im Rahmen des FirEUrisk-Projektes werden Informationsmaterialien und Erfahrungsaustausch bzw. Schulungsangebote erstellt bzw. geplant. Hier könnten wir Kooperationen anbieten und Kontakte herstellen.

BT-20/4418

Eine weitere Vertiefung der Koordination zur Waldbrandbekämpfung innerhalb der EU ist zu begrüßen. Die Fokussierung auf die Anschaffung bzw. Erneuerung von Löschflugzeugen allein wird der Komplexität des Themas nicht gerecht. Ein integrativer Ansatz zur Prävention, Minderung der Waldbrandrisiken und Klimaanpassung der Wälder im Kontext von Klima- und Naturschutz wird benötigt, s. obige Ausführungen.

Abschließend ist die Einrichtung eines koordinierten Waldbrandzentrums zur Koordination der Brandbekämpfung, Verstärkung der Brandbekämpfung aus der Luft, Bereitstellung tagesaktueller Informationen zur Waldbrandsituation zu begrüßen. Diese ereignisbasierten Maßnahmen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir zunehmend mit Waldbränden konfrontiert sein werden. Wir können im Kontext von Aufklärung Prävention fördern, Wälder durch Klimaanpassungsmaßnahmen stärken und durch Sparmaßnahmen in der Wassernutzung (Industrie), Dürrestress verhindern helfen. In gewissem Maße bedeutet es aber auch, mit Feuer leben zu lernen, also abzuwägen, wo Waldbrände dringend bekämpft werden müssen, und wo sie kontrolliert helfen können, extreme Feuerrisiken zu minimieren.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meiner Ausführung fachliche Unterstützung für einen verbesserten und integrativen Waldbrandschutz in Deutschland geben konnte. Gern erläutere ich weitere Rückfragen.

Mit frdl. Grüßen,

PD Dr. Kirsten Thonicke.

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)201 G

DIE WALD EIGENTÜMER AGDW

Stellungnahme

Anlässlich der Öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages am 17. April 2023 zum Antrag der Fraktion von CDU/CSU

„Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Möglichkeit, als Sachverständiger an der Öffentlichen Anhörung im Bundestagsausschuss für Inneres und Heimat teilzunehmen. Gerne nehmen wir als AGDW – Die Waldeigentümer e.V. das Angebot an, im Vorfeld zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU *„Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz“* schriftlich Stellung zu nehmen.

Grundsätzliche Vorbemerkung:

Die Wälder in Deutschland haben mit ihrer Vielzahl von Ökosystemleistungen eine zentrale Bedeutung für die Gesellschaft, die biologische Vielfalt und die Erreichung nationaler Klimaschutzziele. Der Erhalt des Waldes und die Erbringung dieser Leistungen wird durch eine nachhaltige und multifunktionale Bewirtschaftung der Wälder gesichert.

Aufgrund des Klimawandels mit der Folge veränderter Standortsbedingungen sowie der Schädigung des Ökosystems Wald durch Extremwetterereignisse und Sekundärschädlinge, wie etwa dem Borkenkäfer, wird die Stabilität des Waldes beeinträchtigt und Waldbrände begünstigt. Kommt es im Wald zu einem Flächenbrand, wird dadurch nicht nur Bestockung geschädigt, sondern auch die Erbringung dieser Ökosystemleistungen gefährdet.

Im Jahr 2022 sind allein in Deutschland 4.293 Hektar Wald Großbränden von mehr als 30 Hektar zum Opfer gefallen[1]. Die Brandfläche ist damit fast fünf Mal so hoch wie der jährliche Durchschnittswert von knapp 914 Hektar (Periode 2011-2022)[2]. Im bisherigen Rekordjahr 2019 brannten 2.711 Hektar Wald ab. Die forstbetrieblichen Schäden erreichten 2022 nach Berechnungen der AGDW einen Rekordwert. Der Gesamtschaden für Gesundheit (z.B. Feinstaub), Natur (z.B. Klima) und Wirtschaft (z.B. Tourismus) dürfte bei deutlich mehr als 600 Millionen Euro liegen.

Zusätzlich stehen die Waldbesitzenden vor der Mammutaufgabe des klimaresilienten Waldumbaus. Der nachhaltige Umbau der Wälder ist der wesentliche Faktor eines präventiven Waldbrandschutzes, indem stärker gefährdete Reinbestände in strukturreiche Mischwälder mit entsprechendem Laubholzanteil überführt werden und so eine höhere Resilienz

[1] EFFIS (European Forest Fire Information System) – Statistics Portal, abgerufen unter: https://effis.jrc.ec.europa.eu/, am 12.04.2023
[2] EFFIS (European Forest Fire Information System) – Fire map, abgerufen unter: https://effis.jrc.ec.europa.eu/apps/effis.statistics/estimates, am 13.04.2023

gegenüber Dürreperioden und Waldbränden gewährleistet wird. Nicht nur, aber insbesondere Reinbestände der Baumarten Fichte oder Kiefer sind auf einem Viertel der Gesamtwaldfläche in Deutschland (2,85 Millionen Hektar) einem hohen Risiko durch Trockenheit, Schaderregerbefall und Waldbrand ausgesetzt. Die Waldumbaufläch zur Anpassung der Wälder auf diesen Standorten müsste also auf 95.000 Hektar jährlich ausgedehnt werden, um die Umgestaltung der Wälder bis 2050 abzuschließen. Das entspräche einer Vervierfachung der bisherigen jährlichen Umbaufläche in Deutschland. Die geschätzten Kosten für den klimaresilienten Waldumbau liegen im Durchschnitt zwischen 5.000 und 15.000 Euro pro Hektar. Die Gesamtkosten für den brand- und klimaresilienten Waldumbau werden auf bis zu 1,4 Mrd. Euro jährlich und insgesamt auf bis zu 45 Mrd. Euro für die nächsten 30 Jahre beziffert.[3] Zukünftig sollte standortsabhängig eine Mischung von Baumarten und Altern entstehen sowie die Gliederung und Erschließung des Waldes optimiert werden. Volatile Holzmärkte und zum Teil fehlende Einnahmen aus der Holzvermarktung (aussetzende Betriebe und/oder fehlende Holzvorräte durch Kalamitäten) ermöglichen jedoch meist nicht die betriebliche Finanzierung dieser Waldumbaumaßnahmen aus der Holzproduktion. So ergibt sich eine erhebliche finanzielle Belastung für die privaten Waldbesitzenden (insbesondere Kleinprivatwaldbesitzenden), die ohne entsprechende Förderung nicht zu schultern ist.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, müssen öffentliche Mittel für den Wald mobilisiert werden.

Konkret zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU:

Wir begrüßen die Bemühungen des Bundes und der Länder für einen besseren Waldbrandschutz ausdrücklich. Der Antrag nennt bereits wesentliche Elemente einer Verbesserung, auf die im Folgenden eingegangen wird:

- Die **Digitalisierung von Betriebsprozessen und die digitale Kartografie** sind wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Waldbrandprävention. Bestehende Systeme, wie etwa die sogenannten NavLog-Daten sollten länderübergreifend verstärkt zur Waldbrandprävention und Waldbrandbekämpfung verwendet werden. Bereits seit über 10 Jahren werden bundesweit fortlaufend nahezu alle Waldwege und über 500.000 Punktobjekte (POI) im gesamten Bundesgebiet mit Unterstützung der Forstverwaltungen, Forstbetriebe und Waldbesitzer zusammengetragen und aktualisiert. Diese werden in mehreren Bundesländern (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein) auch für den Waldbrandschutz eingesetzt. Ebenso produziert das Bundesamt für Kartografie und Geodäsie (BKG) einen Waldbrandatlas unter Verwendung der NavLog-Daten. Trotz all dieser Erfolge gibt es weiteren Optimierungsbedarf in der Bereitstellung dieser Daten, da mit jedem Bundesland eine eigene Rahmenvereinbarung abgeschlossen werden muss, worüber die Nutzungsrechte der Daten und Dienste für alle Waldbesitzarten, Rettungsdienste, Polizei und Feuerwehr geregelt ist. Hinzukommen technische Herausforderungen, da in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Verfahren und Schnittstellen verhandelt und abgeglichen werden müssen. Die AGDW empfiehlt

[3] Bolte et al. (2021). „Zukunftsaufgabe Waldanpassung“ in AFZ-DerWald 04/2021, S. 12 ff.

eine bundesweite Verwendung der NavLog-Daten auch zum Zwecke der Waldbrandprävention und Waldbrandbekämpfung und fordert eine bundesweite Lizenz, die einheitliche Standards und die allgemeine Verfügbarkeit von Daten für die Waldbrandprävention und Waldbrandbekämpfung gewährleistet. Mit dem Erwerb einer Bundeslizenz könnten alle Feuerwehren und Rettungsdienste sowie die Polizei auf diese Daten zugreifen und damit ihre Geodatenbasis abseits bebauter Gebiete deutlich verbessern. Die Kosten einer solchen Lizenz betragen schätzungsweise lediglich 250.000-300.000 Euro pro Jahr, was in Anbetracht der Risiken zu den drohenden Kosten von Waldbrandschäden (s.o.) in keinem Verhältnis steht.

- Private Waldbesitzende sind bei der Waldbrandprävention insbesondere hinsichtlich der aufwendigen **infrastrukturellen Schutzvorkehrungen** zu unterstützen. Die Walderschließung sollte stärker den Aspekt der Gefahrenabwehr berücksichtigen. Die Tragfähigkeit und Lichtraumprofile der Forstwege müssen auch die Bedürfnisse der Feuerwehren berücksichtigen. Sogenannte Schutzstreifen („Schneisen“) oder Waldbrandriegel sind überall dort vorzusehen, wo eine besondere Gefährdung vorliegt. In einem Schutzstreifen findet sich kein brennbarer Bewuchs. Ein Waldbrandriegel ist dagegen ein Bewuchs aus weniger brandgefährdeten oder brandgefährlichen Bäumen, der in der notwendigen Breite innerhalb großflächiger Waldgebiete mit leichter brennbaren Beständen oder zum Schutz von Siedlungen und Infrastruktur angelegt wird. Leider ist in diesem Zusammenhang zu konstatieren, dass Umweltverbände notwendige Schutzmaßnahmen bisweilen blockieren, beispielsweise den Bau von Wegen, die eben auch als Feuerwehrzufahrt dienen.

  Über die Sondermittel der GAK 5 F) werden bereits die Anlage von Waldbrandriegeln mit standortgerechten feuerhemmenden Baumarten sowie die Vorbereitung, Errichtung und Unterhaltung von Wundstreifen und Brandschutzschneisen sowie die Anlage und Erweiterung von Feuerlöschteichen und Löschwasserentnahmestellen gefördert. Die Inanspruchnahme der Fördergelder beispielsweise bei der Errichtung von Löschwasserbrunnen setzt aber voraus, dass die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer die Maßnahme selbst vorfinanzieren. Besonders kleine Privatwaldbesitzende sind dazu oftmals nicht in der Lage. Um die Waldbesitzenden von der Vorfinanzierung der Förderung zu entlasten, müssen auf Ebene des Bundes und der Länder Möglichkeiten einer unmittelbaren Finanzierung geschaffen werden. Als positives Beispiel wäre hier das Land Brandenburg zu nennen. Dort können die Flächen für die Brunnenanlage an das Land für einen bestimmten Zeitraum verpachtet werden, sodass dann die zuständige Forstbehörde dort mit den Fördermitteln die Anlage errichtet.[4]
  Im Zeitraum 2020-2021 wurden für die Anlage von Feuerlöschteichen und Waldbrandschutzstreifen GAK-Mittel (Bund und Land) in Höhe von über 600.000 Euro

[4] Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg (MLUK): „Landesforst mit 60 weiteren Löschwasserbrunnen im Privatwald“, abgerufen unter: https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/aktuelles/presseinformationen/detail/~07-10-2022-loeschwasserbrunnen, am 13.04.2023

verausgabt. Im Vergleich zum Zeitraum 2019-2020 ist demgemäß eine Vervierfachung dieser Mittel zu verzeichnen[5]. Die Tendenz ist weiter steigend. Die AGDW bittet daher eindringlich darum, die GAK-Sondermittel 5 F) „Extremwettereignisse“ über das Jahr 2023 hinaus zu verstetigen und so die Förderfähigkeit der genannten Maßnahmen zu erhalten.

- Um Waldbränden vorzubeugen, gilt das **Primat der Prävention**. Das Risiko von Waldbränden kann, wie eingangs bekräftigt, durch einen **gezielten Waldumbau** deutlich reduziert werden. Kern dieses Vorhabens muss die Entwicklung von gemischten dauerwaldartig bewirtschafteten Beständen sein. Die Gemeinschaftsaufgabe GAK ist in Deutschland das Hauptinstrument der nationalen forstlichen Förderung und bildet den inhaltlichen und finanziellen Kern vieler Länderprogramme zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes und des Waldumbaus. Das Ziel der Maßnahmengruppe 5 A) und 5 F) der GAK ist unter anderem die Förderung der Entwicklung stabiler, standortangepasster Wälder unter Berücksichtigung der ökologischen und ökonomischen Leistungsfähigkeit sowie des Klimawandels. Die für die Jahre 2020-2023 von Bund und Ländern zusätzlich bereitgestellten Sondermittel in Höhe von insgesamt 800 Millionen Euro dienen investiven Maßnahmen der Wiederaufforstung und des Waldumbaus hin zu stabilen, klimaresilienten Wäldern. Angesichts der kontinuierlich ansteigenden Schadflächen und die bezifferte Fläche des benötigten Waldumbaus (s.o.) wird die entsprechende **GAK-Förderung zukünftig dringender denn je benötigt.**

- Die AGDW spricht sich für die Entwicklung eines **integrativen Naturschutzes** einschließlich eines angepassten Totholzmanagements aus. Hierzu ist jedoch festzuhalten: Falsch verstandener Naturschutz kann die Wälder destabilisieren und die Bekämpfung von Bränden unnötig erschweren und verzögern. Der Aufbau eines größtmöglichen Vorrats an Biomasse in den Wäldern birgt das Risiko der Destabilisierung der Bestände und schwer kontrollierbarer Brände. Insbesondere das hängende Totholz im Wald (im Vergleich zum liegenden) kann bei größerer Menge eine schnelle Brandausbreitung begünstigen und die direkte Brandbekämpfung im Wald zu gefährlich und damit unmöglich machen. Gleichwohl ist Totholz ein wichtiger Lebensraum für Insekten und Pilze. Demnach ist zu prüfen, wo Totholz tatsächlich belassen werden kann und wo eine intensive Waldpflege im Sinne der räumlichen Ordnung und eines integrativen Totholzmanagements betrieben werden muss, um Risiken zu minimieren.

[5] BMEL-Statistik zum Vollzug der GAK, abgerufen unter: https://www.bmel-statistik.de/laendlicher-raum-foerderungen/gemeinschaftsaufgabe-zur-verbesserung-der-agrarstruktur-und-des-kuestenschutzes/gak-berichterstattung-2021, am 13.04.2023

- Überaus kritisch betrachten wir den Punkt „Aufbau einer Umweltpolizei“ nach französischem Modell. Die AGDW sieht die Aufgabe der Aufklärung und Beratung hinsichtlich der Waldbrandprävention eindeutig bei den zuständigen Forstbehörden. Im Zuge der Forstreformen wurden Verwaltungsstrukturen „verschlankt“ und Forstpersonal abgebaut. Dies ist hinsichtlich einer effizienten Holzproduktion nachvollziehbar, bildet aber eine schwere Hypothek, wenn die Waldpflege im Sinne aller Waldökosystemleistungen intensiviert werden muss. So steht die Forstbranche vor der großen Herausforderung eines erheblichen Fachkräftemangels mit steigender Tendenz. Es gilt, die zuständigen Behörden in ihrer Funktion zu stärken und entsprechend finanziell wie auch personell auszustatten um die zukünftig verstärkt benötigten Beratungs- und Informationsleistungen sachgerecht anbieten zu können.

Die Darstellungen zeigen die Bedeutung und zwingende Notwendigkeit einer angepassten Forstförderung für Waldbrandprävention und -bekämpfung. Demgemäß sind wir sehr besorgt, angesichts politischer Bestrebungen, wesentliche Bausteine der GAK-Förderung auslaufen zu lassen und nicht mehr die notwendigen Ansätze für die GAK-Förderung in die Eckpunkte des Bundeshaushaltes 2024 aufzunehmen[6]. Stattdessen wird auf eine mögliche, bisher aber in keiner Weise skizzierte Förderung von Wiederaufforstungen und Waldumbau über das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) verwiesen. Unklar ist darüber hinaus, wie diese Gelder ohne Ko-Finanzierung und damit auch administrative Unterstützung der Bundesländer die Fläche erreichen können. Es ist für uns auch nicht nachvollziehbar, die Länder aus ihrer Mitverantwortung für die dringend gebotene Unterstützung der Forstwirtschaft in der Klimakrise zu entlassen.

Das neue Bundesförderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ ist zwar ein forstpolitischer Meilenstein und doch nur eine passgenaue Ergänzung und kein Ersatz für die GAK-Förderung.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, politisch Klarheit zu schaffen und die GAK weiterhin als wichtigstes Förderinstrument von investiven Maßnahmen zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und somit auch zur Waldbrandprävention und -bekämpfung mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten. Dies betrifft insbesondre die so dringend benötigte Verstetigung der Sondermittel „Extremwetterereignisse“ über das Jahr 2023 hinaus.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Prof. Dr. Andreas W. Bitter

Präsident AGDW – Die Waldeigentümer

[6] Weiterentwickelter Entwurf des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), abgerufen unter: https://www.bmuv.de/download/entwuerfe-zum-aktionsprogramm-natuerlicher-klimaschutz, am 13.04.2023

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)201 H

Susanne Klatt, Feuerwehr Essen

Email: susanne.klatt@feuerwehr.essen.de

Innenausschuss im Bundestag

innenausschuss@bundestag.de

16.04.2023

Stellungnahme:

Öffentliche Anhörung im Innenausschuss

Antrag der Fraktion der CDU/CSU "Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz" - BT-Drucksache 20/3693, Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung" - BT-Drucksache 20/4418

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Ausschussmitglieder,

wie auch die anderen Sachverständigen bereits ausgeführt haben, ist die Vegetationsbrandbekämpfung in komplexes Thema, für welches es keine einfachen und kurzfristigen Lösungen gibt. Wald- und Vegetationsbrände ereignen sich in Deutschland jedes Jahr aus Neue und werden zu 99% innerhalb kurzer Zeit von den örtlich zuständigen kommunalen Feuerwehren gelöscht. Durch die hohe Dichte an Feuerwehren kommt es extrem selten vor, dass sich z.B. durch lange Anmarschwege die Brandausbreitung derart entwickeln kann, dass eigene Kräfte nicht ausreichen. Auch die Branderkennung ist in Deutschland relativ zeitnah, da viele Wälder und naturnahe Vegetationsflächen einen großen Freizeitwert haben und entsprechend stark frequentiert sind. Wo viele Menschen sind, wird ein Brandereignis früh entdeckt, oder es wird durch ebendiese Menschen ausgelöst. In den letzten Jahren haben sich jedoch vermehrt große Vegetationsbrände mit einer Einsatzdauer über mehrere Tage oder Wochen ereignet (z.B. 2018 Moorbrand WTD 91 Meppen, Harz, Elbsandsteingebirge 2022). Bevor ich zu den einzelnen Punkten der Fraktionen CDU/ CSU und die LINKE Stellung nehme, möchte ich folgende Aspekte beleuchten:

1. Ausstattung

Spezielle Ausrüstung zur Vegetationsbrandbekämpfung (z.B. Fahrzeuge wie Waldbrand Tanklöschfahrzeuge (TLF-W) sowie spezielle Geräte wie Wiedehopf-Hacken, Schläuche kleineren Durchmessers (D-Schläuche) entsprechende Verteiler, kleine tragbare Pumpen etc.) ist meist in Kommunen vorhanden, die regelmäßig zu solchen Einsätzen alarmiert werden. Dabei gibt es keine standardisierten Vorgaben, was eine Kommune, vorhalten muss, (oder auch nur soll), um eine aufeinander abgestimmte nachbarschaftliche Hilfe bei größeren Vegetationsbränden zu leisten. Das gleiche gilt für Kreise oder kreisfreie Städte.

Fahrzeuge: Bei ausgedehnten Vegetationsbränden, insbesondere in unwegsamen Gelände, sind die multifunktionalen Löschfahrzeuge, die die Feuerwehren üblicherweise benutzen, nur bedingt einsetzbar.

Geräte: Für die Vegetationsbrandbekämpfung wird zusätzliches Material benötigt, welches nicht oder nicht im nötigen Umfang zur Standardbeladung der herkömmlichen Löschfahrzeuge gehört.

Persönliche Schutzausrüstung (PSA): Die PSA für Vegetationsbrände unterscheidet sich in vielen Aspekten von der PSA für die Gebäudebrandbekämpfung und bedeutet eine zusätzliche Investition für die Kommunen.

Trotz der beschriebenen Defizite und zusätzlichen Ausstattungsbedarfe, bekämpfen die deutschen Feuerwehren die meisten Vegetationsbrände sehr erfolgreich. Dies liegt häufig an der guten Zugänglichkeit zu Bränden sowie relativ kurzen Einsatzdauern, in denen eine nicht-optimale PSA nicht so sehr ins Gewicht fällt.

Eine zusätzliche Ausstattung im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes des Bundes und der Länder mit Spezialfahrzeugen (z.B. TLF-W), Spezialausstattung (z.B. Zusatzbeladung Waldbrand nach DIN 14800-18) sowie geeigneter PSA wäre sinnvoll. Die große Anzahl an Feuerwehrkräften in Deutschland ist dabei auch ein Manko. Über 20.000 Feuerwehren mit mehr als 1 Million Feuerwehrleuten mit Fahrzeugen, Material und PSA auszustatten, welches die meisten nur selten einsetzen, wäre nicht zielführend. Daher wäre es sinnvoll, den Katastrophenschutz dahingehend zu verstärken, dass schlagkräftige Spezialeinheiten aufgestellt (bzw. die Kommunen dabei unterstützt) und ausgerüstet werden, um innerhalb eines Landes oder auf Bundesebene die örtlichen Feuerwehren zu unterstützen. Diese Einheiten könnten dann auch als Module im Europäischen Katastrophenschutzmechanismus zertifiziert und gemeldet werden (z.B. werden die Standorte der analytischen Task-Force ähnlich unterstützt). Auch die Unterstützung bereits vorhandener Einheiten wie @fire oder Waldbrandteam e.V. wäre eine Möglichkeit. Das einzige deutsche EU Modul zur Vegetationsbrandbekämpfung (Ground Forest Firefighting with Vehicles, GFFF-V) entstand durch kommunale Eigenleistung. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland bei weitem die größte Anzahl an Feuerwehrleuten in Europa hat ist dies ein trauriger Schnitt.

Bereits jetzt stellt der Bund den Ländern Fahrzeuge zur Verfügung, die sie wiederum an Feuerwehren weitergeben. Das Löschgruppenfahrzeug Katastrophenschutz (LF-KatS) vom Typ MB Atego 1327 AF führt 1.000 Liter Löschwasser mit und ist durch die Geländefähigkeit besser zur Waldbrandbekämpfung geeignet als es die Vorgängerfahrzeuge waren. Dennoch handelt es sich um ein Allroundfahrzeug für den Zivilschutz. Für eine effektive Vegetationsbrandbekämpfung müsste ein solches Konzept entsprechend weiterentwickelt werden.

2. Ausbildung

Die Ausbildung für Vegetationsbrandeinsätze ist bei den deutschen Feuerwehren nicht einheitlich oder verbindlich geregelt. Im Rahmen der Feuerwehrgrundausbildung ist es ein in der Regel nur am Rande betrachtetes Thema und findet häufig lediglich in Einheiten mit einem erhöhten Einsatzaufkommen an Vegetationsbränden eine vertiefte Berücksichtigung. Aufgrund der Einsatzentwicklungen der letzten Jahre, bemühen sich immer mehr Feuerwehren um eine gezielte Ausbildung (z.B. durch

@fire oder Waldbrandteam e.V.). Die Möglichkeiten hängen dabei sehr von den finanziellen Ressourcen der kommunalen Feuerwehren ab, da diese spezialisierte Aus- und Fortbildung in der erforderlichen Tiefe nicht regulär von den Landesfeuerwehrschulen angeboten wird. Eine Bundesfeuerwehrschule, die eine einheitliche Ausbildung anbietet, gibt es nicht. Jedoch ist es elementar wichtig, die Einsatzkräfte auf diese spezialisierte Brandbekämpfung vorzubereiten, da sich sie Taktiken und die erforderliche Technik erheblich von der Gebäudebrandbekämpfung unterscheidet. Dies gilt auch für die erforderliche Führungsausbildung. Dabei sollte der Ausbildungsstand stufenweise weiterentwickelt werden, von einer Basisausbildung, die Grundsätze der Vegetationsbrandbekämpfung vermittelt und eine erste Brandbekämpfung möglich macht bis hin zu Spezialisten für herausfordernde Einsatzstellen. Jede Funktion entspräche dabei einem bestimmten Ausbildungsniveau, welches aufrechterhalten werden muss. Innerhalb der Spezialisierung "Vegetationsbrand" selbst können besondere Kompetenzen entwickelt werden (z. B. Koordination der Luftunterstützung, Fällarbeiten).

Ähnlich wie zum Thema “Ausstattung“ bereits beschrieben wäre eine bundeseinheitliche Ausbildung wünschenswert. Dabei benötigt die Masse der Feuerwehren sicherlich keine spezialisierte Ausbildung, sondern eine Erweiterung der allgemeinen Feuerwehrgrundausbildung. Die oben genannten spezialisierten Einheiten sollten dann kurzfristig die lokalen Feuerwehren unterstützen können.

3. Blick ins Ausland

Um die oben beschriebenen Aspekte der Ausstattung und Ausbildung für die Vegetationsbrandbekämpfung umzusetzen, lohnt sich ein Blick ins Ausland.

Frankreich

In Frankreich gibt es standardisierte Löschfahrzeuge zur Waldbrandbekämpfung (analog zum TLF-W). Die Einheiten, insbesondere im Süden Frankreichs sind entsprechend ausgestattet und geschult und es gibt eine zentrale Ausbildungsstätte (Valabre), in der überwiegend Führungsausbildung und Taktik départementübergreifend geschult wird (Ministère del’intérieur (2023), Guide National de Référence des Feux de Forêts, https://www.interieur.gouv.fr/content/download/36342/274866/file/GNR%20FDF%20consolide%2002072009.pdf)

USA

In den USA sind die meisten Feuerwehren auf kommunaler oder Kreisebene organisiert. Dennoch gibt es einen einheitlichen Ausbildungsstandard für die Vegetationsbrandbekämpfung, nach dem sowohl spezialisierte „Wildland Firefighter“ zertifiziert sind, aber auch kommunale Feuerwehren bei entsprechendem Bedarf ausbilden und re-zertifizieren (Red Book (2023), Interagency Standards for Fire and Fire Aviation Operations https://www.nifc.gov/sites/default/files/redbook-files/RedBookAll.pdf). In den USA gibt es in vielen der Bundesstaaten so genannte Task Forces für spezielle Einsatzlagen. Diese spezialisierten Einheiten rekrutieren ihre Mitglieder aus einem bestimmten Umkreis um einen Partnerstandort, die Ausrüstung und Ausbildung wird vom Bundesstaat und z.T. von der FEMA gestellt. Die Mitglieder der Task Forces kommen dabei nicht nur von den Feuerwehren, bestimmte Kompetenzen werden durch andere Berufsgruppen gestellt (z.B. Forstwirte, Logistiker). Die Einsatzleitung und -organisation erfolgt nach National Incident Management System (NIMS). Alle lokalen und bundesstaatlichen Organisationen müssen NIMS übernehmen, danach ausbilden und Teams zertifizieren, um Bundeszuschüsse zu erhalten.

Das EU-Katastrophenschutzverfahren

Der EU Katastrophenschutzmechanismus zeigt viele gute Beispiele, wie länderübergreifende Hilfe aussehen kann. Kernstück ist dabei die Vereinheitlichung von Standards und Leistungen. Die EU-Mitgliedstaaten und die teilnehmenden Staaten können dem Europäischen Katastrophenschutzpool (ECPP) nationale Ressourcen für Notfallmaßnahmen zur Verfügung stellen. Dieser Pool ermöglicht eine bessere Planung und Koordinierung der Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene und ermöglich schnellere und zuverlässige Reaktion der EU auf Katastrophen. Module, die im ECPP gemeldet sind, sind nach einem gemeinsamen Standard zertifiziert und somit weiß die anfordernde Stelle, welche Leistung kommt. Bei großen Vegetationsbränden kann Deutschland, wie jedes andere Land auch, Module des ECCP alarmieren. EU Civil Protection Mechanism (europa.eu)

4. Anschaffung von Löschflugzeugen

Wie auch den anderen Stellungnahmen zu entnehmen ist, sind Löschflugzeuge nicht die alleinigen Heilsbringer in der Vegetationsbrandbekämpfung. Einsatzkräfte am Boden und geeignetere Ausrüstung sind in den allermeisten Fällen effektiv und ausreichend. Daher sollte die Entscheidung, ob Deutschland eigene Löschflugzeuge benötigt, sorgfältig abgewogen werden und auf einer umfassenden Analyse der Situation und der verfügbaren Ressourcen basieren. Eine Stärkung und Vereinheitlichung der vorhandenen Ressourcen und eine Ausweitung der Zivilschutzhubschrauberflotte bzw. der Bundespolizei wäre da die sinnvollere Lösung. Meines Wissens startet Niedersachsen in diesem Jahr einen Versuch mit zwei geleasten Air Tractor Maschinen. Unterstützung bei der Brandbekämpfung aus der Luft kann in den meisten Fällen besser mit Hubschraubern erfolgen. Löschflugzeuge können über das EU Katastrophenschutzverfahren angefordert werden. Sollte die Notwendigkeit für den Einsatz von Löschflugzeugen häufiger werden und weitere Erfahrungswerte zu deren Einsatz in Deutschland vorliegen, könnte eine Beschaffung neu bewertet werden.

Drucksache 20/4418

1. ein personelles und materielles Konzept zur Bekämpfung von Waldbränden vorzulegen und in den Gemeinsamen Melde- und Lagezentren des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe vorzuhalten;

Zustimmung

2. eine luftverlegbare Brandbekämpfungseinheit aufzustellen, um eine effektive Bekämpfung von Waldbränden zu gewährleisten und die auch bereitstehen, um einen Beitrag im Rahmen der europäischen RescEU zu leisten;

Eine Einheit aus spezialisiertem Feuerwehrpersonal und -material, luftverlegbar, aufzustellen wäre sinnvoll. Alleinig Löschflugzeuge zu beschaffen wäre nicht zielführend. Wenn Deutschland regelmäßig RescEU Einheiten anfordert, wäre die Beschaffung eigener Löschflugzeuge neu zu bewerten.

3. ein bundesweites Konzept zur Stationierung und zum Betrieb von Hubschraubern (bis Außenlast 4 t) und Löschflugzeugen vorzulegen;

Hubschrauber sind auf jeden Fall zu befürworten.

4. Löschflugzeuge anzuschaffen, welche bei der Bekämpfung von Waldbränden in den Bundesländern und den europäischen Nachbarn eingesetzt werden;

s.o.

5. Eine Übergangslösung zu schaffen, um die derzeitigen Defizite auszugleichen. Als Übergangslösung sollte beispielsweise die Umrüstung von alten Agrarflugzeugen geprüft werden, um sie künftig für Löschflüge einzusetzen.

Ob es die Möglichkeit gibt, kann ich nicht bewerten.

Drucksache 20/3693

1. auf einem Waldbrandgipfel mit Vertretern der länderoffenen Arbeitsgruppe „Nationaler Waldbrandschutz“ bzw. Ländern und Kommunen, Forstwirtschaft und Wissenschaft konkrete Maßnahmen für eine weitere nationale Kraftanstrengung zu erarbeiten, diese in die Nationale Vegetationsbrandstrategie einfließen zu lassen und sie im Kontext des europäischen Katastrophenschutzverfahrens kontinuierlich weiterzuentwickeln;

Zu befürworten

2. das beim BBK aufgebaute Fähigkeitsmanagement für strategische Ressourcen zur Waldbrandbekämpfung von Bund, Ländern und Kommunen auszubauen, sowie die Fähigkeiten des BBK zur Kartierung von Waldbrandrisiken, die gemeinsame Erstellung von Lagebildern mit den Ländern im GMLZ und die Kooperationsplattform im GeKoB nachhaltig zu stärken;

Zu befürworten

3. die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den ehrenamtsbasierten Brandschutz zu analysieren und nationale Gegenstrategien zu erarbeiten;

Zu befürworten

4. haupt- und ehrenamtliche Einsatzkräfte durch eine Anerkennungskultur und optimale Ausstattung zu motivieren und die Nachwuchsgewinnung zu verbessern;

Zu befürworten

5. langfristig genug Haushaltsmittel bereitzustellen für den Kauf von Löschfahrzeugen durch den Bund zur Erfüllung seiner Pflichten für den Zivilschutz;

Zu befürworten, allerdings passen die typischen Waldbrand TLF nicht unbedingt in das Profil des Zivilschutzes des Bundes.

6. die gemeinsame Beschaffung von Löschhubschraubern und auch von Löschflugzeugen zusammen mit den Ländern zu prüfen, angesichts der zwei italienischen Maschinen, die kürzlich im Harz eingesetzt wurden;

Hubschrauber: zu befürworten

Löschflugzeuge: die vorhandenen EU Ressourcen sollten frühzeitiger genutzt werden.

7. die Beschaffung von Drohnen, Video- und Satellitentechnik sowie Kleinflugzeugen zur präventiven Waldbranderkennung im Rahmen der ergänzenden Ausstattung des Katastrophenschutzes gemäß des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes zu fördern;

Zu befürworten

8. die Initiative der EU-Kommission zur Verdopplung der gemeinsamen Flotte von Löschflugzeugen der EU-Staaten im Rahmen des rescEU-Mechanismus aktiv zu unterstützen;

Grundsätzlich zu befürworten, Hubschrauber wären für Deutschland jedoch geeigneter

9. bei der Beschaffung von Helikoptern für die Bundeswehr, Bundespolizei und Zivilschutz deren Einsatzfähigkeit in Waldbrandszenarien mit zu berücksichtigen und bei der Pilotenausbildung den Flug mit Außenlast stärker zu beachten;

10. die Länder bei der Räumung munitionsverseuchter Waldgebiete zu unterstützen;

Zu befürworten

11. staatliche und private Waldbesitzer bei der Waldbrandprävention strukturell einzubinden, die mit dem Anlegen von Anfahrtswegen und Waldbrandschutzstreifen sowie der Bohrung von Löschwasserbrunnen wichtige Vorsorge betreiben;

Zu befürworten und wird vielerorts auch schon umgesetzt, die Unterstützung der Waldbesitzer müsste sicherlich verbessert werden

12. den nachhaltigen Waldumbau im Rahmen der GAK weiterhin zu fördern und die erfolgten Mittelaufwüchse möglichst zu verstetigen, um Monokulturen systematisch abzubauen und Schutzstreifen mit brandhemmender Vegetation und Anfahrtswege in Risikogebieten auszubauen;

Zu befürworten

13. gemeinsam mit Forstwirtschaft und Wissenschaft den Einfluss von Totholz sowie feiner, ausgetrockneter bodennaher Vegetation zu analysieren und Schlussfolgerungen für die künftige Waldbrandprävention zu ziehen;

Diese Analysen sind meines Erachtens schon vorhanden

14. gemeinsam mit den Ländern dafür zu sorgen, dass in Großschutzgebieten, insbesondere in den Nationalparks, nicht nur naturschutzfachliche, sondern auch brandschutztechnische Belange, beispielsweise beim Rückbau oder Zuwachsen von Wegen berücksichtigt werden;

Zu befürworten, wird allerdings immer eine Gratwanderung zwischen Naturnähe und vorbeugendem Waldbrandschutz

15. gemeinsam mit den Ländern für ein einheitliches und abschreckendes Sanktionsregime zur Durchsetzung des bundeseinheitlichen Verbotes von offenem Feuer in deutschen Wäldern zu sorgen;

Grundsätzlich sinnvoll

16. das Mindeststrafmaß für vorsätzliche Brandstiftung auf zwei Jahre zu erhöhen;

Ich bin keine Juristin, der Vorschlag hört sich sinnvoll an.

17. über das Bundeskriminalamt (BKA) einen strategischen Dialog mit der französischen Polizei zu eröffnen, um deutschen Behörden einen Erfahrungsaustausch über den in Frankreich geplanten Aufbau einer Umweltpolizei zur Aufklärung von Waldbrandstiftung und anderen Umweltverbrechen zu ermöglichen.

Sinnvoll

Aufgrund der Kurzfristigkeit wurden viele Aspekte, die die anderen Sachverständigen bereits ausführlich beschrieben haben, nicht näher betrachtet. Ich stehe jedoch jederzeit für Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Susanne Klatt

THE GLOBAL FIRE MONITORING CENTER (GFMC)
SECRETARIAT OF THE GLOBAL WILDLAND FIRE NETWORK
UNDRR WILDLAND FIRE ADVISORY GROUP
INTERNATIONAL WILDFIRE PREPAREDNESS MECHANISM
INTERNATIONAL FIRE AVIATION WORKING GROUP

UNISDR IWPM
International Wildfire Preparedness Mechanism

Prof. Dr. Dr.h.c. mult. Johann G. Goldammer
Coordinator

Global Fire Monitoring Center (GFMC)
Max Planck Institute for Chemistry
c/o University of Freiburg
Georges-Koehler-Allee 75
79110 Freiburg, Germany

Tel: +49-761-808011
Fax: +49-761-808012
http://www.gfmc.online/

Date: 16. April 2023

An
Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschussdrucksache
20(4)201 I

Öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU "Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz" (BT-Drucksache 20/3693) und Antrag der Fraktion DIE LINKE "Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung" (BT-Drucksache 20/4418), Berlin, 17. April 2023

Stellungnahme des Leiters des Global Fire Monitoring Center (GFMC) und der Arbeitsgruppe Feuerökologie, Max-Planck-Institut für Chemie und Universität Freiburg

VOLUNTARY COMMITMENTS
SENDAI FRAMEWORK FOR DISASTER RISK REDUCTION 2015-2030

EUR-OPA MAJOR HAZARDS AGREEMENT
ACCORD EUR-OPA RISQUES MAJEURS
COUNCIL OF EUROPE
CONSEIL DE L'EUROPE

Vorbemerkungen I

Die Arbeitsgruppe Feuerökologie an der Universität Freiburg, die 1990 an das Max-Planck-Institut für Chemie (Mainz) überging und weiterhin an der Universität Freiburg, Fakultät für Umwelt und Natürliche Ressourcen angesiedelt ist, befasst sich seit ihrer Einrichtung im Jahr 1979 mit einschlägiger thematischer Forschung zu Grundlagen der Rolle und Auswirkungen von Feuer in den Natur- und Kulturlandschaften und auf die Gesellschaft in Deutschland und weltweit. Hieraus wurden Verfahren der Anwendung entwickelt, die unter dem Begriff „Integriertes Feuer Management“ Eingang in Politik und Praxis gefunden haben.

Das Global Fire Monitoring Center (GFMC) wurde durch langjährige Förderung durch das Auswärtige Amt im Jahr 1998 als eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis (*Science-Policy-Practitioners Interface*) eingerichtet, mit der Zielsetzung, Länder und internationale Organisationen fachlich zu beraten und zu unterstützen. Als Mitglied der ehemaligen *Interagency Task Force* der *UN International Strategy for Disaster Reduction* (UNISDR) dient das GFMC dem *UN Office for Disaser Risk Reduction* (UNDRR) als Sekretariat der *Wildland Fire Advisory Group* (beratendes Fachorgan), des *Global Wildland Fire Network*, *International Wildfire Preparedness Mechanism* und *Sendai Framework Voluntary Contribution* *und der* Vorbereitung des *“International Landscape Fire Framework”* (seit 2019).

- Überblick GFMC Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen
- Überblick GFMC Zusammenarbeit mit dem Europarat
- Überblick GFMC Zusammenarbeit mit der OSZE
- Überblick GFMC Zusammenarbeit mit der Ministerial Conference on the Protection of Forests in Europe
- GFMC-Profil (Deutsch)
- Detailliertes GFMC-Profil (Englisch)

Hinsichtlich der einschlägigen Arbeiten in Deutschland bzw. die Themen der Anhörung wird auf folgende Webseiten des GFMC-Portals verwiesen:

- Arbeitsprofil und Information für Behörden in Deutschland (Bund, Länder, Landkreise und Kommunen), mit Zugang zu einschlägigen deutschsprachigen Veröffentlichungen (gesamte Liste Veröffentlichungen – herausgegebene Sammelwerke, Monographien, Glossare)
- EuroFire Ausbildungsstandards für Feuer-Management (verfügbar in 22 Sprachen)
- Anwendung des Kontrollierten Feuers im Naturschutz

Zum Thema luftgestützte Bekämpfung von Landschaftsbränden: Das GFMC dient als Sekretariat und derzeit vorübergehend als Interim-Vorsitz der International Fire Aviation Working Group (IFAWG), die u.a. die International Fire Aviation Guidelines entwickelt hat und einschlägige Fachkonferenzen seit 2008 (zuvor in Deutschland 1980 und 1984) unterstützt:

- IFAWG Webseite
- International Fire Aviation Guidelines
- Konferenzen (*Aerial Fire Fighting*)

Die genannten Online-Ressourcen mögen für die Beurteilung der im Folgenden unterbreiteten Vorschläge dienen.

Vorbemerkungen II

Die Arbeitsgruppe Feuerökologie / GFMC hat in den vergangenen viereinhalb Jahrzehnten in mehr als 70 Ländern in allen Kontinenten gearbeitet, vor allem in Ländern des Globalen Südens und den Ländern in Transformation. Die Arbeit erfolgt seit 2004 über 13 regionale Netzwerke des *Global Wildland Fire Network* und seit 2010 über mittlerweile acht Außenstellen bzw. Regionalzentren (*Regional Fire Monitoring Centers / Regional Fire Management Resource Centers*) in Südost- und Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika. In einer Reihe von Ländern haben wir Anstoß für die Entwicklung einer nationalen Politik bzw. eines gesetzlichen und institutionellen Regelwerks zum Thema Landschaftsbrände geben können (*Fire Management Policies*). Diese Entwicklungen hat das GFMC als eine nichtstaatliche Facheinrichtung in den meisten Fällen im Auftrag der Regierungen moderiert. Das Instrument nationaler Runder Tische hat sich dabei bewährt, bei dem sich alle staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen einbringen können bzw. müssen. In einigen Fällen ist es gelungen, den Fokus der Priorisierung von Brandbekämpfung in Richtung eines umfassenden integrierten Ansatzes zu bringen, bei dem in erster Linie die dem Problem der Landschaftsbrände zugrundeliegenden Ursachen adressiert werden, das heißt, Land- und Forstwirtschaft und auch Naturschutz.

Seit den 1970er Jahren organisiert das GFMC Fachkonferenzen zum Thema Feuerökologie und Feuer Management und dabei vor allem internationale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Feuer-Management. Seit 1989 unterstützt das GFMC die alle vier Jahre einberufenen *International Wildland Fire Conferences*, die sich seit 2011 auf das Thema „Integriertes Feuer-Management“ fokussieren und im Mai 2023 anlässlich der 8. Konferenz in Portigal (16.-19. Mai 2023) das Thema „Governance Principles: Towards an International Framework“ behandeln wird.

Die Themen und die Empfehlungen dieser Fachkonferenzen spiegeln einen Paradigmenwechsel im internationalen Raum wider, der sich vom früheren Fokus “Bekämpfung” von Landschaftsbränden weiterentwickelt haben in Richtung proaktiver Bewirtschaftung bzw. Management von Ökosystemen und Landnutzungssystemen zur Erlangung einer höheren Resilienz gegenüber Wetterextremen wie Dürren und dem damit verbundenen Risiko von Wildfeuern – einschließlich der Klimakrise.

Das GFMC verfolgt das Konzept, das Thema „Landschaftsbrände“ über den traditionellen Ansatz der Prävention und Bekämpfung von Waldbränden hinaus, indem die gesamte Landschaft – in Deutschland im Wesentlichen eine Kultur- und Industrielandschaft mit darin eingebetteten naturnahen Landschaftselementen – und die Gesellschaft in ein ganzheitliches Konzept des Feuer-Managements einbezogen werden. Die Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus der Klimakrise in Kombination mit gesellschaftlichen Veränderungen ergeben, machen deutlich, dass das Thema damit eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist.

Für die Behörden stellt sich das Thema als eine Querschnittsaufgabe dar, die für die traditionell sektoral abgegrenzten Verantwortungen von Behörden – in Deutschland zusätzlich durch den Föderalismus zersplitterten politischen und administrativen Landschaft – eine große Herausforderung darstellt.

Dass die Herausforderungen des Managements von Natur- und Kulturlandschaften einschließlich Siedlungen und kritischer Infrastruktur in Hinblick auf Reduzierung des Brandrisikos über den Waldrand hinausgehen, sei anhand einiger Beispiele herausgehoben:

- Feuerprobleme im Offenland, vor allem in der Landwirtschaft – auch wenn die Größenordnung mangels statistischer Erfassung nicht bekannt ist
- Gefährdung von Ortsrandlagen entlang der Feldflur oder dem Wald
- Aus beiden Überlegungen: Gemeinsame Verantwortung von Gemeinden (neben Feuerwehren auch Bauhöfe), Land- und Forstwirtschaft und Anwohnern (u.a. die Verpflichtungen und Mitwirkung im Sinne der Ländergesetze zum Brand- und Katastrophenschutz bzw. auch Waldgesetze
- Notwendigkeit des Einsatzes von kontrolliertem Feuer im Naturschutz bzw. Aussparen der Bekämpfung von Bränden in feuerabhängigen oder -toleranten Vegetationstypen
- Chancen der integrierten Feuer-Managements von Naturschutzgebieten und Wäldern mit Kampfmittelbelastung
- Konflikte die sich aus der Wahrnehmung der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit Emissionen von Treibhausgasen bzw. Auswirkungen von Rauch bzw. Feinstaub auf menschliche Gesundheit ergeben
- Diskurse zu Themen wie Neubelebung des Konzepts der „Räumlichen Ordnung“ in der Forstwirtschaft, Waldnaturschutz, Totholz und Waldweide im Spannungsfeld zwischen Natur- und Klimaschutz bzw. Katastrophenvorsorge

Bei einem solchen umfassenden Ansatz bietet sich die Einordnung der zur Anhörung anstehenden Anträge in die Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen an. Die Strategie ist ein nationaler Beitrag 2022-2030 für die Umsetzung des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge (2015-2030).

Der ganzheitliche Landschaftsansatz von Feuer-Management, wie er seitens des GMFC in der internationalen Arbeit in nationale Politik aber auch in internationale Organisationen eingebracht wird, darunter auch in einem *Sendai Framework Voluntary Commitment*“ des GFMC, findet sich in internationalen Fachempfehlungen wieder.

Stellungnahme zu BT-Drucksache 20/3693 "Nationale Kraftanstrengung für einen besseren Waldbrandschutz"

Im Sinne des oben gesagten empfiehlt das GFMC die Entwicklung einer umfassenden Strategie im Sinne einer nationalen *Policy*. Hierzu sollten bestehenden Mechanismen des Dialogs, der Zusammenarbeit bzw. Abstimmung zwischen den Ländern und dem Bund auf den Prüfstand gestellt werden.

Die Entwicklung und Umsetzung der Nationale Resilienzstrategie bietet sich als eine gemeinsame Plattform an, in der zusätzliche anstehende Probleme mit erschlossen werden. Beispielsweise die Konsequenzen von extremen Wetterereignissen wie Starkniederschlägen oder Sturm in Verbindung mit Landschaftsbränden.

Die Nationale Vegetationsbrandbekämpfungsstrategie der Ständigen Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder (IMK), die nach der Empfehlung der letzten Sitzung der länderoffenen Arbeitsgruppe „Nationaler Waldbrandschutz“ (März 2023) überarbeitet werden soll, sollte diese Überlegungen berücksichtigen.

Stellungnahme zu BT-Drucksache 20/4418 "Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung"

Dem GFMC obliegt die Leitung der erwähnten *International Fire Aviation Working Group*, die einen Verbund von staatlichen und nichtstaatlichen Betreibern von Flugzeugflotten zur Brandbekämpfung aus der Luft darstellt und vor allem internationale Richtlinien für den effektiven, effizienten und sicheren Einsatz von Luftfahrzeigen für die Brandbekämpfung entwickelt hat. In einer Stellungnahme gegenüber dem Landtag von Land Nordrhein-Westfalen von Anfang Februar dieses Jahres hat das GFMC sich gegen eine Beschaffung von Löschflugzeugen durch Alleingänge der Länder ausgesprochen.

Stattdessen sollte ein vom Bund geleitetes gemeinsames Vorgehen mit der Europäischen Kommission erfolgen, in dem die für Deutschland und die für das Gemeinschaftsverfahren zusätzlichen benötigten bzw. komplementären Ressourcen definiert werden sollten. Im nationalen Kontext sind die Konsultationen und Entwicklungen in den frühen 1980er Jahren ein Beispiel dafür, wie seinerzeit das Bundesministerium für Forschung und Technologie zusammen mit der Industrie ein sehr innovatives Konzept der Waldbrandbekämpfung aus der Luft entwickelt hat – auch wenn diese Bemühungen für eine gemeinsame nationale Kapazität aufgrund des Föderalismus gescheitert war – umso mehr ein Grund, über die Stärkung der Verantwortung des Bunds in der Katastrophenbewältigung nachzudenken.

Weitergehende Überlegungen

Die starke Fragmentierung der Zuständigkeiten im Bevölkerungsschutz und speziell im Waldbrandschutz in Deutschland bringt einige Probleme mit sich. In 13 Flächenländern liegt die Verantwortung im Waldbrandschutz bei 294 Landkreisen, 107 kreisfreien Städten und mehr als 22.000 Freiwilligen Feuerwehren – vorwiegend im ländlichen Raum – und 110 Berufsfeuerwehren. Da sich die Länder in Hinblick auf Trockenheit und damit verbundenem Risiko von Landschaftsbränden auf neue Herausforderungen einstellen, entwickeln sich regional unterschiedliche Verfahrensansätze.

Entwicklung und Investitionen sind vorwiegend Technologie-fokussiert, beispielsweise Fahrzeuge für die Brandbekämpfung oder Löschflugzeuge.

Das Problem, das aber alle eint, ist die Tatsache, dass die Freiwilligen Feuerwehren, die die Feuer jenseits von Straßen am Boden kontrollieren müssen, diese Aufgabe nicht allein bewältigen können bzw. eine weitergehende Spezialisierung, Ausbildung, Ausrüstung und Erfahrung benötigen. Wir haben letztes Jahr gesehen, dass beispielsweise die gemeinnützige Hilfsorganisation „@fire“ durch ihre professionelle Hilfeleistung das Vertrauen der Einsatzleitungen in mehreren Bundesländern gewonnen und zur Bewältigung von Schadenslagen beigetragen hat.

Gleichermaßen hat sich das „Freiburger Modell“ bewährt. In Freiburg wurde seit 2012 der Aufbau und die Ausbildung von Spezialeinheiten der Task Force „Landschaftsbrand“ vorwärtsgebracht, die sich vor allem durch das gemeinsame Vorgehen mit dem städtischen Forstbetrieb auszeichnet. Aus den Erfahrungen dieser und anderer Akteure in Deutschland könnten bewährte Verfahren durch den Bund gefördert werden.

Weiter zurückliegende Initiativen sollten nochmals auf den Prüfstand gestellt werden. Im Jahr 2009 hat das GFMC Konsultationen mit dem BMI, dem THW und weiteren Partnern einen gemeinsamen Vorschlag zum Aufbau einer länderoffenen Ausbildung für Kompetenz im Feuer-Management. Zweck der damaligen Initiative: Angebot einer fachlichen Spezialausbildung im Feuer-Management als Angebot für die Länder, mit dem Ziel, durch Vermittlung gemeinsam angewendeter Standards Interoperabilität zwischen den Ländern herzustellen. Auch weitere Bemühungen in den folgenden Jahren waren nicht von Erfolg gekrönt.

Aus Reihen der Zivilgesellschaft hat sich im März 2023 in Deutschland die „Beratungs- und Unterstützungsgruppe Feuer-Management“ aufgestellt. Dies ist ein nichtstaatlicher Verbund von Akteuren aus Wissenschaft, die an der Schnittstelle Politik arbeitet, einer gemeinnützigen Hilfsorganisation und zwei mittelständischer Unternehmen, die in der Waldbrandprävention und -bekämpfung tätig sind. Mitwirkende der Gruppe stehen auf Anforderung bei der integrativen Planung zur Prävention bzw. Erhöhung der Resilienz von Wald- und Landbewirtschaftung ebenso zur Verfügung, wie für die Planung der Sicherung von feuergefährdete Randlagen und Innenräumen von Ortschaften und vor allem kampfmittelbelastete Standorte und für die Bekämpfung von Landschaftsbränden. Letzteres gilt auch im Kontext der pan-europäischen Nachbarschaft und Partnerschaft.

Ich möchte hiermit die Gelegenheit wahrnehmen, die Aufstellung dieser Gruppe dem Innenausschuss mitzuteilen – Details hierzu werden folgen. Der Bund ist hier aufgefordert, die Zusammenarbeit mit Vertretern freiwilliger Organisationen und mit Privatunternehmen zu fördern – nicht zuletzt aus Gründen der Kosteneffizienz und zu erwartender hoher Flexibilität.

Freiburg-Berlin, den 16. April 2023

Johann Georg Goldammer